

Landesarchiv Berlin  
B Rep. 057-01

Nr.: **5**

Gliederung der Verfahrenskartei:

I. Judenverfolgung

a) Allgemein

1. Verfahren gegen Angehörige des AA usw.
2. Verfahren gegen Teilnehmer an den Wannseekonferenzen

b) Örtliche Verfolgungen

1. Reich

- aa) Berlin
- bb) Bayern
- cc) Nordrhein-Westfalen
- dd) Hessen
- ee) Niedersachsen
- ff) Württemberg
- gg) Ostgebiete (Schlesien, Ostpreußen)
- hh) Österreich

2. Westliches Ausland

- aa) Frankreich
- bb) Niederlande und Belgien
- cc) Italien

3. Balkan

- aa) Ungarn
- bb) Jugoslawien
- cc) Griechenland, Rumänien und Bulgarien

4. Generalgouvernement und Protektorat

- aa) Bereich des BdS bzw. KdS Warschau
- bb) Bereich des BdS bzw. KdS Krakau
- cc) Bereich des BdS bzw. KdS Lublin
- dd) Bereich des BdS bzw. KdS Radom
- ee) Bereich des BdS bzw. KdS Lodz (Ghetto)
- ff) Oberschlesien und Warthegau
- gg) Generalgouvernement Rest und allgemeine Verfahren
- hh) Protektorat

5. Sonstiges Ausland

II. Einsatzkommandos

a) Sowjetunion

1. Allgemeine Verfahren
2. Gaswagen
3. Einsatzgruppe A
4. Einsatzgruppe B
5. Einsatzgruppe C
6. Einsatzgruppe D
7. Einsatzgruppe "Volksdeutsche Mittelstelle"



8. SD Tilsit und Memel
9. Nachfolger der Einsatzgruppen im Bereich Nord
10. Nachfolger der Einsatzgruppen im Bereich Mitte
11. Nachfolger der Einsatzgruppen im Bereich Süd
12. Nachfolger im Bereich Galizien (BdS Lemberg)
13. Sonstige (örtlich nicht unterzubringende) Verfahren

b) Polen

1. Einsatzgruppen
2. Selbstschutzeinheiten

III. Konzentrationslagerverfahren

a) Allgemeine Verfahren

1. Buchenwald
2. Dachau
3. Flossenbürg
4. Sachsenhausen
5. Auschwitz und die Vernichtungslager der Umgebung  
(Sobibor, Belzec, Majdanek)
6. Mauthausen einschließlich der Nebenlager
7. Neuengamme und Stutthof
8. Natzweiler und Ravensbrück
9. Groß-Rosen und Bergen-Belsen
10. Sonstige Konzentrationslager
11. Sonstige Lager (Arbeits- und Arbeitserziehungslager)

b) Verfahren, die Menschenversuche betreffen

IV. Kriegsgefangenenentötungen

- a) Innerhalb von Konzentrationslagern
- b) Außerhalb von Konzentrationslagern

V. Sonderbehandlung

- a) Fremdarbeiter
- b) Justizhäftlinge einschließlich Häftlinge von Gestapostellen
- c) Zigeuner
- d) Sonstige Personen
  1. Tatort Reich
  2. Tatort Dänemark
  3. Tatort "Westliches Ausland"
  4. Tatort Polen
  5. Tatort Protektorat

VI. Sonstige Verfahren

- a) Allgemein
- b) Verfahren gegen Gestapo-Angehörige wegen Aussageerpressung



Vfg.

1. Vermerk:

Über die Arbeitstagung der mit NS-Gewaltverbrechen befaßten Beamten beim LKA Baden-Württemberg am 16. und 17. März 1961 wird von diesem Landeskriminalamt in Stuttgart demnächst ein ausführliches Protokoll übersandt werden.

Vorweg berichte ich jedoch über solche Punkte, die akute Probleme betreffen und für die Bearbeitung hier anhängiger konkreter Verfahren von besonderer Bedeutung sind.

I. Verfahren gegen Martin B o r m a n n - 3 P (K) Js 248/60 - :

Über dieses Verfahren, in dem die bisherigen Ermittlungen weder zu konkreten Anhaltspunkten für den derzeitigen Aufenthalt des Beschuldigten, noch für einen konkreten Verdacht der Teilnahme an einer noch nicht verjährten strafbaren Handlung geführt haben habe ich mit Herrn OstA. S c h ü l e von der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg eingehend gesprochen. Dieser wußte ebenfalls nichts Konkretes mitzuteilen. Er erklärte insbesondere meinen Vorschlag, die Zuständigkeit der Zentralen Stelle auf die vorsorglichen Ermittlungen strafbarer Tatbestände bezüglich aller bisher verschollenen führenden Vertreter des NS-Regimes zu erweitern (vgl. AO. des Herrn Senators für Justiz vom 6. Oktober 1960 - Bl.67 der HA. 3 P (K) Js 248/60 -), für undurchführbar. Sogenannte "vorsorgliche Konserven" für Verdachtsgründe gegen einzelne derartige Vertreter des NS-Regimes seien nur angelegt worden, wenn sich die Verdachtsgründe mehr zufällig oder zwangsläufig bei der Bearbeitung von Großkomplexverfahren seitens der Zentralen Stelle ergeben hätten. Bezüglich B o r m a n n s sei das bisher nicht der Fall gewesen. Im übrigen vertrat OstA. S c h ü l e die Auffassung, daß schon im Hinblick auf den Tatort, Reichshauptstadt Berlin, die Staatsanwaltschaft Berlin grundsätzlich für alle Verfahren gegen prominente NS-Vertreter zuständig und prädestiniert sei (von diesem Gesichtspunkt wäre allerdings für Bormann Berlin kaum zuständig, da dieser, wie mir persönlich bekannt geworden ist, fast ausschließlich in München residiert hat und in Berlin durch andere vertreten worden sein soll).



- II. OStA. S c h ü l e erwähnte beiläufig, daß zu den namhafteren Vertretern des NS-Regimes, für die in Ludwigsburg gewisses Material angefallen sei, insbesondere der frühere Chef der Gestapo, M ü l l e r , gehöre, gegen den hier ebenfalls ein Verfahren läuft.
- III. Sehr wesentliches Material zur Begründung des Tatverdachts gegen führende Vertreter des NS-Regimes befindet sich im Bayerischen Staatsarchiv in Nürnberg. Die Auswertung des Materials ist jedoch insofern schwierig, als die räumlichen Verhältnisse des Archivs, insbesondere für eingehenderes Studium und auch für längere Einsichtnahmen sehr beengt sind. Eine systematische Auswertung oder Katalogisierung ist bisher noch nicht geschehen. Auf meine Frage, ob nicht ein Angehöriger der Zentralen Stelle dorthin abgestellt werden könnte, der sich einen Überblick über das Material verschafft, es generell sichtet, und den verschiedenen Staatsanwaltschaften Auskunft über das Material zu speziellen Verfahren geben könnte, erwiderte OStA. S c h ü l e , daß derartige Anregungen bereits von verschiedenen Seiten gegeben worden seien, die jedoch bisher aus fiskalischen Gründen scheiterten.
- Eine Auswertung des Materials für spezielle Fälle sei nur in der Weise möglich, daß bei dem Institut für Zeitgeschichte in München Nachfrage gehalten werde, wo bezüglich B o r m a n n s zahlreiche Fundstellen für das Bayerische Staatsarchiv erfaßt seien, und so dann an das Archiv in Nürnberg herangetreten werde. In aller Regel sei wegen der räumlichen und zeitlichen Verhältnisse jedoch dort die Fertigung umfangreicher Fotokopien für die weitere Auswertung nicht zu umgehen.
- IV. Im übrigen regte OStA. S c h ü l e an, daß in allen Verfahren wegen NS-Straftaten im Rahmen der Zuständigkeit der Zentralen Stelle (außer von den ihr bisher zu übersendenden Abschriften - Einstellungsverfügung, Voruntersuchungsantrag, Anklage, Urteil - ) auch Durchschriften sämtlicher Vernehmungsprotokolle schnellstmöglichst übersandt werden sollten, wodurch die eigene, wie die Koordinierungsarbeit der Zentralen Stelle sehr gefördert werden würde.
- V. OStA. S c h ü l e wies ferner darauf hin, daß für alle wichtigen polizeilichen Ermittlungstätigkeiten in Verfahren wegen NS-Straftaten nicht mehr an die allgemeinen örtlichen Polizeidienststellen



oder Kriminalpolizeibehörden, sondern an die gerade für solche Zwecke besonders eingerichteten Sonderkommissionen der Landeskriminalämter herangetreten werden solle, die anhand ihrer speziellen Erfahrungen für besonders vertrauliche, schnelle und gewissenhafte Erledigung garantierten.

2-4. pp.

Berlin, den 28. März 1961

N e u m a n n



## BERICHT AUS DER FORSCHUNG

### Der Bestand „Nürnberger Prozesse“

Im Staatsarchiv Nürnberg

Als nach Beendigung des 2. Weltkrieges von den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich der „Hauptkriegsverbrecherprozeß“ (1945/46) u. anschließend von den Amerikanern die 12 US-Militärgerichtsprozesse (1946/48) in Nürnberg verhandelt wurden, hielt es das Staatsarchiv Nürnberg für seine Pflicht, sich rechtzeitig um die Sammlung des in den Prozessen angefallenen Dokumenten- und Schriftguts zu bemühen<sup>1)</sup>. Die von dem Direktor der staatl. Archive, Dr. Fridolin Solleder, und besonders von Staatsarchivrat Dr. Wolfgang Mommsen tatkräftig vorangetriebene Erfassungsaktion wäre nicht möglich gewesen ohne das verständnisvolle

Entgegenkommen zahlreicher deutscher Verteidiger, welche die ihnen verfügbaren Akten dem Archiv größtenteils zu Eigen überließen. Weitere Unterlagen (bes. Photokopien von Dokumenten und englische Umdrucke) wurden von der Anklagebehörde abgegeben. So besitzt das Staatsarchiv die vollständigste Reihe des Nürnberger Prozeßmaterials in Deutschland, das nach einem von Mommsen ausgearbeiteten Ordnungsschema zur Aufstellung gelangte.

Welche Teile dieses „Archivguts“ der Forschung zugänglich sind, soll der folgende gedrängte Überblick aufzeigen<sup>2)</sup>.

Zunächst eine Übersicht über die Nürnberger Prozesse:

I. Hauptkriegsverbrecherprozeß (auch IMT = International Military Tribunal genannt) gegen Hermann Göring u. a.<sup>3)</sup>.

II. US-Militärgerichtsprozesse<sup>4)</sup>:

den inzwischen von Hans-Günther Seraphim einer herben, aber berechtigten Kritik unterzogen („Die Dokumentenedition der amtl. deutschen Ausgabe des Verfahrens gegen die Hauptkriegsverbrecher“, in: Europa-Archiv 5, 1950, S. 3307—3310).

Bd. XXIII/XXIV umfaßt den Sach-, Personen- und Dokumentenindex, dessen Brauchbarkeit stark gemindert wird durch die bei der Materialerfassung und bei der Auswahl der Schlagworte obwaltende Einseitigkeit und Unvollständigkeit; vgl. dazu die instruktive Kritik von Hans-Günther Seraphim, Der Index der amtlichen deutschen Ausgabe des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher, in: Europa-Archiv 5, 1950, S. 3028—3031. Die Indexbände der englischen Ausgabe (Volume XXIII, XXIV) sind vollständiger.

<sup>4)</sup> Vgl. die 15bändige Serie „Trials of war criminals before the Nuernberg Military Tribunals“ (Washington 1950 ff.) mit der — oft nur auszugsweisen — Wiedergabe von Urteilen und sonstigen Prozeßmaterialien (z. B. Eröffnungsreden, Schriftsätze), dann einer sehr beschränkten Auswahl von Anklage- und Verteidigungsdokumenten. Die beigegebenen Listen der Zeugen unterrichten über Datum der Vernehmung und Protokollstelle.

Fall 2 siehe Bd. II S. 353—898. Fall 7: Bd. XI S. 757—1332. Fall 12: Bd. X S. I—XXXI, 1—1308; Bd. XI S. I—VI, 1—756.

<sup>1)</sup> Da die Originalakten des Gerichts nicht zugänglich waren, mußte sich die Sammlung auf hektographierte Vervielfältigungen und Photokopien beschränken.

<sup>2)</sup> Zur Ergänzung und Vertiefung vgl. W. Mommsen, Die Akten der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse und die Möglichkeit ihrer historischen Auswertung (in: Der Archivar 3. Jg., 1950, Sp. 14—25). Mommsen behandelt in dieser grundlegenden Darstellung ausführlich Art, Entstehung und Inhalt des Nürnberger Materials sowie dessen Verteilung auf deutsche Stellen, um dann die Frage der historischen Auswertbarkeit zu erörtern. Mit gültiger Erlaubnis von Herrn Dr. Mommsen, Archivrat am Bundesarchiv, kann sich mein Überblick teilweise eng an seine Ausführungen anlehnen. Auch sonstige Aufzeichnungen, die er bei seiner Tätigkeit im Staatsarchiv Nürnberg niedergelegt hat, wurden verwendet.

<sup>3)</sup> Die 42bändige amtliche Ausgabe „Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof (deutsche, englische und französische Serie) enthält die Sitzungsniederschriften (Bd. I—XXII; die Kommissionsprotokolle fehlen!) sowie eine Auswahl der als Beweismittel zugelassenen Anklage- und Verteidigungsdokumente (Bd. XXV ff.). Die Lückenhaftigkeit der abgedruckten Dokumentensammlung und die bei der Auswahl geltenden Gesichtspunkte wur-



- Fall 1 = Ärzteprozeß (Medical Case) gegen Karl Brandt u. a.
- Fall 2 = Milch-Prozeß (Milch Case) gegen (Generalfeldmarschall) Erich Milch<sup>5)</sup>.
- Fall 3 = Juristenprozeß (Justice Case) gegen Josef Altstötter u. a.
- Fall 4 = Pohl- oder SS-Prozeß (Pohl Case) gegen Oswald Pohl u. a. Befaßt sich besonders mit dem Wirtschaftsverwaltungshauptamt der SS.
- Fall 5 = Flick-Prozeß (Flick Case) gegen Friedrich Flick u. a.
- Fall 6 = I.G.Farben-Prozeß (I.G.Farben Case) gegen Karl Krauch u. a.
- Fall 7 = Südostgenerale- oder Geiselsprozeß (Hostage Case) gegen Wilhelm List u. a. Betrifft Vorgänge vor allem in Jugoslawien, Griechenland und Albanien (aber auch in Norwegen).
- Fall 8 = Volkstumsprozeß (RuSHA Case) gegen Ulrich Greifelt u. a. Befaßt sich mit dem Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums.
- Fall 9 = Ohlendorf-Prozeß (Einsatzgruppen Case) gegen Otto Ohlendorf u. a. Befaßt sich mit den Einsatzgruppen zur Vernichtung der Juden, bolschewistischen Kommissare usw.
- Fall 10 = Krupp-Prozeß (Krupp Case) gegen Alfred Krupp von Bohlen und Halbach u. a.
- Fall 11 = Weizsäcker- oder Wilhelmstraßenprozeß (Ministries Case) gegen Ernst von Weizsäcker u. a.
- Fall 12 = OKW-Prozeß (High Command Case) gegen Wilhelm Ritter von Leeb u. a.

Der Anklage stand bei den einzelnen Prozessen eine gewaltige Menge erbeuteter deutscher Originalakten fast aller wichtigsten deutschen Behörden zur Verfügung. Von

<sup>5)</sup> Betrifft hauptsächlich Deportierung, Versklavung, medizinische Versuche.

Wehrmachtsstellen seien genannt: WFSt., OKH, OKM, OKL, Wirtschaftsrüstungsamt des OKW, einzelne AOKs und viele unterstellte Einheiten. Die für die Anklageerhebung sachdienlich erscheinenden Schriftstücke (oft nur Einzelprodukte oder einzelne Seiten) wurden nach sachlichen Gesichtspunkten oder nach Dokumentensammellagern in etwa 25 Dokumenten-Gruppen eingeteilt, wobei die einzelnen Dokumente mit dem Gruppenbuchstaben und einer laufenden Nummer versehen wurden:

EC = Economic (Wirtschaftsdokumente); ECR = Economic aus dem Sammelager Rosenheim; PS = Paris Storey, aus der zunächst in Paris von Oberst Storey angelegten Sammlung, die später in Nürnberg stark erweitert wurde; NI = Nürnberg Industry; NG = Nürnberg Government; NOKW = Nürnberg OKW usw. usw.

Von jedem Dokument wurde eine „Staff Evidence Analysis“ (SEA) gefertigt, d. h. ein Regest mit kurzen Notizen über Herkunft und Aufbewahrungsort des Originals, knappen, die Anklage interessierenden Inhaltsangaben und Nennung der erwähnten Personen. Von den nach Überprüfung der SEAs dann endgültig als Beweisurkunden in Frage kommenden Dokumenten wurden zur Vorlage vor Gericht Photokopien sowie Umdrucke (Mimeographien, Hektographien) in deutscher und englischer (seltener in französischer oder gar russischer) Sprache hergestellt.

Das Staatsarchiv hat diese Dokumente gesammelt in dem „Beweismaterial der Anklage“ (Repositor 502), das einen Umfang von etwa 82 laufenden Regalmetern aufweist. Es ist geschieden in die Hauptabteilungen I (Photokopien; ca. 45,3 lfd. m), II (Mikrofilme der NO-, NOKW- und PS-Dokumente; 63 Rollen, 16 mm-Film), III (SEAs; ca. 5,4 lfd. m), IV (deutsche Umdrucke; ca. 16,2 lfd. m.) und V (englische Umdrucke; ca. 14,9 lfd. m). Übersichtliche Nummernrepertorien zu den verschiedenen Dokumentengruppen orientieren darüber, welches Dokument vorhanden und in welcherervielfältigungsart es erhalten ist.

Die SEAs liegen fast geschlossen vor, dagegen die Hauptabteilungen I, IV und V Lücken aufweisen, deren Umfang (etwa 10—20%) jedoch nicht genau zu bestimmen ist, da von zahlreichen Originalen weder Photokopien noch Umdrucke gebraucht wurden (vgl. oben).



Das Staatsarchiv verwahrt 40 000—50 000 Dokumente in photokopierter Form mit zusammen 227 312 Einzelblättern. Diese Photokopien, die zunächst nur unzureichend gewässert und fixiert waren, wurden inzwischen mit Hilfe eines von den Farbenfabriken Bayer (Leverkusen) entwickelten Verfahrens photochemisch regeneriert und damit vor dem endgültigen Zerfall gerettet.

Eine vom amerikanischen Militärgerichtshof übergebene Personalkartei, die hauptsächlich die NG-, NI-, NO- und NOKW- (in Auswahl auch PS-) Dokumente erfaßt, ermöglicht es, wenigstens einen Teil der mit einer bestimmten Persönlichkeit zusammenhängenden Dokumente ausfindig zu machen. So wird, um ein Beispiel zu nennen, auf dem Kärtchen „Keitel Wilhelm, Generalfeldm., Chief of the OKW“ auf 1 NI-, 4 NOKW- und 536 PS-Dokumente verwiesen. Leider stehen dagegen keine auch nur einigermaßen erschöpfenden Sachindices bereit<sup>6)</sup>.

Brauchbare Dienste leisten auch einige Zusammenstellungen von SEAs, die, wenn auch nicht alle, so doch einige ältere, bereits während des IMT herangezogene Dokumentengruppen einbeziehen (insbesondere PS, EC, C, D, L, R, nicht dagegen etwa NG, NI, NOKW). Diese SEA-Gruppen sind geordnet nach:

1. wichtigen Persönlichkeiten, 2. minderwichtigen Personen (in Sammelbänden nach Buchstaben), 3. Sachgruppen. Hier finden wir Betreffe wie: Angriffskrieg (Aggressive

War Statements and Plans) 1928/40; Annekterungen; Invasionen; Militärische Kriegsvorbereitungen 1926 ff.; Wehrmacht allgemein 1928 ff.; OKW allg. 1926 ff.; Generalstab; Heer; OKH; Luftwaffe; OKL; Marine; OKM; Waffen-SS.

In einer zweiten großen Gruppe des Bestandes „Nürnberger Prozesse“ sind die sog. „Verhandlungsakten“ (Repositor 501) zusammengefaßt. Hervorgehoben seien:

a) Die Sitzungsprotokolle, welche jedes vor Gericht gesprochene Wort festhalten (Fall 7 z. B. 10 426 Seiten; Fall 12: 10 166 Seiten). Zu den Protokollen der Fälle 1—12 existiert eine Kartei der Anklage- und Verteidigungszeugen (einschließlich der Angeklagten) mit Angabe des Vernehmungstages und der Protokollseiten (der englischen Fassung).

b) Die Dokumentenbücher der Anklage (ADB) und der Verteidigung (VDB), in denen die belastenden bzw. entlastenden Dokumente<sup>7)</sup> — oft nach sachlichen Gesichtspunkten gegliedert — vereinigt sind. Im OKW-Prozeß begegnen als Betreffe z. B. „Verbrechen gegen den Frieden: Vorbereitungen für den Angriff; Österreich; Tschechoslowakei usw.“ oder „Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit: der Kommissarbefehl.“

In den VDB fanden hauptsächlich Affidavits (eidesstattliche Erklärungen) Aufnahme, erhielt die Verteidigung doch erst gegen Ende von Fall 11 Zutritt zu den Originalen.

c) Schriftsätze der Anklage und Verteidigung, wie Eröffnungsreden, Anklageschriften, Plädoyers und Schlußschriftsätze (Closing-, Finalbriefs). Letztere sind wichtig wegen der in ihnen enthaltenen Hinweise auf die einschlägigen Dokumente.

<sup>7)</sup> Die von der Anklage oder der Verteidigung als Beweisstücke eingeführten Dokumente erhielten in jedem Prozeß gesonderte Exhibitnummern (Beweisurkunden-Nummern): Prosecution Exhibits, Defense Exhibits (letztere getrennt nach Angeklagten). Wurde ein Dokument in mehreren Prozessen exhibiert, so erhielt es demgemäß jeweils eine neue Exhibitnummer.

Die Anklagedokumente sind auch im „Beweismaterial der Anklage“ (Rep. 502) unter der betreffenden Dokumentengruppe und -nummer zu finden (s. oben).

<sup>6)</sup> Um so bedeutsamer ist daher die Regestierung der Dokumente, die seit einigen Jahren vom Institut für Völkerrecht an der Universität Göttingen (Dr. Hans-Günther Seraphim, Frau Seraphim), vom Institut für Zeitgeschichte in München (Dr. Anton Hoch) und vom Westfälischen Wirtschaftsarchiv in Dortmund (Dr. Albert Mühl) zielstrebig durchgeführt wird. Göttingen bearbeitet NOKW (fertig), PS (fertig) und kleinere Dokumentengruppen, soweit sie nicht ausgesprochen wirtschaftlichen Charakter haben. München: NG, NO. Dortmund: NI (bis NI—6000 fertig), später ggf. EC, ECH, ECR.

Die Regesten (numerische Stammkartei) werden durch Sach-, Behörden- (bzw. Firmen-) und Personenkarteien aufgeschlüsselt. Die Regestekarten werden unter den genannten Instituten gegenseitig ausgetauscht.



mente und Protokollseiten<sup>8)</sup>. Die vorausgeschickten Inhaltsverzeichnisse vermitteln einen guten Überblick über die gerade zur Frage stehenden Verhandlungspunkte und die sachlichen Probleme.

d) Urteile, z. T. mit abweichenden oder zustimmenden Urteilsbegründungen. Die Urteile sind übrigens auch in den Sitzungsniederschriften mit enthalten (sog. Protokollfassungen).

e) Gnadengesuche der Verurteilten.

Die Verhandlungsakten der einzelnen Prozesse (Hauptabteilungen) wurden im Staatsarchiv in die folgenden, bei den einzelnen Prozessen immer wiederkehrenden Abteilungen eingeordnet: „Abteilung

A: Sitzungsprotokolle

B: Anklage (ADB; Generelle Schriftsätze bzw. Schriftsätze gegen mehrere Angeklagte)

C: Verteidigung Generalia (Schriftsätze; VDB, soweit sie nicht auf die einzelnen Angeklagten aufgeteilt werden können)

D ff.: Die einzelnen Angeklagten betreffende „Spezialia“ (Schriftsätze der Anklage und Verteidigung; VDB; Anträge; Gnadengesuche).

Es schließen sich an: Urteil. — Hilfsmittel zur Erschließung der Akten. — Sonstige kleinere Abteilungen, etwa Gerichtsorders, Druckschriften, Verfahrenssachen.

Jeder Abteilung folgt die englische, im IMT zusätzlich — soweit vorhanden — die französische und russische Fassung (etwa Be, Bf, Br).

Während das Staatsarchiv fast komplette Serien der 12 US-Prozesse besitzt, sind Akten des IMT nur lückenhaft (mit Ausnahme der Protokolle) vertreten. Dies gilt beson-

ders von den französischen Wiedergaben. Russische Stücke sind äußerst selten. Zu beachten ist aber, daß die IMT-Verhandlungsakten des Staatsarchivs sehr umfangreiches Material enthalten, das in der gedruckten Ausgabe (vgl. Anm. 3) nicht erscheint. Genannt seien hier nur die sog. Kommissionsprotokolle, d. h. die Niederschriften der vor einer, dann zwei Sonderkommissionen stattgefundenen und der Beweisaufnahme gegen die Organisationen dienenden Verhandlungen. In diesen Protokollen finden sich auch Zeugenaussagen, die auf OKW, Generalstab und Waffen-SS Bezug nehmen. Aufmerksam sei auch gemacht auf die Verteidigungsdokumente, welche bei der Druckausgabe weitgehend fehlen<sup>9)</sup>.

Zur Erschließung der Akten der einzelnen Prozesse dienen verschiedene Hilfsmittel. Herausgegriffen seien:

Exhibitlisten<sup>10)</sup> (getrennt nach Ankl. und Vert. Exh.) mit Angabe des Dokuments, kurzen Betreffen, Verweisungen auf ADB bzw. VDB und Protokollstelle.

Lists of Exhibits by Document Number, das sind Dokumentenschlüssel<sup>11)</sup>, die bei den nummernmäßig aufgeführten Dokumenten jeweils die Exhibitnummer, ADB und Protokollseiten angeben. Diese Listen sind dann von Nutzen, wenn die „Auswirkung“ eines bestimmten Dokuments in einem oder in mehreren Prozessen von Interesse ist, also wenn festgestellt werden soll, wie sich Anklage, Verteidigung, Angeklagte, Zeugen und Gericht zu dem vorgelegten Dokument äußerten. Quellenkritisch aufschlußreich sind besonders die Diskussionen über Echtheit und Glaubwürdigkeit von Dokumenten.

<sup>8)</sup> Nach Seraphim „Die Dokumentenedition . . .“ (s. Anm. 3) wurden von den Verteidigungsdokumenten der Einzelmandanten etwa 27% abgedruckt, von den Verteidigungsdokumenten der angeklagten Organisationen nur etwa 20%. Von den von der Verteidigung der Organisationen beigebrachten 196 213 eidesstattlichen Erklärungen kamen nur 75 (teilweise Zusammenfassungen) z. Abdruck!

<sup>10)</sup> Sie entsprechen den Göttinger „Dokumentenindices“ (vgl. Anm. 8).

<sup>11)</sup> Vgl. auch den Document Key zu den Dokumenten des IMT, in: IMT-Druckausgabe engl. Reihe, Volume XXIV S. 1—20.

<sup>9)</sup> Auf diesem Schlußmaterial von Anklage und Verteidigung fußen die bekannten, von Dozent Dr. Seraphim (Univ. Göttingen) erarbeiteten Indices zu den Nürnberger US-Prozessen. Bis jetzt sind erschienen: Sachindex zum Weizsäckerprozeß (1952). Sach-, Personen- und Dokumentenindex zum OKW-Prozeß (1953). — Zur Zeit in Arbeit: Personen-, Sach- und Dokumentenindex zum Flickprozeß. — Außerdem wurde noch der Sachindex zu den Urteilen der 12 Fälle veröffentlicht (1950; 3. Aufl. 1954).



Die im Staatsarchiv archivierten Verhandlungsakten haben folgenden Umfang:

IMT 14,3 laufende Meter; Fall 1: 7,3 m; Fall 2: 1,8 m; Fall 3: 8 m; Fall 4: 5,2 m; Fall 5: 6,2 m; Fall 6: 15,9 m; Fall 7: 6,5 m; Fall 8: 5,9 m; Fall 9: 4,4 m; Fall 10: 10 m; Fall 11: 29,3 m; Fall 12: 10,8 m; insgesamt 125,6 lfd. m.

Zum Schluß sind vielleicht noch einige Bemerkungen über Benützungsmöglichkeiten und -bedingungen erwünscht.

Ernsthaften Forschern können zu Studienzwecken Dokumente und Akten im Staatsarchiv Nürnberg<sup>12)</sup> vorgelegt oder auf Wunsch an ein auswärtiges Archiv ausgeliehen werden. Die Benützungsgesuche, aus denen der möglichst genaue Forschungszweck (und ggf. die Stelle, für welche die Untersuchung getätigt wird) ersichtlich sein muß, sollen womöglich 8—14 Tage vor Beginn der Forschung schriftlich eingereicht werden. Für jeden Benützer besteht die

<sup>12)</sup> Öffnungszeiten: Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag 9—16 Uhr; Mittwoch 9—21 Uhr; Samstag 9—12 Uhr. Anschrift: Bayer. Staatsarchiv Nürnberg, Nürnberg, Archivstraße 17.

Verpflichtung, nach Drucklegung einer — wenn auch nur teilweise — mit dem im Staatsarchiv verwahrten Material erstellten Abhandlung dem Staatsarchiv 2 Pflichtstücke (Belegexemplare) unaufgefordert zu übermitteln. Wird Versendung an ein auswärtiges Archiv erbeten, so ist es zweckmäßig, mit dem Gesuch einen von diesem Archiv unterfertigten Verpflichtungsschein mit vorzulegen.

Es wird empfohlen, vor der Arbeit im Staatsarchiv Nürnberg die im Göttinger und Münchner Institut sowie im Westfälischen Wirtschaftsarchiv dargebotenen Hilfsmittel (vgl. Anm. 6) auszuwerten.

Interessenten außerhalb Nürnbergs sei noch bekanntgegeben, daß Durchschläge der hiesigen Dokumenten- und Verhandlungsaktenrepertorien bei folgenden Archiven und Instituten greifbar sind:

Bundesarchiv Koblenz. — Berliner Hauptarchiv (Berlin-Dahlem). — Institut für Zeitgeschichte in München. — Völkerrechtliches Institut an der Univ. Göttingen. — Dokumentenarchiv der Juristischen Fakultät Heidelberg.

Dr. Otto Puchner



Abschrift von Abschrift

Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltung  
- Dienststellenleiter -

Mitteilung von allgemeiner Bedeutung Nr. 1

Betr.: Personenstandsregister der ehemals von der Wehrmacht  
besetzten Gebiete  
hier: Standesamt I, Berlin-West, Lentzallee 107

Durch den letzten Krieg bedingt hatten deutsche Standesämter ihre Personenstandsarbeit auch in den Gebieten ausgeübt, die von 1939 bis 1945 in das Kriegsgeschehen einbezogen waren. Die Urkundenunterlagen der ehemaligen deutschen Standesämter sind zu einem großen Teil gerettet bzw. sichergestellt worden. Sie sind für das Gebiet der Bundesrepublik einheitlich zusammengefasst und bei dem überörtlichen Standesamt I, Berlin-West, Lentzallee 107, aufbewahrt.

Hier lagern die deutschen Personenstandsregister des ehemaligen Generalgouvernements u.a. aus Warschau-Land, Krakau-Stadt, Krakau-Land, Siedlce, Tarnow, Miechow, Neu-Sandez und Reichshof (früher Rzeszow). Die Register enthalten die Beurkundungen über Geburten, Heiraten und Sterbefälle von 1940 bis Ende Juli 1944.

Aus 104 Städten und Bezirken in den ehemals besetzten Ostgebieten darunter aus Alexanderstadt, Baranowitsche, Brest-Litowsk, Kiew, Minsk, Reval, Riga, Rowno, Schaulen, Wilna, Dorpat, Marampol, Slonim und Tauroggen sind die Urkundenbücher mit den Personenstandseintragungen von 1942 bis 1944 sichergestellt. Es handelt sich um die Register der ehemaligen deutschen Gebietsstandesämter aus Ostpolen, Litauen, Lettland, Estland, Weissrussland und der Ukraine.

Die Urkundenpapiere aus Amsterdamm, Den Haag, Leerlen und Zwolle vermerken die Beurkundungen der ehemaligen deutschen Standesbeamten in den Niederlanden für die Zeit von Anfang April 1941 bis Ende August 1944 und Mitte September 1944. Die Personenstandsbücher der deutschen Gebietsstandesämter in Norwegen geben Aufschluß über die Geburtsfälle von 1941 bis 1944.

Die Beurkundungen betreffen nur deutsche Staats- bzw. Volkszugehörige. Urkunden und Abschriften aus den Bucheinträgen sind schriftlich bei der Aufbewahrungsstelle anzufordern.

Ich erlaube mir hiervon Kenntnis zu geben, da nicht auszuschliessen ist, daß durch Anfragen beim Standesamt I, Berlin-West, die genauen Personalien von gesuchten Personen festgestellt werden können.

Ludwigsburg, den 27. April 1961

gez. Unterschrift

F.d.R.d.A.v.A.:  
Berlin, den 23. Mai 1961  
(Milke), KOM

F.d.R.d.A.:  
Berlin, den 16. Mai 1961  
gez. Schettler, KM



145 gen 441/52

Betrifft: Ablieferung von Akten, Registern und Urkunden  
an das Landesarchiv Berlin;  
hier: Akten der Gerichte und Staatsanwaltschaften  
über die Verfolgung von nationalsozialisti-  
schen Straftaten

Anlagen: 2 Schriftstücke

Nach der AV des Herrn Senators für Justiz vom 18. Januar 1963  
- Just 1452 - I/A. 2 Bd. IV - sind Akten über die Verfolgung  
von nationalsozialistischen Straftaten mit dem Vermerk  
"Archiv" zu kennzeichnen und nach Ablauf der Aufbewahrungs-  
frist dem Landesarchiv Berlin zur Verfügung zu stellen.

Abdrucke der AV vom 18. Januar 1963 und der darin genannten  
AV vom 15. April 1953 sind beigelegt.

Die Dezernenten und Rechtspfleger bitte ich, in jedem Falle zu  
verfügen, ob die Akten zur Abgabe an das Landesarchiv geeignet  
sind.

Die Prüfung hat spätestens bei der Weglegungsverfügung zu er-  
folgen. Der Geschäftsstellenverwalter klebt auf die bezeichne-  
ten Akten einen weißen Klebezettel mit dem roten Aufdruck  
"Archiv", trägt mit Rotstift das Wort "Archiv" in das Register  
(Spalte Bemerkungen) ein und gibt sie an das Archiv der Staats-  
anwaltschaft zur Eintragung in eine Liste und zur Aufbewahrung  
weiter.

Akten, die bereits früher zur Bodengeschäftsstelle abgegeben  
worden sind, werden von dem Verwalter des Archivs geprüft,  
gegebenenfalls entsprechend gekennzeichnet, in die Liste  
eingetragen und gesondert aufbewahrt.

Dr. Münn

Herrn  
Abteilungsleiter *xi*

Beglaubigt  
*Reynward*  
Justizangestellte

mit der Bitte um Kenntnis und Bekanntgabe an die  
Dezernenten.

*Gen. Sta. in Jilstrim zu Vorhieb w.*



Betr.: Ablieferung von Akten, Registern und Urkunden  
an das Landesarchiv Berlin;  
hier: Akten der Gerichte und Staatsanwaltschaften  
über die Verfolgung von nationalsozialistischen Straftaten

- AV vom 18. Januar 1963 - Just. 1452-I/A. 2 Bd. IV -

Akten der Gerichte und Staatsanwaltschaften über die Verfolgung von nationalsozialistischen Straftaten sind nach Abschnitt I Nr. 2 der AV. vom 15.4.1953 (ABl. S. 397) mit dem Vermerk "Archiv" zu kennzeichnen und nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist dem Landesarchiv Berlin zur Verfügung zu stellen.

In Vertretung

Dr. Kauffmann



## Der Senator für Justiz

### Ablieferung von Akten, Registern und Urkunden an das Landesarchiv Berlin

AV. des Senators für Justiz vom 17. Februar 1953  
und 15. April 1953  
— 1452 — I/A. 2.49 — (ABl. S. 224 und 397)

Für die Ablieferung von Akten, Registern und Urkunden  
an das Landesarchiv Berlin bestimme ich folgendes:

#### I.

#### Ablieferung an das Landesarchiv Berlin

1. Akten, Register und Urkunden, die nach den von der  
Justizministerkonferenz vom 15./16. Mai 1952 be-  
schlossenen Bestimmungen über die Aufbewahrungs-  
fristen dauernd aufzubewahren und nach II nicht an

andere Behörden abzugeben sind, sind an das Landes-  
archiv Berlin abzuliefern, wenn sie bei den Justiz-  
behörden voraussichtlich nicht mehr gebraucht werden.  
Dies ist nur anzunehmen, wenn seit der Weglegung  
der Akten mindestens 50 Jahre verflossen sind.

Wegen der Ablieferung der Beschlüsse und Akten  
in Aufgebotsverfahren zur Todeserklärung, zur Auf-  
hebung einer Todeserklärung oder zur Feststellung  
der Todeszeit wird auf Spalte 6 zu lfd. Nr. 84 g der  
vorgenannten Bestimmungen über die Aufbewahrungs-  
fristen verwiesen.

2. Im Einzelfalle sind von der Vernichtung weiter aus-  
zunehmen und an das Landesarchiv Berlin abzuliefern  
die Akten und Urkunden, die wegen ihres Inhalts  
die dauernde Aufbewahrung verdienen und nicht



nach II an andere Behörden abzugeben sind, wie z. B. die Akten und Urkunden, die sich auf die Besitz- und Rechtsverhältnisse sowie die politische Struktur des früheren Deutschen Reichs, des Bundes, der früheren und jetzigen Länder, Gemeinden usw. beziehen oder sich auf bedeutsame Unternehmungen erstrecken, über Einrichtungen der Vergangenheit Aufschluß geben, für die Beurteilung bedeutsamer Verhältnisse der Vergangenheit oder Gegenwart wichtig sind oder sonst aus öffentlichem oder geschichtlichem Interesse als wertvoll anzusehen sind. Bei Meinungsverschiedenheiten, ob diese Voraussetzungen vorliegen, entscheidet die Ansicht des Archivbeamten.

Die mit der Sache befaßten Richter, Staatsanwälte, Vorstände der Vollzugsanstalten, Sachbearbeiter oder Rechtspfleger haben, sobald sie die Überzeugung gewinnen, daß die Akten oder Urkunden zur späteren Ablieferung an das Landesarchiv Berlin geeignet sind, spätestens aber bei ihrer Weglegung auf dem Aktendeckel mit Rotstift oder in sonst auffälliger Weise das Wort „Archiv“ zu vermerken. Der gleiche Vermerk ist in die Weglegungsverfügung und in das Aktenregister zu übernehmen. Die so bezeichneten Akten und Urkunden sind laufend in ein Verzeichnis aufzunehmen und besonders aufzubewahren.

Soweit solche Akten bisher nicht erfaßt worden sind und soweit sie ohne besondere Schwierigkeiten (etwa an Hand der Register oder auf Grund persönlicher Erinnerung) alsbald ermittelt werden können, sind sie bei jeder Behörde bei der ersten Aussonderung nach diesen Bestimmungen herauszusuchen und in das nach Absatz 2 zu führende Verzeichnis aufzunehmen.

Abschrift des Verzeichnisses ist dem Landesarchiv Berlin zu übersenden.

Akten der genannten Art sind dem Archiv zur Verfügung zu stellen, sobald die Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind. Laufen für Akten und Aktenteile (Urteile, Beschlüsse usw.) verschiedene Aufbewahrungsfristen, so sind die vollständigen Akten nach Ablauf der kürzesten Aufbewahrungsfrist an das Archiv abzugeben.

Auf Verlangen sind dem Archivbeamten Akten, Register und Urkunden zur Auswahl des für das Archiv wünschenswerten Materials vorzulegen; auch ist ihm jede für Archivzwecke gewünschte Auskunft zu erteilen; insbesondere können die Prozeßregister nach Ablauf von 3 Jahren seit ihrem Abschluß dem Landesarchiv Berlin für kurze Zeit übersandt werden.



Verzeichnis der Stellen, bei denen Spruchkammerakten  
von ehemaligen Angehörigen der NSDAP aufbewahrt werden.

(Die Aufstellung ist nicht vollständig, sondern umfasst nur die Stellen, die mir bei meinem Aufenthalt bei der Zentralen Stelle in Ludwigsburg bekannt geworden sind).

- 1.) Soweit sich ehemalige Angehörige der NSDAP in der Britischen Zone in Internierungslagern befunden haben, sind die Spruchkammerverfahren in der Regel in den Internierungslagern durchgeführt worden.

Die Akten dieser Lagerspruchkammern befinden sich alle bei der Staatsanwaltschaft in Bielefeld, Bielefeld, Detmolder Str. 1.

- 2.) Soweit Spruchkammerverfahren am Wohnsitz der ehemaligen NSDAP-Angehörigen durchgeführt worden sind, werden die Akten bei den Innenministerien der einzelnen Bundesländer aufbewahrt. Eine Ausnahme bildet hier nur das Land Bayern. Im einzelnen werden die Akten bei folgenden Stellen verwahrt.

a.) Bayern

Amtsgericht München, München, Maria Hilfsplatz 17a,  
Registratur S

b.) Baden-Württemberg

Württembergisches Landesarchiv Ludwigsburg,  
anzuschreibende Stelle: Staatsministerium Baden-  
Württemberg, Stuttgart-O., Richard-Wagner-Str. 15  
(Frau Deller)

c.) Bremen

Senator für Inneres, Bremen, Contrescarpe 22/24

d.) Hessen

Landesministerium des Innern, Wiesbaden

e.) Niedersachsen

Niedersächsisches Ministerium des Innern, Hannover

f.) Rheinland-Pfalz

Rheinländisch-Pfälzisches Ministerium des Innern, Mainz

g.) Schleswig-Holstein

Landesministerium des Innern, Kiel

27. Mai 1963

dk



# Der Bestand Gestapoleitstelle Düsseldorf im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

## Zur Erschließung von Personenakten

Von Gisela Vollmer, Düsseldorf

Es ist das Verdienst von Johannes Papritz, die Organisationsformen der Schriftgutbewahrung in ihrer historischen Entwicklung aufgedeckt und dabei die Sachaktenregistratur in ihrer Bedeutung für das deutsche Archivwesen herausgestellt zu haben<sup>1</sup>. Er hat diesem Betreffsprinzip einmal im Rahmen der Archivtheorie, zum anderen im Bereich der Archivpraxis seine besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Es sei hier auf seinen Normvorschlag für die Titelaufnahme bei Sachakten (Einzelsachakten) hingewiesen<sup>2</sup>.

Bei der Gliederung der Registratur nach Betreffen sind drei Arten von Betreffen zu unterscheiden: Orte, Personen und Sachbetreff<sup>3</sup>. Das Schwergewicht liegt bei letzteren, und im Grunde handelt es sich bei den topographischen und Personalbetreffen um auf einen Ort (bzw. Verwaltungsbezirk) oder eine Person (bzw. Personenkreis) bezogene Sachbetreff<sup>4</sup>.

Anders gelagert sind die Voraussetzungen bei dem Bestand der Gestapoleitstelle Düsseldorf und ihrer Außendienststellen, soweit er im Jahre 1952 vom Hauptstaatsarchiv Düsseldorf übernommen werden konnte. Es handelt sich um ca. 72000 Akten über Personen (Personenakten<sup>5</sup>), deren Bekämpfung oder Überwachung im Aufgabenbereich der Gestapo lag. Allgemeine Akten — etwa über die Geschäfts- und Aktenführung — sowie Personalakten der Gestapobeamten<sup>6</sup> sind nicht in das Hauptstaatsarchiv gekommen, jedoch ist das Vorhandensein der allgemeinen Akten für die Zeit nach dem Kriege, wenigstens zu einem kleinen Teil, noch nachzuweisen<sup>7</sup>.

Allerdings ist mit größeren endgültigen Verlusten zu rechnen, da einmal das Dienstgebäude der Gestapoleitstelle Düsseldorf auf der Prinz-Georg-Str. 98 bei dem Luftangriff in der Nacht zum 12. Juli 1943 z. T. beschädigt worden ist<sup>8</sup>, zum anderen die Leitstelle nach Augenzeugenberichten in ihrem Ausweichquartier in Ratingen Anfang 1945 vor ihrer Verlegung nach Wuppertal tagelang Akten verbrannt haben soll. Sicher ist, daß auch der Bestand an Personenakten nicht mehr vollständig ist und z. T. nach dem Kriege vor Übernahme durch das Hauptstaatsarchiv Verluste eingetreten<sup>9</sup> bzw. Akten an andere Stellen<sup>10</sup> gelangt sind.

Nach Einmarsch der Alliierten waren die von der Gestapo nach Westfalen ausgelagerten Akten zunächst von den Amerikanern beschlagnahmt und nach Mitteilung der Britischen Militärregierung zu einem gewissen Teil vernichtet worden. Die von den Amerikanern durchgeführte Ordnung des Bestandes wurde nach Übernahme durch die Britische Militärregierung beibehalten. Die Akten befanden sich zuletzt im Düsseldorfer Stahlhof und wurden nach anderthalbjährigen Verhandlungen vom englischen *Land Commissioner's Office* in dankenswerter Weise zu einem verhältnismäßig frühen Zeitpunkt<sup>11</sup> für das Archiv freigegeben. Die Abgabe erfolgte im April 1952. Um eine sofortige weitere Benutzbarkeit des Bestandes für die Besatzungsbehörden sicherzustellen, wurde die Beibehaltung der amerikanischen Signaturen vereinbart und von der Britischen Militärregierung leihweise eine den Bestand aufschlüsselnde Kartei zwecks Anfertigung einer Abschrift zur Verfügung gestellt<sup>12</sup>. Für jeden Aktenband war eine Karteikarte angelegt worden, die — entsprechend der Gestapo-Aufschrift auf den Aktendeckeln — Vor- und Zuname, Geburtsdatum und -ort des Aktenträgers sowie die Aktennummer wiedergibt. Die Akten sind wie beim Bärtschen Prinzip fortlaufend numeriert, die Karteikarten nach dem Alphabet der Personen aufgestellt. Die Ordnung und Verzeichnung des Bestandes waren demnach durchaus so, daß sie vom Archiv in der gleichen Form übernommen werden konnten.

Den archivischen Grundsätzen widersprach allerdings die Vermengung der Provenienzen, denn der Bestand umfaßt außer den Akten der Gestapoleitstelle Düsseldorf Akten ihrer Außendienststellen Duisburg, Essen, Mönchengladbach, Krefeld, Oberhausen und Wuppertal sowie

<sup>1</sup> J. Papritz, Organisationsformen der Schriftgutbewahrung in der öffentlichen Verwaltung. Historische Grundlagen und Stand der Probleme. In: Der Archivar Jg. 10, 1957, Sp. 275ff. — Ders., Die Geschichte der Schriftgutorganisation in den Kanzleien. In: Nederlands Archiefblad Jg. 62, 1957/58, S. 2ff.

<sup>2</sup> J. Papritz, Titelaufnahme bei Sachakten. Ein Normvorschlag. In: Der Archivar Jg. 14, 1961, Sp. 325ff.

<sup>3</sup> Vgl. Papritz, Organisationsformen, Sp. 276.

<sup>4</sup> Vgl. G. Enders, Archivverwaltungslehre. (= Archivwissenschaft und historische Hilfswissenschaften. Schriftenreihe des Instituts für Archivwissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin. Nr. 1.) Berlin 1962. S. 41.

<sup>5</sup> Es wird die Bezeichnung „Personenakten“ verwandt, um eine Verwechslung mit den Personalakten der Gestapobediensteten zu vermeiden. Die Gestapo selbst hat die obigen Akten als Personalakten bezeichnet (s. die in Anm. 15 zitierte Dienstweisung), während man z. B. heute bei der Kriminalpolizei in Nordrhein-Westfalen für die über eine Person angelegten Akten den Ausdruck Personenakten verwendet (s. RdErl. über die Führung von kriminalpolizeilichen Personenakten vom 3. März 1950 i. d. F. d. RdErl. vom 16. November 1950 in: MBl. NW 1956, Sp. 1012ff.). Bei H. O. Meisner und W. Leesch, Grundzüge einer deutschen Archivterminologie, in: Archivmitteilungen Jg. 10, 1960, S. 134ff., kommt der Terminus Personenakten nicht vor.

<sup>6</sup> Die Personalakten der Gestapoleitstelle Düsseldorf sollen zu Kriegsende in der Senne vernichtet worden sein. HStA Düsseldorf, Dienstregistratur A IV a, 2, vol. 1, S. 40.

<sup>7</sup> Einzelne Schriftstücke sind veröffentlicht in den Publikationen: Beweisdokumente für die Spruchgerichte in der Britischen Zone. Hsg. von der Dienststelle des Generalinspektors in der Britischen Zone für die Spruchgerichte. (1947). — Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg 1947ff. — Auch zu dem Eichmann-Prozeß sind wahrscheinlich allgemeine Akten der Gestapoleitstelle Düsseldorf herangezogen worden. Ebenso sollen sie von der Besatzung bei den Verhören in den Internierungslagern verwandt worden sein (HStA Düsseldorf, Dienstregistratur A IV a, 2, vol. 1, S. 40). — Einzelvorgänge bzw. einige Akten sind — vermischt mit zahllosen Akten anderer Polizeibehörden — kürzlich bei der Rückgabe deutscher Akten aus Amerika an das Bundesarchiv als Auffangstelle für das aus dem Ausland in die Bundesrepublik zurückfließende Schriftgut gelangt. Mitteilung des Bundesarchivs vom 1. Oktober 1962, dem an dieser Stelle für freundliches Entgegenkommen gedankt sei, ebenso wie dem Staatsarchiv Nürnberg, das aus seinem Bestand Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse einen fotokopierten Aktenband der Gestapoleitstelle Düsseldorf zur

Einsichtnahme zur Verfügung stellte. — Weitere Nachforschungen des HStA's Düsseldorf nach dem Verbleib der verlorenen Akten — auch seiner Zeit über die Britische Militärregierung — haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Vielleicht bringt die noch nicht vorliegende Nr. 38 der *Guides to German Records microfilmed at Alexandria, V.A.* mit Akten RFSS und Chef d. dt. Polizei genauere Nachweise (freundl. Auskunft von Herrn Dr. A. Hoch, Institut für Zeitgeschichte).

<sup>8</sup> HStA Düsseldorf, Gestapoleitstelle Düsseldorf Nr. 9212, Bl. 184 und Nr. 7283, Bl. 127. Allerdings ist bisher nicht bekannt, ob bei diesem Angriff Aktenverluste eingetreten sind.

<sup>9</sup> So weist die unten noch näher zu erwähnende, 1952 von der Britischen Militärregierung an das Archiv ausgeliehene Kartei mehr Akten nach, als tatsächlich bei der Übergabe vorhanden waren.

<sup>10</sup> Einige Personenakten befinden sich heute beim Internationalen Suchdienst in Arolsen (Waldeck) und bei dem *World Jewish Congress, European Tracing Office*, in London.

<sup>11</sup> Die Rückführung von deutschem Aktengut aus Großbritannien und den USA setzte 1957 bzw. 1958 ein, vgl. H. Philippi in: Der Archivar Jg. 13, 1960, Sp. 199, und A. Wagner, a.a.O. Jg. 15, 1962, Sp. 344.

<sup>12</sup> Zu dem Vorhergehenden s. HStA Düsseldorf, Dienstregistratur A IV a, 2, Vol. I.



Akten der Grenzkommissariate Emmerich, Kaldenkirchen und Kleve. Eine Trennung der Provenienzen im Archiv — die die alten Signaturen, also die Lagerung nicht hätte berühren brauchen, sondern sich lediglich auf die Reper-  
torisierung hätte beschränken können — wäre jedoch in Anbetracht der Aktenmassen wenig sinnvoll gewesen. Der beträchtliche Arbeitsaufwand<sup>13</sup> hätte — da es sich um uniformes Aktenmaterial, nämlich ausschließlich um Personenakten, handelt — kaum praktische Ergebnisse gehabt, im Gegenteil, die Benutzung wäre erheblich erschwert worden, da man in diesem Falle jeweils an 10 Stellen, d. h. bei 10 Beständen hätte recherchieren müssen. So wurde der vom Archiv vorgefundene Ordnungszustand auch auf dem Papier beibehalten.

Außerhalb jeder Diskussion stand eine Durchkassierung des Bestandes, ganz abgesehen davon, daß sich die Britische Militärregierung jederzeit Zutritts- und Ausleihrecht vorbehalten hatte. Die aktuelle Bedeutung für die Klärung von Wiedergutmachungsfällen lag auf der Hand, zudem sprach der historische Quellenwert für die Geschichte des Widerstandes für eine dauernde Aufbewahrung. Wenn auch betont werden muß, daß ein gewisser Prozentsatz der Akten belanglosen Inhalts ist, so sind diese dennoch für die Verhältnisse im „Dritten Reich“ typisch. Nach Abwicklung der Wiedergutmachung bzw. Ablauf der für Personalakten gewöhnlichen Fristen könnte man hier zwar an eine Auslese denken: Aber da u. W. kein anderer Bestand einer Gestapoleitstelle in diesem Umfang erhalten ist, hat der Düsseldorfer für die Geschichte des nationalsozialistischen Regimes und des Widerstandes exemplarischen Wert, was ein Abweichen von den sonst üblichen Kassationsgrundsätzen rechtfertigt, wenn nicht sogar erfordert. Zudem ist es nicht so, daß dieser Bestand — wie zu erwarten wäre — in der Regel die korrespondierende Überlieferung umfaßt, d. h. den über eine bestimmte Person angelegten Aktenband der Leitstelle und den korrespondierenden der zuständigen Außendienststelle. Natürlich enthält der Bestand auch korrespondierende Akten, aber dies ist — wie gesagt — nicht die Regel.

Zur Kennzeichnung des Bestandes ist weiterhin Folgendes zu sagen. Der räumliche Zuständigkeitsbereich der Gestapoleitstelle Düsseldorf deckte sich — entsprechend der Verwaltungsorganisation der Gestapo — mit dem der Bezirksregierung Düsseldorf, in deren Verband sie bis zum Runderlaß vom 14. März 1934 stand<sup>14</sup>. Die Personenakten betreffen aber nun nicht nur Personen, die in diesem Gebiet ihren Wohnsitz hatten, sondern auch solche, die hier aufgetreten sind<sup>15</sup> oder hätten auftreten können (z. B. bei Fahndungsrundschreiben). In letzterem Falle handelt es sich durchweg um sehr dünne Aktenfaszikel mit etwa drei Schriftstücken, aber trotzdem können sie bei Ausfall der Überlieferung an anderem Ort von Bedeutung sein. — Zeitlich umfaßt der Bestand die Jahre von ca. 1926 bis ca. 1944, d. h. es sind seiner Zeit Vorakten von den Polizeibehörden — in erster Linie über Fremdenlegionäre,

Separatisten und Kommunisten — übernommen und weitergeführt worden. — Zum Aufgabengebiet der Gestapo gehörte in erster Linie die Verfolgung von Verbrechen gegen den Staat, insbesondere von Hoch- und Landesverrat, und der Schutz der Partei. Nächste der Aufklärung und Sühne bereits begangener Verbrechen und Vergehen waren die Vorbeugung derartiger Straftaten und die Vernichtung ihrer Wurzeln das Ziel<sup>16</sup>. Zu den Aufgaben der Gestapo gehörte ferner auch die Bekämpfung von Delikten unpolitischer Natur, so der Homosexualität und der Arbeitsverweigerung. Nach der Dienstanweisung des Geheimen Staatspolizeiamtes von 1938<sup>17</sup> waren „für alle allgemeinpolitisch in Erscheinung getretenen Personen“ „Personalakten“ zu führen. Weiter heißt es hier: „In die Akte ist alles anfallende Schriftgut einzuordnen, ohne Rücksicht darauf, ob dieses Material eine Zuverlässigkeit oder ein staatsfeindliches Verhalten [des Betroffenen] aufweist ...“. Wenn mehrere Personen in einem Vorgang auftauchten, so waren für jeden Beteiligten „Personalakten“ zu führen. Als erstes Blatt war der Personalbogen (Vordruck Gestapo Nr. 163) einzulegen. Darin sollten außer möglichst vollständigen Personalien eine stichwortartige Darstellung des politischen Lebenslaufes, auf alle Fälle aber der Grund eingetragen werden, der zur Anlegung des Personalbogens Veranlassung gegeben hatte<sup>18</sup>. Trat eine Person, über die bereits Akten vorhanden waren, zu einem späteren Zeitpunkt wieder in Erscheinung, so wurden diese in der Regel weitergeführt, auch wenn für den neuen Tatbestand ganz andere Voraussetzungen vorlagen. Also nicht der Fall, sondern die Person war hier für die Aktenführung entscheidend. — Die Aktendeckel tragen im allgemeinen keine Signaturen der jeweiligen Gestaporegistratur, wohl hat ein kleiner Prozentsatz eine alte fortlaufende Nummer aufzuweisen.

Die bereits erwähnte, von der Britischen Militärregierung ausgeliehene Kartei wurde im Archiv als Bandrepertorium umgeschrieben, das insgesamt aus 30 durchlaufend foliierten Bänden mit ca. 6200 einseitig beschriebenen Blättern besteht. Die Benutzbarkeit des Bestandes war kurz nach seiner Übernahme gesichert, und die Akten wurden seitdem in besonders starkem Maße von Dienststellen zur Klärung von Wiedergutmachungsfällen herangezogen, nachdem das Archiv die zuständigen Behörden auf die Bedeutung des Bestandes aufmerksam gemacht hatte. Der Höhepunkt der Anfragen wurde 1955 mit 11336 Tagebuchnummern (einschl. 3811 Aktenversendungen) der Gestapo-Abteilung erreicht. Seit 1958 ist ein allmählicher Rückgang der Inanspruchnahme zu verzeichnen. — Eine Durchsicht des Repertorios wurde übrigens im Interesse der schnellen Klärung von Einzelfällen dem Internationalen Suchdienst in Arolsen (Waldeck) zur Verfügung gestellt.

Für die private Einsichtnahme sind die Akten selbstverständlich noch gesperrt. Eine Benutzung durch Rechtsanwälte und zugelassene Rechtsvertreter ist dagegen in den Diensträumen des Hauptstaatsarchivs statthaft, sofern sie für Geschädigte zu prüfen haben, ob die Voraussetzungen für Wiedergutmachungsansprüche gegeben sind. Zu wissenschaftlichen Zwecken ist der Bestand bisher nur in Einzelfällen herangezogen worden, d. h. wenn eine Sondergenehmigung des Kultusministeriums als vorgesetzter Dienstbehörde vorlag. Aber ganz abgesehen von der

<sup>13</sup> So läßt sich z. B. die Provenienz nicht immer mit einem schnellen Blick auf den Aktendeckel erkennen. Es wurden durchweg einheitliche Aktendeckel mit dem Aufdruck „Akten der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeistelle ... über ... (Familiennamen) ... (Vorname) ... (Geburtsdatum) ... (Geburtsort)“ vermerkt, auf denen die Dienststelle manchmal vermerkt, manchmal nicht vermerkt ist.

<sup>14</sup> Vgl. dazu u. a. B. Vollmer, Volksopposition im Polizeistaat. Gestapo- und Regierungsberichte 1934–1936. (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte Bd. 2). Stuttgart 1957. S. 9.

<sup>15</sup> Vgl. auch „Dienstanweisung [des Geheimen Staatspolizeiamtes] für die Anlage und Führung der Personenkarteien (Hauptkarteien) und der allgemeinpolitischen Personalaktenverwaltungen, Anlage „A“ zum Rd.Erlaß vom 21. Dezember 1938 B Nr. 5925/38g II F“, Abschn. B (1). Durch freundliche Vermittlung des Bundesarchivs wurde die Dienstanweisung kürzlich hier bekannt.

<sup>16</sup> Vgl. u. a. Vollmer, a. a. O. S. 9f.

<sup>17</sup> S. oben Anm. 15.

<sup>18</sup> Rundschreiben der Gestapoleitstelle Düsseldorf vom 18. Februar 1939 (durch freundliche Vermittlung des Bundesarchivs kürzlich hier bekannt geworden). — In der Praxis ist allerdings nicht immer nach dem Rundschreiben verfahren worden.



üblichen Grenzjahr-Regelung wäre auch bei der bisherigen Form der Verzeichnung keine intensive Benutzung möglich, mit Ausnahme der Fälle, in denen man dem Schicksal Einzelner nachgehen will, deren wichtigste Personalien (Vor- und Zuname, Geburtsjahr und -ort) bekannt sind. Denn will man den aktiven oder passiven Widerstand einzelner Kreise untersuchen, so bietet das Bandrepertorium keinen Hinweis auf die infragekommenden Personenakten. Ein Teil der Akten enthält zudem über die Person und den Fall hinausgehendes Quellenmaterial von grundsätzlicher Bedeutung, z. B. zur Geschichte einer Organisation.

So hat das Archiv schon bald nach der Übernahme des Bestandes darauf hingewiesen, daß er — wenn er der wissenschaftlichen Forschung auf die Dauer nutzbar sein solle — einer weiteren, und zwar eingehenden Erschließung bedürfe. Aber da bei den vorliegenden Aktenmassen hierfür mit einem ganz erheblichen Zeitaufwand zu rechnen war und vordringlichere Aufgaben anstanden, mußte in Anbetracht der Personalverhältnisse eine planmäßige Neuaufnahme zunächst zurückgestellt werden. Mit einer gewissen Ergänzung der Angaben im vorhandenen Repertorium war wenig gewonnen. Aufgrund einer Aufforderung des Kultusministeriums wurde dann im Jahre 1960 ein vorläufiger Bericht über die verzeichnungstechnischen Möglichkeiten der weiteren Bestandserschließung ausgearbeitet. Das besondere Interesse, das der Bestand wegen seiner einmaligen Bedeutung für die Geschichte des Widerstandes sowohl bei der vorgesetzten Dienststelle als auch beim Kulturausschuß des Landtages hervorrief, hat schließlich dazu geführt, daß ab April bzw. September 1961 zwei neue Kräfte für die Verzeichnung eingesetzt werden konnten. Ihre Aufgabe wird sich über mehrere Jahre erstrecken. Bis jetzt sind ca. 15000 Akten erfaßt. Der Bestand ist also im Einzelnen noch nicht übersehbar<sup>19</sup>, aber vielleicht rechtfertigen die besonderen Probleme, vor die sich das Archiv gestellt sah, schon bei dem derzeitigen Stand der Dinge einen Bericht über die gewählte Art der Erschließung.

Es mußte zunächst das Ziel sein, nach Möglichkeit die Erfassung der Tatbestände nach den Gesichtspunkten vorzunehmen, nach denen sie bei der Gestapo bearbeitet worden waren, d. h. nach dem Verwaltungsstrukturprinzip. Da sich bisher keine Geschäftsverteilungspläne oder entsprechende Unterlagen der Düsseldorfer Leitstelle ermitteln ließen, wurde probeweise eine größere Anzahl von Akten gesichtet und verkartet, um dann vorläufige Richtlinien zur Erschließung des Bestandes aufstellen zu können. Als maßgeblich erwies sich für die Verzeichnung in erster Linie der Kreis der jeweiligen Person (Partei, Kirche, Rasse, Presse etc.), dem sie angehörte oder nahestand und der ihre Grundhaltung bzw. ihr von der Gestapo untersuchtes Verbrechen, Vergehen oder Verhalten im Einzelfall bestimmt hatte. Der nachträglich hier durch Vermittlung des Bundesarchivs bekannt gewordene Geschäftsverteilungsplan des Geheimen Staatspolizeiamtes<sup>20</sup> nach

dem Stand vom 1. Juli 1939 stellt dabei ein wichtiges Hilfsmittel dar, da er — wie ein Vergleich mit den Aktenzeichen auf den einzelnen Vorgängen oder mit dem am Schluß der Akten oft beiliegenden Nachweisbogen der Düsseldorfer Leitstelle zeigt — fast identisch mit dem Düsseldorfer Plane ist<sup>21</sup>. Einen wertvollen Anhaltspunkt bietet der Berliner Geschäftsverteilungsplan auch für die Fälle, bei denen man aus dem Akteninhalt nicht den eigentlichen Grund entnehmen kann, der zur Anlage der betreffenden Personenakten geführt hat.

Die Verzeichnung erfolgt in Karteiform. Es werden gleichzeitig mehrere maschinenschriftliche Karteien nebeneinander geführt. Die Hauptkartei, deren Durchschlag die Ortskartei bildet, wird auf festeren Karten in Größe DIN A 6 geschrieben, auf denen vorgedruckte dünne Linien Rubriken ergeben<sup>22</sup>. In der ersten Rubrik oben links wird der bereits erläuterte Kreis angegeben, dem die betreffende Person angehörte oder nahestand, — sofern möglich, mit einem oder zwei Unterschlagworten (z. B.: KPD/KJVD, — Kriegsgefangener/Franzose, — Kirche, evgl./Bekennniskirche/Geistlicher). Als Hauptschlagworte können auch — entsprechend dem erwähnten Geschäftsverteilungsplan von 1939 — Begriffe wie „Opposition“ auftauchen, aber darauf wird nur im Notfall zurückgegriffen, wenn keine andere Zuordnung möglich ist. Unter Opposition liefern übrigens nur leichte Fälle. Kann das Hauptschlagwort lediglich aus dem Aktenzeichen erschlossen werden, ist es in Klammern zu setzen. Die zweite Rubrik oben Mitte verzeichnet den Wohnort zur Zeit der Anlegung des Personalbogens bzw., wenn dieser nicht mit dem für den Tatbestand maßgeblichen Ort identisch ist, den Tatort. In letzterem Fall wird nur dann eine Verweiskarte für den Wohnort aufgestellt, wenn anzunehmen ist, daß der Beschuldigte an seinem Wohnort in gleichem Sinne tätig gewesen ist (z. B.: ein Pfarrer aus Mülheim, dessen Gastpredigt in Essen Anlaß zur Untersuchung gegeben hat). Auf eine Kennzeichnung, ob es sich bei dem betreffenden Ort um den Wohn- oder Tatort handelt, wird bei der Verzeichnung verzichtet. Ist in den Akten der Stadtteil mitangegeben, so wird dieser erfaßt (z. B.: Düsseldorf-Gerresheim), da die Stadtteile von verschiedener soziologischer Struktur sind und sich vielleicht später bei der Ortskartei gewisse Schwerpunktgebiete erkennen lassen. Die dritte Rubrik oben rechts gibt Bestand und Aktennummer wieder. Handelt es sich um Sammel-sachakten, d. h. waren mehrere Personen an einem Vorfall beteiligt und dann — entgegen der oben zitierten Dienst-anweisung von 1938 — die entsprechenden Vorgänge in

<sup>21</sup> Für welchen Zeitraum dies gilt, läßt sich z. Zt. noch nicht genau übersehen. Von allen hier bisher ermittelten Geschäftsverteilungsplänen des Gestapo stellt jedenfalls der von 1939 für die Erschließung des Düsseldorfer Bestandes die geeignetste Arbeitsgrundlage dar.

<sup>22</sup> Zur Veranschaulichung sei hier eine Karte der Hauptkartei (mit fingierten Personalien) wiedergegeben:

Kirche, kath. Weltgeistlicher	Düsseldorf	Gestapo Düss. 11 638
Verdacht illeg. Betätigung für die kath. Jugendbewegung (1936); staatsfeindliche Äußerungen in einer Predigt (1938); Verbreitung von Hirtenbriefen des Bischofs von Münster (1941).		1936
Schmitz, Joseph 5.5.1905 Köln Kaplan		37 Bl.
Bemerkungen: Darin: Abschriften der Predigten des Bischofs von Münster, Clemens August Graf von Galen, vom 13.7.1941, 20.7.1941 u. 3.8.1941.		

<sup>19</sup> So entspricht auch die obige Bestandsbeschreibung lediglich dem jetzigen Kenntnisstand. — Für freundliche Auskünfte bin ich den beiden Bearbeitern des Bestandes, Frau Dr. Lange und Herrn Dr. Ziegahn, dankbar.

<sup>20</sup> Die Gestapoleitstellen unterstanden einmal den zuständigen Behörden der inneren Verwaltung, zum anderen dem Geheimen Staatspolizeiamt (Gestapa) in Berlin. Von den Akten des Gestapa bzw. des Reichssicherheitshauptamtes, welchem bei seiner Errichtung am 27. September 1939 das Gestapa als Amt IV (Gegner-Erforschung und -Bekämpfung) eingegliedert wurde, sind für deutsche Archive bisher nur Splitterbestände nachzuweisen. Siehe F. Facius, H. Booms, H. Boberach, Das Bundesarchiv und seine Bestände. (= Schriften des Bundesarchiv Bd. 10). Boppard 1961, S. 64. B. Brachmann, Aktenbetrieße des Geheimen Staatspolizeiamts zur Widerstandsbewegung der deutschen Arbeiterklasse 1933—1939. In: Archivmitteilungen Jg. 11, 1961, S. 74ff. — Vgl. jetzt aber Wagner, a.a.O. Sp. 345.



einem, nur auf eine Person lautenden Aktenfaszikel zusammengefügt worden, so wird unter der Archivsignatur ein „S“ vermerkt. Die gleiche Kennzeichnung wird für Aktenfaszikel verwendet, die mehrere nicht in sachlichem Zusammenhang stehende Personenakten enthalten, ferner für Akten, in denen mehrere Beschuldigte auftauchen. Die vierte Rubrik (unter Rubrik 1 und 2) erfaßt den Tatbestand oder den Verdacht eines Tatbestandes (z. B.: Vorbereitung zum Hochverrat, — Beteiligung an verbotener Sammlung), ohne daß der Verdacht als solcher gekennzeichnet werden muß, denn in vielen Fällen ist nicht ersichtlich, ob der Verdacht begründet oder nicht begründet ist. Handelt es sich um mehrere Tatbestände, dann wird jeweils die entsprechende Jahreszahl in Klammern hinzugesetzt, ebenso wird die Jahreszahl hinzugefügt, wenn das Jahr des Tatbestandes vor dem Jahr der Aktenanlegung liegt. Die danebenstehende 5. Rubrik bringt das Jahr der Anlegung der Akten. In der 6. Rubrik (unter Rubrik 4 und 5) wird Zu- und Vorname, Geburtsdatum und -ort sowie der Beruf der Person erfaßt, für die das Aktenfaszikel angelegt ist. Bei vom Inhalt her besonders wichtigen Akten ist eine Unterstreichung des Zunamens vorgesehen. Da die Akten wegen der noch zu erwähnenden Personenkartei paginiert werden müssen, wird in dieser Rubrik rechts außen noch der Seitenumfang angegeben. Die 7. und letzte Rubrik ist „Bemerkungen“ vorbehalten. Hier wird z. B. die Funktion der betreffenden Person in einer Partei, einer Organisation oder einem Verband aufgeführt, auf sonstige maßgebliche Erwähnungen der letzteren hingewiesen oder in „Darin-Vermerken“ anliegende Flugschriften, Broschüren etc. erfaßt. Für diese Beilagen wird außerdem eine Druckschriftenkartei geführt, die auch den Titel der in den Akten eingehend behandelten, aber diesen nicht beiliegenden Druckschriften aufnimmt (in: Nr. ... bzw. erwähnt in: Nr. ...) <sup>23</sup>.

Bringen die Akten bemerkenswerte Angaben, die durch das Hauptschlagwort nicht erfaßt werden, so werden diese — abgesehen von der Erwähnung in der 4. oder 7. Rubrik der Hauptkarte — durch ein neues Hauptschlagwort auf einer gelben Verweiskarte (mit Durchschlag für die Ortskartei) festgehalten. Ist z. B. das eigentliche Hauptschlagwort „Zentrum“ und die betreffende Person Verleger der Essener Volkszeitung, dann wird für „Presse/Essener Volkszeitung“ eine Verweiskarte angelegt, sofern die Akten auch nähere Angaben über diese Zeitung bringen. Um ein zeitraubendes Suchen nach der zugehörigen Hauptkarte zu vermeiden, bringt die Verweiskarte alle Angaben der Hauptkarte, evtl. in anderer Folge oder Formulierung, wenn es der Sinn erfordert. In der 7. Rubrik wird hier auf Hauptschlagwort und Ort der Hauptkartei hingewiesen, um den Zusammenhang sichtbar werden zu lassen.

<sup>23</sup> Auf die sonst anzustrebende Wiedergabe der Aktenzeichen wurde verzichtet, da diese sich — wie aus dem oben Gesagten zu entnehmen — nur mühsam aus den einzelnen Vorgängen oder evtl. aus dem Nachweisbogen ermitteln lassen und zudem die Aktenzeichen innerhalb eines Faszikels auch bei einer Verwaltungsstrukturschicht — häufig wechseln. Die Akten sind vielfach von einer Abteilung zur anderen gewandert, vor allem zur Abteilung II F (Kartei etc.). Mit diesem Hinweis wäre z. B. nur wenig gewonnen.

Als Arbeitsbehelf wird fortlaufend eine kleinere Kartei der verwendeten Hauptschlagworte geführt, damit nicht evtl. für ein und denselben Betreff zwei verschiedene Hauptschlagworte geprägt werden. Auf der Karteikarte erscheinen dort unter dem jeweiligen Hauptschlagwort die bisher aufgetauchten Untersschlagworte. Daneben entsteht eine zweite kleine Kartei nach dem Alphabet der Organisationen, Verbände etc. und ihrer — heute z. T. nur noch schwer aufzulösenden — Abkürzungen. Die Karteikarte gibt den Hinweis zu dem Hauptschlagwort, so daß in Zweifelsfällen die richtige Einordnung gesichert ist.

Die Hauptkartei wird nach den Hauptschlagworten (und Untersschlagworten) aufgestellt, für deren Reihenfolge der bereits erwähnte Geschäftsverteilungsplan von 1939 den wesentlichen Anhaltspunkt bietet. Eine weitere Untergliederung soll nach dem Tatbestand erfolgen, allerdings muß erst die Erfahrung zeigen, inwieweit sich hier eine sinnvolle Aufschlüsselung durchführen läßt.

Der Durchschlag der jeweiligen Karteikarte der Hauptkartei wird nach dem Alphabet der Orte als Ortskartei aufgestellt. Die weitere Untergliederung erfolgt nach dem Hauptschlagwort (und Untersschlagwort). Für die evtl. weitere Feingliederung nach dem Tatbestand ist dasselbe wie für die Hauptkartei zu sagen.

Daneben wurde eine Personenkartei angelegt, die die in den Akten weiterhin auftretenden Beschuldigten etc. erfaßt. Diese Kartei wird einmal im Interesse der Wiedergutmachungsbehörden geführt, zum anderen für wissenschaftliche Zwecke. — Auf ausdrücklichen Wunsch des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen wurde ferner mit einer Gestapo-Beamtenkartei begonnen, die auch die Namen der nicht im Düsseldorfer Sprengel tätig gewesen Gestapobeamten nachweist.

Akten ohne jeglichen historischen Aussagewert werden bei den Erschließungsarbeiten nicht berücksichtigt. Maßstab für die Auswahl ist in erster Linie natürlich der Akteninhalt, aber es ist zusätzlich auch von der Bedeutung und Stellung der betreffenden Person auszugehen. So werden z. B. Akten, die lediglich Leumundsfragen bzw. -zeugnisse bringen, wenn sie ohne politisches Interesse sind, nicht erfaßt, ebenso nicht Akten über unter § 175 fallende Personen, es sei denn, daß es sich hier um einen Vorwand der Gestapo handelt, politisch mißliebige Personen zu bekämpfen. Von den bisher bearbeiteten Akten wurden ca. 75—80% durch die Karteien erfaßt. Jedes ausgewertete Aktenfaszikel wird in dem Bandrepertorium rot abgehakt, so daß man später — sollte man noch eine Kassation ins Auge fassen wollen — ohne Mühe 20—25% ausscheiden könnte. Für die karteimäßig nicht erfaßten Akten wird in das Bandrepertorium kurz der Tatbestand eingetragen.

Freilich handelt es sich bei der in Angriff genommenen Bestandserschließung um einen Versuch, das Massenproblem zu bewältigen. Aber begründet ist dieser Versuch hier allein in den besonderen Voraussetzungen des Bestandes. Wenn es die Aufgabe der Archive ist, dem Benutzer den Weg zu den Akten zu weisen, so mußte für die Personenakten der Gestapo eine Repertorisierung gefunden werden, die über die Personennamen hinausgeht.



Vfg.

1. Betrifft: Personalanfragen von Bundes- und Landesbehörden

Seit Bestehen der Arbeitsgruppe haben sich verschiedene Bundes- und Landesbehörden an mich gewandt und um Mitteilung der Personal- und Sacherkenntnisse gebeten, die wir über ehemalige Angehörige des RSHA oder von anderen dem RSHA nachgeordneten Dienststellen besitzen. Die Anfragen betreffen im wesentlichen noch im Staatsdienst beschäftigte Personen oder solche, die von den Behörden aus irgendeinem Grunde überprüft werden.

Da bisher über diese Personen nur Personalerkenntnisse vorlagen, konnten auch nur diese den anfragenden Stellen mitgeteilt werden. Es muß jedoch damit gerechnet werden, daß bei den weiteren Vor- und eigentlichen Ermittlungen auch sachliche Erkenntnisse gewonnen werden, die unter Umständen die betreffende Person belasten. Um gegebenenfalls den Behörden, die bisher angefragt haben, neue Erkenntnisse mitteilen zu können, bitte ich, bei den weiteren Ermittlungen auf folgende Personen zu achten und mir bei ihrer Erfassung als Beschuldigte umgehend Mitteilung zu machen:

1. Kurt S c h m i d t ,  
geboren am 23. September 1900 in Gebhardsdorf (Kreis Lauban Schlesien),  
wohnhaft in Retterode Krs. Witzenhausen Nr. 8.

Offensichtlich identisch mit dem im Geschäftsverteilungsplan des RSHA (Stand 1. März 1941) und im Telefonverzeichnis des RSHA (Stand Mai 1942) genannten SS-Sturm-  
bann- bzw. Obersturmbannführer im Referat II C 8.

2. Alois Franz de Paula K ö l d o r f e r ,  
geboren am 4. Oktober 1904 in Wien,  
wohnhaft in Oerlinghausen.

Als RSHA-Angehöriger nicht erfaßt. Nachforschungen beim  
DC insoweit negativ.



3. Assessor Rudolf von B r o c k e ,  
geboren am 20. Februar 1910 in Stettin,  
wohnhaft in Hannover-Kleefeld, Senator-Bauer-Straße 17.

Als RSHA-Angehöriger nicht erfaßt. Ausweislich der DC-Unterlagen ist er SS-Richter gewesen.

4. Julien Louis Marcel B e g y n ,  
geboren am 28. Februar 1924,  
wohnhaft in Rodenkirchen.

Als Angehöriger des RSHA nicht erfaßt. Nach Mitteilung der WAST lediglich Angehöriger der Waffen-SS gewesen.

5. Kriminaloberrat Dr. Bernhard W e h n e r .

Laut Telefonverzeichnis des  
RSHA Kriminalkommissar im Referat V B 1a des RSHA gewesen.

6. Max H a r t w i g ,  
geboren am 20. Mai 1899,  
wohnhaft in 4049 Gustorf, Am Rathaus 26.

Nach den Telefonverzeichnissen des RSHA Kriminalsekretär des Referats IV E 4 gewesen.

7. Gerold F i s c h e r ,  
geboren am 18. Februar 1915 in Oldenburg,  
wohnhaft in Oldenburg, Ulmenstraße 43 a.

SS-Untersturmführer in II HK gewesen und rückwirkend zum 6. Mai 1944 zu II A 4 versetzt.

8. Dr. Adolf B i e r w i r t h ,  
geboren am 2. Januar 1905 in Hannover,  
wohnhaft in Hannover-Kirchrode, Kaiser-Wilhelm-Straße 5.

Laut DC-Unterlagen nur ehrenamtlicher Mitarbeiter beim Amt III des RSHA gewesen. Nach der Verfügung vom Februar 1943 war er Ministerialrat im Reichsinnenministerium



und zu damaliger Zeit abgeordnet zum Ostministerium als Leiter des Aufbaustabes Kaukasus.

9. Heinrich D e p p e ,  
geboren am 13. Mai 1908 in Schlarpe Krs. Northeim.

Nach den Telefonverzeichnissen des RSHA Polizeisekretär im Referat IV C 1 gewesen. 2 Spruchkammerverfahren (IV Sp Ls 126/47 - Bielefeld und Sk/8440 - Berlin, Senator für Inneres).

10. Karl Heinz B u s c h ,  
geboren am 25. März 1913 in Dortmund,  
wohnhaft in Saarbrücken 3, Uhlandstraße 14.

Als RSHA-Angehöriger nicht ermittelt. Offensichtlich nicht identisch mit Busch, Heinz, SS-Unterscharführer, Referat VI Kult und Busch, Heinrich, SS-Unterscharführer, persönlicher Stab.

11. August F i n k e ,  
geboren am 12. August 1906 in Verden/Aller.

SS-Sturmbannführer im Amt VI A gewesen. Am 9. November 1943 zum SS-Obersturmbannführer befördert.

12. Dr. Friedrich S c h u l z e ,  
zur Zeit Kriminalrat bei der Kreispolizeibehörde  
Gelsenkirchen.

Nicht als RSHA-Angehöriger erfaßt.

13. Helmut M ö l l e r ,  
geboren am 9. Januar 1909 in Kiel,  
wohnhaft in 8261 Tittmoning, Watzmannstraße 4.

Bis 1940 Stapoleitstelle Berlin. Danach SD-Dienststelle bei der Stapoleitstelle Reichenberg. Mit Wirkung vom 29. Januar 1942 zum RSHA Amt VI versetzt. Nach den



Telefonverzeichnisses des RSHA Regierungsrat bzw. SS-Sturmabführer im Referat VI A. Nach dem Geschäftsverteilungsplan des RSHA (Stand 1. Oktober 1943) Referent des selbständigen Referats VI Kult.

14. Heinrich S c h m i c k ,  
geboren am 21. Januar 1909 in Hagen,  
wohnhaft in Neu-Moedrath b. Kerpen Krs. Bergheim/Erft.

In den Telefonverzeichnissen des RSHA nicht enthalten.  
Wird in dem Personalveränderungsblatt 5 b/44 jedoch  
als SS-Obersturmführer (RSHA, SS-Nr. 340041) geführt.

Lv. S. 154 (Jan. 1943): VI B 4

2. Mit der Bitte um gefl. Kenntnisnahme und Beachtung

Fräulein Staatsanwältin B i l s t e i n

Berlin, den 6. August 1964

Severin  
Erster Staatsanwalt

Le ✓



V e r m e r k

Soeben rief Herr Kammergerichtsrat Dr. Dehnicke von der Senatsverwaltung für Justiz an und teilte folgendes mit:

Beim Abgeordnetenhaus sind zwei kleine Anfragen im Zusammenhang mit dem vorliegenden Verfahren eingegangen. Diese haben folgenden Wortlaut:

a) Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Hans W ü r z b u r g (SPD) :

"Betr.: Material über das "Reichssicherheitshauptamt"

Ich frage den Senat:

1. Hat sich das bisher Westberliner Staatsanwälten beim Besuch des Ostsektors vorgelegte Material des "Reichssicherheitshauptamtes" als mehr oder minder bedeutungsvoll erwiesen?
2. Sind bisher unbekannte Tatsachen und Vorgänge zu Tage getreten, die Anlaß zu strafrechtlichen Ermittlungsverfahren wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen gegeben haben oder geben werden?
3. Zu welchen sonstigen Maßnahmen nötigt die Auswertung des Aktenmaterials?
4. Wie lange soll die Aktion fortgesetzt werden?

Berlin, den 13. Oktober 1964

gez. Würzburg"

b) Kleine Anfrage Nr. 132 des Abgeordneten Rudolf M e n d e l (CDU) vom 13. Oktober 1964 über Aktenmaterial über das Reichssicherheitshauptamt:



Ich frage den Senat :

1. Welche Ergebnisse haben bisher die nach Pressemeldungen schon mehrfach abgestatteten Besuche Westberliner Staatsanwälte in Ost-Berlin gehabt?
2. Rechtfertigen die Ergebnisse den Entschluß des Senats zur Entsendung der Staatsanwälte oder besteht Anlaß zu der Vermutung, daß der kommunistischen Seite mehr an der Kontaktaufnahme als an der Aufdeckung von Naziverbrechen liegt?

gez. Rudolf Mendel"

Herr Kammergerichtsrat Dr. Dehnicke erklärte, daß der Text der Anfragen am kommenden Montag übermittelt werde. Er bat in dieser Sache um Bericht bis zum 26. Oktober 1964. Zu diesem Zeitpunkt soll der Bericht bereits bei der Senatsverwaltung vorliegen.

Herr Chef ist über die Tatsache der beiden Anfragen sowie über ihren Inhalt informiert.

Berlin, den 16. Oktober 1964



## Die Entwicklung der "Judenreferate"

### des SD und der Gestapo

#### A. Von 1933 bis Ende September 1939

In den ersten Jahren nach der "Machtergreifung" gingen die Maßnahmen gegen die zu Staatsfeinden erklärten Juden in erster Linie von der Nationalsozialistischen Partei aus. Daneben befaßten sich aber auch der aus dem internen Nachrichtenendienst der SS hervorgegangene "Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS" (SD) und die "Geheime Staatspolizei" (Gestapo) - die als politische Polizei die Aufgabe hatte, "alle staatsgefährdenden Bestrebungen zu erforschen und zu bekämpfen" - in zunehmendem Maße mit "Judenangelagenheiten".

SD und Gestapo waren zunächst organisatorisch selbständige Gliederungen. Ihre Zentralbehörden - das "Sicherheitshauptamt des Reichsführers-SS" (SD-HA) und das "Geheime Staatspolizeiamt" (Gestapa) wurden jedoch bereits seit 1934 in Personalunion von dem späteren "Chef der Sicherheitspolizei und des SD" Reinhard H e y d r i c h geleitet.

Für die Bearbeitung von Judenangelegenheiten bestanden bei beiden Hauptämtern besondere Referate.



1) SD-Hauptamt

Das Sachgebiet "Judentum" gehörte zunächst innerhalb des Amts II des SD-HA (SD-Inland, Beobachtung aller Lebensgebiete - Amtschef: SS-Standartenführer Prof.Dr.Six) und der Zentralabteilung II 1 (Bezeichnung bisher nicht bekannt) zu einem Referat "Freimaurerei". Erst etwa 1936 wurde ein eigenes Referat "Judentum" geschaffen, das bis Ende September 1939 die Bezeichnung Abteilung II 112 führt. Leiter dieser Abteilung war 1936 der Österreicher von Mildenstein, später der damalige SS-Untersturmführer Herbert Hagen. Zur Abteilung II 112 gehörten im Jahre 1937 ferner u.A.:

SS-Untersturmführer Dieter Wisliceny,  
SS-Hauptscharführer Adolf Eichmann,  
SS-Hauptscharführer Richard Hartmann,  
SS-Oberscharführer Theodor Dannecker.

Hinweise auf die Tätigkeit der Abteilung II 112 geben einige innerdienstliche Vermerke aus den Jahren 1937-1939:

In einer Abteilungsbesprechung vom 9.März 1937 wurden folgende Arbeitsgebiete besprochen:

Restlose Erfassung der Juden in der Judenkartei, einschließlich der wichtigsten Juden des Auslandes und ihrer Verbindungen; ständige Beobachtung des innerdeutschen Judentums und der Bewegungen im ausserdeutschen Judentum; Beobachtung der Institute zum Studium der Judenfrage mit dem Ziel der Ausrichtung der Forschung durch den SD; Übernahme aller Vorgänge des Gestapa, die über den Rahmen der Exekutive hinausgehen.

Im Jahre 1939 war die Abteilung II 112 neben der "weltanschaulichen Erforschung" des Judentums im In- und Ausland (Feststellung und Überwachung der sozialen und inneren Verhältnisse sowie "neuer Formen verstärkter Assimilation") auch mit Fragen der Auswanderung von



Prot.  
Bl.13-16

Juden und der Einrichtung von Zentralstellen für jüdische Auswanderung befaßt. Von ihr wurde ferner im Februar 1939 vorgeschlagen, die Juden in den Großstädten zu konzentrieren.

2) Gestapa

Im Gestapa wurden Judenangelegenheiten bearbeitet:

- a) nach dem Geschäftsverteilungsplan vom 19.Juni 1933 im Dezernat IX  
(Sachgebiet: Ausschreitungen, Sprengstoffe, Attentate, Waffensachen, Sicherungen, Ausländer, Emigranten, Juden, Freimaurer),
- b) nach dem Geschäftsverteilungsplan vom 22.Januar 1934 im Dezernat II F  
Sachgebiete: 1.Ausland, Ausländer, Auslandsdeutsche, Grenzland, Nationale Minderheiten, Danzig, Memelland, Österreich, Russen, 2.Emigranten, Juden, Freimaurer),
- c) nach dem Geschäftsverteilungsplan vom 25.Oktober 1934 im Dezernat II 1 B 2  
(Sachgebiet: Juden, Freimaurer, Logen, Emigranten),
- d) nach dem Geschäftsverteilungsplan vom 1.Oktober 1935 im Dezernat II 1 B 2  
(Sachgebiet: Juden, Freimaurer, Emigranten),
- e) nach dem Geschäftsverteilungsplan vom 1.Juli 1939 im Rahmen der  
Abteilung II: Innerpolitische Angelegenheiten  
-Abteilungsleiter: SS-Oberführer Reichskriminal-  
direktor Heinrich Müller -  
im Referat II B: Konfessionen, Juden, Freimaurer,  
Emigranten, Pazifisten  
-Referent: SS-Sturmabführer Regierungsrat  
Lischke -



mit dem

Sachgebiet II B 4: Freimaurertum, Erfassung und Überwachung jüdischen Organisations- und Vereinswesens, Auswanderung von Juden, anti-jüdische Vereinigungen, jüdische Presse, Judentum im Ausland

-Sachgebietsleiter: SS-Hauptsturmführer Regierungs-assessor Hülff -

GO  
Bl.3 f-m

Die Tätigkeit dieser Referate ist bisher nicht genau bekannt. Nach der am 1. Juli 1937 von Heydrich herausgegebenen "Gemeinsamen Anordnung für den Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS und die Geheime Staatspolizei betr. Zusammenarbeit des Sicherheitsdienstes des Reichsführers-SS und der Geheimen Staatspolizei" habe die Gestapo u.a. im Sachgebiet "Judentum" alle "Einzelfälle (in denen staatspolizeiliche Vollzugsmaßnahmen in Betracht kommen)" zu bearbeiten, während der SD für "alle allgemeinen und grundsätzlichen Fragen (in denen staatspolizeiliche Vollzugsmaßnahmen nicht in Betracht kommen)" zuständig war. Die Mitzeichnung des Gestapa war vorgesehen für die Bearbeitung von Gesetzgebungsangelegenheiten und bei Berichten und Stellungnahmen des SD-HA zu allgemeinen und grundsätzlichen Fragen.

B. Von Ende September 1939 bis Ende 1940

Durch Erlass des "Reichsführers-SS und Chefs der Deutschen Polizei" vom 27. September 1939 wurden das SD-HA und das Gestapa - gemeinsam mit dem "Hauptamt Sicherheitspolizei" (Ha-Sipo) und dem "Reichskriminalpolizeiamt" (RKPA) - im "Reichssicherheitshauptamt" (RSHA) zusammengefaßt. Das RSHA bestand zunächst aus 6 Ämtern:



Amt I : Verwaltung und Recht

(Amtschef: SS-Brigadeführer Ministerial-  
dirigent Dr.Best)

-gebildet aus

dem Amt Verwaltung und Recht des HA-Sipo,  
dem Amt I des SD-HA (jedoch ohne I 3)  
und den Abteilungen I und IV des Gestapa -.

Amt II : Gegnerforschung

(Amtschef: SS-Standartenführer Prof.Dr.Six)

-gebildet aus

der Zentralabteilung II 1 des Amtes II und I 3 des  
SD-HA - ,

Amt III : Deutsche Lebensgebiete

(Amtschef: SS-Standartenführer Ohlendorf)

-gebildet aus

der Zentralabteilung II 2 des Amtes II des SD-HA - ,

Amt IV : Gegnerbekämpfung

(Amtschef: SS-Oberführer Reichskriminal-  
direktor Heinrich Müller)

-gebildet aus

dem Amt Politische Polizei des HA-Sipo  
und den Abteilungen II und III des Gestapa - ,

Amt V : Verbrechensbekämpfung

(Amtschef: SS-Oberführer Reichskriminal-  
direktor Arthur Nebe)

-gebildet aus

dem Amt Kriminalpolizei des HA-Sipo  
und dem RKPA - ,

Amt VI : Ausland

(Amtschef: SS-Brigadeführer Jost)

-gebildet aus

dem Amt III des SD-HA - .



1) SD-Referate des RSHA (1940)

- a) Mit der Zentralabteilung II 1 des SD-HA ging die Abteilung II 112 in das Amt II RSHA über. Das Nachfolgereferat trug nach dem Geschäftsverteilungsplan des RSHA vom 1. Februar 1940 die Bezeichnung II B 2 (Judentum) und gehörte zur Gruppe II B (Weltanschauliche Gegner). Referatsleiter war zu diesem Zeitpunkt SS-Hauptsturmführer Richter.
- b) Der Geschäftsverteilungsplan vom 1. Februar 1940 weist daneben im Amt VI (Ausland) ein weiteres SD-Referat aus, das sich mit Judenangelegenheiten befaßte, und zwar innerhalb der Gruppe VI H (Erkundung weltanschaulicher Gegner im Ausland)
- Gruppenleiter: SS-Sturmbannführer Dr. Knochen -
  - das Referat VI H 2 (Judentum und Antisemitismus)
  - Referatsleiter: SS-Hauptsturmführer Herbert Hagen (früher Abteilungsleiter II 112) -
- Ob dieses Referat einen Vorgänger im Amt III des SD-HA hatte oder ebenfalls aus der Abteilung II 112 entstanden ist, ist bisher nicht bekannt.

2) Gestapo-Referate des RSHA (1940)

Das Referat II B Gestapa (Konfessionen, Juden, Freimaurer, Emigranten, Pazifisten) wurde beim Übergang in das Amt IV des RSHA geteilt und umgruppiert.

Im Geschäftsverteilungsplan des RSHA vom 1. Februar 1940 erscheinen in der Gruppe IV A RSHA die früheren Sachgebiete II B 1 Gestapa (Behandlung aller Angelegenheiten des politischen Katholizismus) und II B 2 Gestapa (Behandlung aller politisch polizeilichen Angelegenheiten der evangelischen Kirchenbewegung).



als Referat IV A 4 (Kirchenpolitische Angelegenheiten)

sowie das frühere Sachgebiet

II B 3 Gestapa (Beobachtung und Überwachung des Emigrantentums)

als Referat IV A 5 (Emigranten).

Das frühere Sachgebiet II B 4 Gestapa scheint dagegen in die Gruppe IV D RSHA eingegliedert worden zu sein. In dieser Gruppe bestanden nach dem Geschäftsverteilungsplan des RSHA vom 1. Februar 1940 das

Referat IV D 3 (Minderheiten, Vertrauensstellen, Juden)

-Referatsleiter: SS-Hauptsturmführer Kriminalrat Schröder  
(früher Leiter des Sachgebiets II A 4  
Gestapa: Beobachtung der Sowjetrussen und  
der russischen Emigranten; jugoslawische  
Emigration) -

und das

Referat IV D 4 (Auswanderung und Räumung)

- Referatsleiter: SS-Hauptsturmführer Adolf Eichmann -  
(früher Abteilung II 112 SD-HA, "Zentral-  
stelle für jüdische Auswanderung" in Wien  
(ab Frühjahr 1938), und Prag (ab Juli 1939),  
"Reichszentrale für jüdische Auswanderung"  
in Berlin).

Das Referat IV D 4 bearbeitete u.a. Anfang 1940 die Deportation von Juden, Zigeunern und Polen aus dem "Warthegau" und anderen Ostgebieten in das Generalgouvernement sowie die "Abschiebung" der Juden aus Baden und der Pfalz im Oktober 1940.

GO  
Bl. 27-32  
GO Bl. 33

#### C. Von Anfang 1941 bis Kriegsende

Ende 1940/Anfang 1941 wurden mehrere Ämter des RSHA umgebildet. So wurde u.a. das bisherige Amt I geteilt. Es entstanden nunmehr:



Amt I : Personal

(Amtschef: SS-Brigadeführer Generalmajor der  
Polizei Streckenbach)

und Amt II: Organisation, Verwaltung und Recht

(Amtschef: SS-Standartenführer Oberst der  
Polizei Dr. Nockemann).

Das bisherige Amt II wurde zum neuen

Amt VII : Weltanschauliche Forschung und Auswertung

(Amtschef: SS-Standartenführer Prof. Dr. Six).

In den Ämtern IV und VI wurde die Gruppen- und  
Referatseinteilung z.T. grundlegend geändert.

Weitere Änderungen, die jedoch nur einzelne Gruppen und  
Referate des RSHA betrafen, wurden in den Jahren 1942  
und 1943 vorgenommen. Eine weitere Neuorganisation  
des Amtes IV RSHA erfolgte dann etwa im April oder  
Mai 1944.

Für die Zeit von Januar 1941 bis Kriegsende ergibt sich  
für die einzelnen mit Judenangelegenheiten befaßten  
Referate des RSHA folgende Entwicklung:

1) SD-Referate

- a) Die Referate II B 2 (1940) : Judentum und  
II B 1 (1940) : Freimaurerei (hervorgegangen  
aus der Abteilung II 111 des SD-HA) wurden  
Ende 1940/Anfang 1941 vereinigt im  
Referat VII B 1: Freimaurerei und Judentum,  
das zur Gruppe VII B (Auswertung) gehörte.

Der Leiter dieses Referats ist weder im  
Geschäftsverteilungsplan vom 1. Januar 1941  
noch in dem vom 1. März 1941 genannt. Nach dem  
Geschäftsverteilungsplan vom 1. Oktober 1943  
gab es in der Gruppe VII B (Auswertung)



das Referat VII B 1 : Freimaurerei

-Referatsleiter: SS-Sturmbannführer Ehlers -  
und das Referat VII B 2 : Judentum

-Referatsleiter: SS-Hauptsturmführer Ballensiefen.

Ab wann die Sachgebiete "Freimaurerei" und  
"Judentum" wieder in getrennten Referaten be-  
arbeitet wurden, ist bisher nicht bekannt.  
Anhaltspunkte dafür, daß sich die Bezeichnung  
dieser Referate oder ihre Aufgabengebiete bis  
Kriegsende noch einmal geändert haben, liegen  
nicht vor.

- b) Die Gruppe VI H (1940): Erkundung weltanschau-  
licher Gegner im Ausland  
erscheint in den Geschäftsverteilungsplänen vom  
1. Januar 1941 und 1. März 1941 als  
Gruppe VI E mit 6 Referaten.

Gruppenleiter war weiterhin SS-Obersturmbannführer  
Dr. Knochen. Der Amtschef IV (Heinrich Müller)  
hatte fachliches Weisungsrecht. Die Bezeichnungen  
und Aufgabengebiete der 6 Referate dieser Gruppe  
sind bisher ebenso wenig bekannt wie die perso-  
nelle Besetzung.

Neben der Gruppe VI E bestanden im Amt VI nach  
den Geschäftsverteilungsplänen vom 1. Januar 1941  
und 1. März 1941 u.a. 3 sog. Ländergruppen:

Gruppe VI B : Deutsch-italienisches Einflußge-  
biet in Europa, Afrika und dem  
Nahen Osten (Mit 10 Referaten),

Gruppe VI C : Russisch-japanisches Einflußgebiet  
(Osten) (mit 11 Referaten),

Gruppe VI D : Englisch-amerikanisches Einfluß-  
(Westen) gebiet (mit 9 Referaten).



GO  
Bl. 71a

Im Februar 1942 wurden die bisherigen Gruppen VI B und VI E aufgelöst. An ihre Stelle traten die neuen Ländergruppen

VI B : Westeuropa mit den Referaten

VI B 1 : Belgien, Holland,

VI B 2 : Frankreich,

VI B 3 : Schweiz,

VI B 4 : Spanien, Portugal und

VI E : Mitteleuropa mit den Referaten

VI E 1 : Italien und Einflußgebiete,

VI E 2 : Ungarn, Slowakei,

VI E 3 : Serbien, Kroatien,

VI E 4 : Rumänien, Bulgarien,

VI E 5 : Griechenland,

VI E 6 : Dänemark.

Die Gruppen VI C und VI D blieben unverändert.

Eine besondere Gruppe mit dem Gebiet "Erkundung weltanschaulicher Gegner im Ausland" bestand seit diesem Zeitpunkt nicht mehr. Die entsprechenden Aufgaben wurden vielmehr von der jeweiligen Ländergruppe bearbeitet. Die Ländergruppen dürften bis Kriegsende im wesentlichen unverändert bestanden haben.

## 2) Gestapo-Referate

Durch die Ende 1940/Anfang 1941 vorgenommene Umgruppierung innerhalb des Amtes IV RSHA wurden die 1939/40 auf verschiedene Gruppen dieses Amtes verteilten Sachgebiete des früheren Referats II B Gestapa - mit Ausnahme des Sachgebietes II B 3 : Emigranten - wieder in einer Gruppe, nämlich der

Gruppe IV B : Politische Kirchen, Sekten, Juden

zusammengefaßt. Auch die Referatseinteilung dieser Gruppe entsprach im wesentlichen der früheren Gliederung des Referats II B Gestapa:



Referat IV B 1 : Politischer Katholizismus  
(früher II B 1 Gestapa),

Referat IV B 2 : Politischer Protestantismus  
(früher II B 2 Gestapa),

Referat IV B 3 : sonstige Kirchen, Freimaurer,

Referat IV B 4 : Judenangelegenheiten, Räumungs-  
angelegenheiten (früher II B 4  
Gestapa)

-Referatsleiter: SS-Sturmbannführer Adolf Eichmann-

Im Referat IV B 4 wurden dabei offenbar die Aufgaben des Referats IV D 4 (1940) und die dem Referat IV D 3 (1940) zugeteilten Judenangelegenheiten zusammengefaßt. Der Zuständigkeitsbereich des Referats IV D 3 ist in den Geschäftsverteilungsplänen vom 1. Januar 1941 und 1. März 1941 nur noch mit "Vertrauensstellen, staatsfeindliche Ausländer" angegeben.

Ab 10. April 1943 übernahm das Referat IV B 4 ferner die bis zu diesem Zeitpunkt von dem Referat II A 5 RSHA (Vorgänger: 1939: Referat I H Gestapa, 1940: Gruppe I A (a) RSHA) bearbeiteten Sachgebiete: Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit, Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens, Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit.

Auch die früheren Angehörigen des durch Erlass vom 9. April 1943 aufgelösten Referats II A 5 wurden - mindestens teilweise - dem Referat IV B 4 zugeteilt.

Bei der Neugliederung des Amtes IV RSHA im April/Mai 1944 wurde die bisherige Gruppe IV B als Abteilung IV A 4 der neuen Gruppe IV A (Inland) zugeteilt. Das bisherige Referat IV B 4, dessen Zuständigkeitsbereich unverändert blieb, führte nunmehr bis Kriegsende die Bezeichnung Referat IV A 4 b.



D) Zusammenfassung

Es ergibt sich danach zusammengefaßt für die Zeit von 1939 bis Kriegsende folgende Entwicklung der verschiedenen Judenreferate:

	bis 1939		1939/40		1941/42		1943		1944/45
1)	II 112 (SD-HA)	-	II B 2 (RSHA)	-	VII B 1 (RSHA)	-	VII B 2 (RSHA)	-	VII B 2 (RSHA)
2)	unbek. (SD-HA)	-	VI H 2 (RSHA)	-	VI E (RSHA)	-	Ländergruppen	VI B - E (RSHA)	
3)	II B 4 (Gestapa)	-	IV D 3 IV D 4 (RSHA)	-	IV B 4 (RSHA)	-	IV B 4 (RSHA)	-	IV A 4 b (RSHA)

Berlin, den 17. November 1964

Bilstein  
Staatsanwältin

pe ✓



Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht  
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21, den 30. Januar 1965  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 01 11

1 AR 123/63

An den  
Herrn Senator für Justiz  
- persönlich oder Vertreter im Amt -

Betrifft: Vorermittlungen gegen Angehörige des ehemaligen  
Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Ver-  
dachts des Mordes

Anordnung vom 20. Januar 1965 - 4110<sup>E</sup> - IV/A. 67/63

Anlagen: 19 weitere Berichtsstücke

Berichtsverfasser: Oberstaatsanwalt S e v e r i n

Über die bisherige Tätigkeit der Arbeitsgruppe  
"RSHA" und über den derzeitigen Stand der Vor-  
ermittlungen berichte ich folgendes:

Anfang 1963 wurden mir kritische Äußerungen eini-  
ger auswärtiger Staatsanwälte bekannt, die bean-  
standeten, daß - ungeachtet der Vorschriften der  
§§ 152 Abs. 2, 160 Abs. 1 StPO - die Berliner Staats-  
anwaltschaft in Sachen Reichssicherheitshauptamt  
untätig geblieben sei. Zu diesem Zeitpunkt lag zwar  
noch kein hinreichender oder dringender Tatverdacht  
des Mordes gegen bestimmte Angehörige des Reichs-  
sicherheitshauptamtes vor; vorhanden waren aber zu-  
reichende tatsächliche und damit zum Einschreiten  
verpflichtende Anhaltspunkte im Sinne des § 152  
Abs. 2 StPO. Mit dortigem Einverständnis habe ich  
daher im Februar 1963 den Generalstaatsanwalt bei  
dem Landgericht Berlin angewiesen, gegen die Ange-  
hörigen des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes  
Vorermittlungen einzuleiten.



I.

Ausgangspunkt für die Vorermittlungen war das Material, das seit vielen Jahren in Archiven der Bundesrepublik lagert oder in anderen - schon abgeschlossenen oder noch laufenden - Verfahren angefallen, bis dahin aber - insbesondere unter dem hier interessierenden Gesichtspunkt - nicht oder aber nur spärlich ausgewertet worden war. Der Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht Berlin beauftragte zunächst einen seiner Sachbearbeiter mit dem Studium der einschlägigen Literatur und mit der Prüfung der in Berlin zur Verfügung stehenden Archivbestände. Weitere präzisere Informationen wurden bei der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg, dem Bundesarchiv in Koblenz sowie bei dem Institut für Zeitgeschichte in München und später auch bei den Landesarchiven in Nürnberg und Düsseldorf eingeholt. Bereits diese ersten Vorarbeiten führten zu dem Ergebnis, daß in den genannten Archiven seit langem umfangreiche, zum Teil weder geordnete noch gesichtete, geschweige denn ausgewertete Aktenbestände aus der NS-Zeit lagerten.

Nachdem sich die Landesjustizminister im Oktober 1963 bei dieser Sachlage bereit erklärt hatten, 11 westdeutsche Staatsanwälte für das hier anhängige Verfahren abzustellen, habe ich mich am 13. November 1963 auf dortigen Wunsch entschlossen, das bis dahin von der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin geführte Verfahren gemäß § 145 GVG an mich zu ziehen und bei meiner Behörde eine Arbeitsgruppe (RSHA) zu bilden. Diese bestand zunächst aus 5 Berliner Sachbearbeitern. Von den ursprünglich zugesagten 11 Staatsanwälten aus Westdeutschland kamen ab Januar 1964 lediglich 6 - und auch diese nur nach und nach sowie unter beträchtlichen Schwierigkeiten - nach Berlin, so daß seit Frühjahr 1964 insgesamt 11 Staatsanwälte in der Arbeitsgruppe tätig sind.



## II.

Erstes Ziel der Vorermittlungen war es einmal, Erkenntnisse über die personelle Besetzung und die Geschäftsverteilung im RSHA zu gewinnen; zum anderen, sachliche Unterlagen aufzufinden, aus denen sich Anhaltspunkte für die Arbeitsbereiche sowie insbesondere für den Befehlsweg des "Chefs der Sicherheitspolizei und des SD" ergeben.

Als Arbeitsunterlagen zur Erfassung der Angehörigen des ehemaligen RSHA dienten die bei verschiedenen Stellen aufgefundenen Geschäftsverteilungspläne, Telefonverzeichnisse, die Personenkartei der Zentralen Stelle in Ludwigsburg, alliierte Fahndungslisten, SS-Befehls- und Personalblätter und ähnliche Personalverzeichnisse. Durch Auswertung dieses Materials war es möglich, die Nachnamen, teilweise auch die Vornamen und Dienstgrade von etwa 7.000 RSHA-Angehörigen zu ermitteln. Um die näheren Personalien festzustellen, war es erforderlich, für alle unter Umständen als Beschuldigte in Betracht kommenden Personen ( - vom Untersturmführer an aufwärts insgesamt etwa 3.000 RSHA-Angehörige -) die Unterlagen des Document Center Berlin herbeizuziehen. Auf diese Weise gelang es fast ausnahmslos, Geburtsdaten und Geburtsorte der Betroffenen zu erfahren. Auf Grund der hierdurch gewonnenen Personalerkenntnisse wurden buchstabenweise Listen mit dem Ziel erstellt, an Hand dieser Listen den derzeitigen Aufenthalt der festgestellten Personen ermitteln zu lassen. Die Listen wurden laufend an die einzelnen Sonderkommissionen der Kriminalpolizei, an die Wehrmachtsauskunftsstelle, die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und an die Spruchkammerakten verwahrenden Behörden übersandt. Diese Verfahrensweise führte in etwa zwei Dritteln aller Fälle zum Erfolg.

Für alle unter Umständen als Beschuldigte in Betracht kommenden Personen wurden, um den Überblick nicht zu verlieren, Personalhefte angelegt. Des weiteren wurden insgesamt 3 Personalkarteien erstellt.



Im einzelnen handelt es sich hierbei um eine große Personal-kartei, die sämtliche erfaßten Angehörigen des ehemaligen RSHA enthält (ca. 7.000 Personen), um eine kleine Personenkartei, die alle chargierten RSHA-Angehörigen betrifft (ca. 3.000 Personen) und um eine Referatskartei, die die Zugehörigkeit jedes einzelnen ehemaligen RSHA-Angehörigen zu einem bestimmten Referat für die Zeit von 1939 bis 1945 wiedergibt (ca. 12.000 Karteikarten).

Um die in der Bundesrepublik einschließlich West-Berlins lagernden Aktenbestände, die das ehemalige RSHA betreffen, vollständig erfassen zu können, habe ich 34 Staats- bzw. Landesarchive angeschrieben. Auf Grund des Inhalts der eingegangenen Antworten sowie der hier bereits im Herbst 1963 gewonnenen Erkenntnisse wurden folgende Archive gesichtet:

1. Staatsarchiv Nürnberg

Durchsicht von etwa 40.000 aus den Nürnberger Prozessen stammenden Dokumenten. Mit der Auswertung waren vier Staatsanwälte 3 Monate lang befaßt.

2. Bundesarchiv in Koblenz

Auswertung von mehreren tausend Dokumenten, die an Hand der Aktenübersichten des Nationalarchivs in Washington: (sog. Guides) herausgesucht worden waren. Diese Tätigkeit beschäftigte zwei Dezernenten 3 Monate lang.

3. Militärgeschichtliches Forschungsamt in Freiburg/Breisgau

Hier wurden von zwei Dezernenten in 3 Wochen mehrere hundert - aus den sog. Guides ermittelte - Dokumente durchgesehen.

4. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn

In diesem Archiv sichtete ein Dezernent in 10 Tagen etwa 400 Akten.



5. Internationaler Suchdienst in Arolsen

Das Archiv dieses Instituts besteht, soweit es hier interessiert, aus mehreren hundert Leitzordnern. Diese wurden von einem Sachbearbeiter in einer Woche ausgewertet.

6. Landesarchiv Düsseldorf

Nach viertägiger Einweisung durch einen staatsanwaltschaftlichen Sachbearbeiter wurden die etwa 73.000 Akten der ehemaligen Stapoleitstelle Düsseldorf durch drei Beamte der Kriminalpolizei in 2 Monaten gesichtet.

7. Staatsarchiv Würzburg

Nach einwöchiger Einweisung durch einen Staatsanwalt wurden 17.000 Akten der Stapo-Außenstelle Würzburg durch zwei Kriminalbeamte in 2 Monaten durchgesehen.

8. Bezirksregierung der Pfalz in Neustadt a.d. Weinstraße

Der größte Teil der bei der Bezirksregierung lagernden insgesamt 14.500 Akten der örtlichen ehemaligen Gestapo-behörden wurde von zwei Beamten der Kriminalpolizei in 6 Wochen ausgewertet.

9. Staatsarchiv Darmstadt

Dieses Archiv wurde von einem Sachbearbeiter in 2 Tagen gesichtet. Bei den Aktenbeständen handelt es sich um Unterlagen der SD-Abschnitte Fulda/Werra und Rhein sowie der SD-Unterabschnitte Hessen und Wiesbaden.

10. Hessisches Staatsarchiv in Wiesbaden

Hier wurden von einem Dezernenten an einem Tage 850 Akten der verschiedensten ehemaligen NS-Dienststellen aus dem Raum Frankfurt/Main durchgesehen.



11. Staatliches Archivlager in Göttingen

Die in diesem Archivlager vorhandenen Karteien wurden von einem Sachbearbeiter an einem Tage ausgewertet. Akten wurden nicht durchgesehen, da es sich bei den Beständen lediglich um Ablichtungen anderswo lagernder Vorgänge handelt.

12. Ehemaliges Preußisches Geheimes Staatsarchiv in Berlin-Dahlem

Bei diesem Archiv wurden mehrere hundert Aktenbände des ehemaligen Reichsinnenministeriums von zwei Dezernenten in 2 Wochen durchgesehen. Daneben wurden die Prozeßakten von 7 der insgesamt 12 Nürnberger Nebenprozesse (insgesamt 587 Bände) von den in Berlin tätigen Staatsanwälten in mehrwöchiger Tätigkeit durchgearbeitet.

13. Haupttreuhänder für Rückerstattungsvermögen (OFP-Verwahrstelle)

In dieser Verwahrstelle wurden mehrere tausend Akten, die Aufschluß über die Deportation und Vernichtung der deutschen, insbesondere der Berliner Juden geben, von zwei Sachbearbeitern in 3 Wochen ausgewertet.

14. Deutsches Zentralarchiv in Potsdam

Von zwei Sachbearbeitern wurden aus den Beständen dieses Archivs in 3 Tagen 160 Aktenpakete des ehemaligen SD-Hauptamtes, das im Jahre 1939 im RSHA aufging, durchgesehen.

15. Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg

Die bei der Zentralen Stelle vollständig vorhandenen Ablichtungen sämtlicher Prozeßunterlagen des "Eichmann"-Verfahrens wurden von zwei Staatsanwälten in mehrwöchiger Tätigkeit in Berlin ausgewertet.



16. Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie in Amsterdam

Die Repertorien über die Bestände dieses Archivs, die im Institut für Zeitgeschichte in München vorhanden sind, wurden durchgesehen und ausgewertet.

17. Archiv der Wiedergutmachungskammern in Berlin

Die bei diesem Archiv vorhandenen Unterlagen (40 Leitzordner) wurden von einem Dezernenten in mehreren Wochen durchgearbeitet.

18. United Restitution Organization (URO)

Die von dieser Stelle herausgegebenen Dokumentationen wurden ausgewertet.

Von den Beständen der aufgeführten Archive habe ich etwa 6.000 Dokumente (rund 25.000 Photokopien) ablichten lassen. Damit die Dokumente im Bedarfsfall jederzeit herangezogen werden können, sind sie in einer Kartei - nach Sachgebieten getrennt - übersichtlich zusammengefaßt worden. Allein die Arbeiten, die notwendig waren, um diese Kartei zu erstellen, erforderten den Einsatz aller verfügbaren Angehörigen der Arbeitsgruppe für mehrere Monate.

Um zusätzlich an Hand von Einzelfällen einen Überblick über den Befehlsweg des "Chefs der Sipo und des SD" zu erhalten sowie Anhaltspunkte dafür zu gewinnen, wie im jeweiligen Einzelfall Befehl und Tat an Ort und Stelle schließlich ausgeführt worden sind, habe ich mich mit Rundschreiben vom 18. Dezember 1963 an sämtliche Generalstaatsanwälte in der Bundesrepublik gewandt und sie gebeten, die ihnen nachgeordneten Behörden zu veranlassen, daß sie mir Listen über die bei den einzelnen Staatsanwaltschaften anhängigen bzw. anhängig gewesenen einschlägigen Verfahren übersenden. Die mir mitgeteilten Vorgänge (etwa 1.200) sind - nach Sachgebieten getrennt - in einer Verfahrenskartei



erfaßt worden. Diese Verfahrenskartei wurde unter Anleitung eines meiner Sachbearbeiter von zwei Angehörigen des gehobenen Dienstes in 4 Wochen erstellt.

Für die Durchführung der bisher geschilderten Vorarbeiten waren insgesamt elf Staatsanwälte, zwei Angehörige des gehobenen Dienstes, eine Kanzleikraft sowie neun Angehörige der Kriminalpolizei eingesetzt. Diese Kräfte standen allerdings nicht während des ganzen - für die Vorarbeiten benötigten - Zeitraums zur Verfügung. Wie bereits ausgeführt, sind die sechs westdeutschen Staatsanwälte erst nach und nach, die ersten Anfang 1964, die übrigen im Laufe der folgenden Monate, zur Arbeitsgruppe gekommen. Ebenso wie die sieben Angehörigen der Berliner Sonderkommission der Kriminalpolizei waren auch die sonstigen Mitarbeiter nur zeitweilig verfügbar. Daneben war die Arbeitsgruppe auf die großzügige Mitarbeit der angesprochenen westdeutschen Dienststellen, insbesondere der dortigen polizeilichen Sonderkommissionen, angewiesen.

Die Vorarbeiten waren im wesentlichen im August 1964 abgeschlossen. Erst zu diesem Zeitpunkt konnte mit den eigentlichen Vorermittlungen begonnen werden.

### III.

Bei Auswertung der Geschäftsverteilungspläne des RSHA sowie der Sachdokumente ergaben sich mehrere Schwerpunkte, die auf eine Beteiligung des RSHA an Tötungshandlungen hinwiesen. Diesen Schwerpunkten entsprechend wurde das Vorermittlungsverfahren in mehrere Sachkomplexe aufgeteilt. Mit der Bearbeitung eines jeden Sachkomplexes wurden ein oder zwei Sachbearbeiter beauftragt.

Zur Zeit werden Ermittlungen bezüglich folgender Arbeitsbereiche des RSHA geführt:



Sachkomplex I (Beteiligung des RSHA an der sog.  
"Endlösung der Judenfrage")

Auf diesem Sachgebiet ist das gesammelte Material nach Ländern gegliedert und in Dokumentenbänden (bei 16 Gebieten in insgesamt 49 Bänden) zusammengefaßt worden. Meine Mitarbeiter haben Inhaltsverzeichnisse angelegt und die gesamten Unterlagen - nach beteiligten Dienststellen und RSHA-Angehörigen sowie nach Taten - ausgewertet. Für jedes Gebiet wurde ein gesonderter Ermittlungsvermerk gefertigt. Ein allgemeiner "Entwicklungsvermerk" und eine Zusammenstellung über die beteiligten Referate des RSHA ergänzen die einzelnen Darstellungen. Die in Betracht kommenden Beschuldigten und Zeugen wurden karteimäßig erfaßt.

Anfang dieses Jahres habe ich dann unter dem Aktenzeichen 1 Js 1/65 (RSHA) ein Ermittlungsverfahren gegen 146 Beschuldigte eingeleitet. Diese sind verdächtig, im Rahmen der "Endlösung der Judenfrage" in den Jahren 1940 bis 1945 in einer unbestimmten Anzahl von Fällen an der Ermordung mehrerer Millionen Menschen jüdischer Rassezugehörigkeit mitgewirkt zu haben.

Das Verfahren hat die Beteiligung des RSHA an der "Endlösung" in sämtlichen in Betracht kommenden Ländern mit Ausnahme der Sowjetunion und Ungarns zum Gegenstand. Die Tätigkeit von Angehörigen des RSHA bei der Tötung von Juden in der Sowjetunion wird hier im Sachkomplex II (Einsatzgruppen) untersucht; die "Endlösung der Judenfrage" in Ungarn wird bereits umfassend in dem Verfahren 4 Js 1017/59 der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main bearbeitet.

Die Beschuldigten waren Angehörige folgender Referate des RSHA: IV B 4, II A 5, II A 2, II B 4, Attachégruppe, IV D 1, IV D 2, IV D 3, IV D 4, VI E 1, IV A 1.



## Sachkomplex II

### a) Beteiligung des RSHA an der Tätigkeit der Einsatzgruppen und Einsatzkommandos bzw. der Nachfolgedienste in der Sowjetunion

Neben den Ereignismeldungen und Meldungen aus den besetzten Ostgebieten (insgesamt 243), die zur Zeit getrennt nach dem Einsatz der einzelnen Einsatzgruppen und Einsatzkommandos ausgewertet werden, ist das übrige auf diesem Sachgebiet gesammelte Material in 20 Dokumentenbänden erfaßt worden. Außerdem wurden die Akten mehrerer Vorverfahrens~~akten~~ herangezogen; ferner die Aussagen der in den Nürnberger Prozessen bereits in diesem Zusammenhang gehörten Personen. Mit Hilfe dieser Unterlagen konnten die beteiligten Referate bzw. die in Betracht kommenden Angehörigen des RSHA ermittelt werden. Nach den drei hierüber erstellten Einleitungsvermerken sind insgesamt 178 RSHA-Angehörige verdächtig, sich in diesem Zusammenhang an Tötungshandlungen beteiligt zu haben. Neben den Sachbearbeitern verschiedener anderer Referate des RSHA handelt es sich in erster Linie um Angehörige der Referate IV A 1, IV D 3, IV D 5 und IV B 4.

Es ist damit zu rechnen, daß gegen diese als Beschuldigte in Betracht kommenden Personen im Februar dieses Jahres ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wird.

### b) Beteiligung des RSHA an der Tätigkeit der Einsatzgruppen und Einsatzkommandos in Serbien, Kroatien, der Steiermark und Krain

Die gesamten Unterlagen sowie mehrere Vorverfahren wurden ausgewertet. Hiernach kommen neben den zu II a) genannten Personen die Angehörigen des Referats IV D 1 als Beschuldigte in Frage. Nach Eingang noch ausstehender wichtiger Verfahrensakten wird ein Einleitungsvermerk gefertigt und die Sache voraussichtlich mit dem Vorgang II a) verbunden.

### c) Beteiligung des RSHA an der Tötung von Polen, insbesondere der polnischen Intelligenz

Die auf diesem Sachgebiet geleisteten Arbeiten haben, noch in den Anfängen, bisher zu keinen greifbaren Ergebnissen



geführt. Zur Zeit werden alle einschlägigen Dokumente zusammengestellt und ausgewertet. Über den Personenkreis, der möglicherweise der Beteiligung an Mordtaten verdächtig ist, kann abschließend noch nichts gesagt werden. Es besteht jedoch die begründete Aussicht, die Arbeiten so rechtzeitig abzuschließen, daß die Strafverfolgungsverjährung auch in diesem Fall rechtzeitig unterbrochen wird, soweit sich ein konkreter Tatverdacht ergibt.

d) Beteiligung des RSHA an der Entwicklung und dem Einsatz von Gaswagen

Diese Vorermittlungen erstreckten sich auf Massentötungen von Juden, "potentiellen Gegnern" und anderen "unliebsamen Personen", die nach einem bestimmten System in sog. Gaswagen "liquidiert" wurden. Alle mit dieser Vergiftungsaktion zusammenhängenden Fragen wurden, wie sich ergeben hat, beim RSHA - und zwar zunächst im Referat II D 3 a und ab 1. Oktober 1943 im Referat II C 3 - bearbeitet.

Wegen dieses Sachverhalts ist bereits bei der Staatsanwaltschaft Hannover das Verfahren 2 Js 299/60 anhängig, in dem am 18. Mai 1961 die Voruntersuchung eröffnet worden ist (UR 6/61 Landgericht Hannover). Eine Besprechung mit dem zuständigen Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat G a e d t k e , am 25. August 1964 in Berlin ergab, daß das Verfahren in Hannover umfassend geführt wird. Soweit mir Unterlagen und zum Teil bessere Personalerkenntnisse zur Verfügung standen, die in Hannover noch nicht bekannt waren, habe ich dieses Material dem Untersuchungsrichter mit der Bitte ausgehändigt, es in dem dort anhängigen Verfahren zu verwerten.

Bei dieser Sachlage konnte ich davon absehen, in diesem Sachkomplex hier noch weitere Ermittlungen führen zu lassen.

Sachkomplex III

A 1) Beteiligung des RSHA an Massenexekutionen von Kriegsgefangenen

Das vorhandene Material sowie die Erkenntnisse, die sich aus der Durchsicht von etwa 30 einschlägigen Verfahrens-



akten ergaben, wurden in etwa 15 Ordnern zusammengefaßt. Nachdem hierüber ein Einleitungsvermerk gefertigt worden war, habe ich unter dem Aktenzeichen 1 Js 1/64 (RSHA) im Oktober 1964 ein Ermittlungsverfahren gegen 20 Angehörige des Referats IV A 1 des RSHA eingeleitet.

Die Beschuldigten sind verdächtig, in Konzentrationslagern und an anderen Orten während der Jahre 1941 bis 1943 gemeinschaftlich mit anderen Mittätern eine unbestimmte Anzahl russischer Kriegsgefangener aus rassischen oder politischen Gründen "liquidiert" zu haben.

Die russischen Kriegsgefangenenlager wurden auf Grund der vom RSHA erlassenen Einsatzbefehle Nr. 8, 9 und 14 - B.Nr. 21 B/41 g.Rs. IV A 1 c - durch Einsatzkommandos der Sipo und des SD überprüft; die als Juden, Kommissare oder andere "bolschewistische Triebkräfte" festgestellten Personen wurden dem RSHA gemeldet. Dieses ordnete alsdann - abgesehen von wenigen Ausnahmen - die Exekution der ausgesonderten Gefangenen entweder im nächstgelegenen Konzentrationslager oder in unmittelbarer Nähe des jeweiligen Kriegsgefangenenlagers an. Die Zahl der Opfer beträgt weit über 100.000 Personen; allein im Konzentrationslager Oranienburg sind mit Hilfe einer sog. "Genickschußanlage" 10.800 Kriegsgefangene getötet worden.

A 2) Beteiligung des RSHA an den im Rahmen des "Unternehmens Zeppelin" begangenen Tötungen russischer Kriegsgefangener

Die Angehörigen der Referate VI C/Z und VI C 1 des ehemaligen RSHA sind verdächtig, in Auschwitz und anderen Orten während der Jahre 1942 bis 1944 gemeinschaftlich mit anderen Mittätern eine unbestimmte Anzahl russischer Kriegsgefangener, die zu Spionage und anderen nachrichtendienstlichen Zwecken im deutschen Interesse ausgebildet worden waren, "liquidiert" zu haben, nachdem die Betroffenen unheilbar krank geworden waren. Die Ausbildung der russischen Kriegsgefangenen für die bezeichneten Aufgaben und ihr Einsatz oblag dem Referat VI C/Z unter dem Decknamen "Unternehmen Zeppelin"; die grundlegende Verfügung,



unheilbar Kranke zu töten, erließ das Referat VI C 1.

Wegen dieses Sachverhalts ist bereits bei der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Düsseldorf das Verfahren 8 I Js 398/63 anhängig, in dem die Verjährung unterbrochen worden ist. Eine Besprechung mit dem zuständigen Sachbearbeiter, Staatsanwalt Dr. W ä s c h e r , ergab, daß das Verfahren in Düsseldorf, soweit es den Tatvorwurf anbelangt, umfassend geführt wird. Auf Grund der von der hiesigen Arbeitsgruppe gewonnenen und der Staatsanwaltschaft Düsseldorf zur Verfügung gestellten Personalerkenntnisse wird jedoch der Kreis der Beschuldigten (die Personalliste des Referats VI C/Z umfaßt 205, die des Referats VI C 1 60 Namen) wesentlich erweitert und die Verjährung auch insoweit unterbrochen werden. Ich habe der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Düsseldorf in dieser Sache 3 Dokumentenbände mit insgesamt 315 Seiten sowie 2 Personallisten der betreffenden Referatsangehörigen mit der Bitte ausgehändigt, dieses Material im dortigen Verfahren zu verwerten.

Bei dieser Sachlage sehe ich auch in diesem Sachkomplex davon ab, hier noch weitere Ermittlungen zu führen.

A 3) Beteiligung des RSHA an der Tötung von Kriegsgefangenen durch Anwendung des sog. Kommandobefehls

Das vorhandene Material wurde in 2 Dokumentenbänden zusammengestellt. Als Beschuldigte kommen die Angehörigen des Referats IV A 2 (insgesamt etwa 70 bis 80 Personen) in Betracht.

Ein Ermittlungsverfahren wird voraussichtlich im Februar dieses Jahres eingeleitet.

A 4) Beteiligung des RSHA an der Tötung von Kriegsgefangenen in Einzelfällen

Dieses Sachgebiet betrifft die Tötung geflüchteter Kriegsgefangener sowie Einzeltötungen in Konzentrationslagern. Das gesammelte Material wurde in 2 Dokumentenbänden zusammengestellt. Als Beschuldigte kommen voraussichtlich die Angehörigen der Referate IV A 1 c, IV D 5 d, IV B



(ausländische Arbeiter), IV B 2 a und eventuell Angehörige des Amtes V in Betracht. Bevor ein Einleitungsvermerk gefertigt und damit ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werden kann, müssen noch die einschlägigen britischen Militärgerichtsakten ausgewertet werden.

Es besteht jedoch die begründete Aussicht, die Arbeiten so rechtzeitig abzuschließen, daß die Strafverfolgungsverjährung auch in diesem Fall unterbrochen wird, soweit sich ein konkreter Tatverdacht ergibt.

B 1) Anordnung von "Sonderbehandlung" durch das RSHA gegen Fremdarbeiter wegen unerlaubten Geschlechtsverkehrs und sonstiger Gesetzesverstöße

Das vorliegende Material ist gesichtet und in 7 Dokumentenbänden zusammengefaßt worden. Etwa 40 bei anderen Staatsanwaltschaften gegen örtliche Täter anhängige Verfahren wurden ausgewertet. Auf diese Weise konnten 148 Fälle von "Sonderbehandlung" festgestellt werden. Eine Opfer- und Verfahrenskartei sowie ein Einleitungsvermerk über die allgemeine Entwicklung der Sonderbehandlungsanordnungen und der internen Zuständigkeit im RSHA wurden gefertigt. Mitte Dezember 1964 habe ich gegen 106 Angehörige der Referate IV A 1, IV B 2 und IV D 5 das Ermittlungsverfahren 1 Js 4/64 (RSHA) eingeleitet.

B 2) Schutzhaftteinweisung von Juden in einzelnen Fällen durch das RSHA mit dem Ziel der Tötung

Das vorhandene Material wurde in 7 Dokumentenbänden zusammengefaßt. Als Beschuldigte kommen etwa 65 Angehörige der Referate IV C 2 und IV B 4 in Betracht. Bevor ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werden kann, muß jedoch noch eine Vielzahl bereits angeforderter Vorverfahrensakten durchgesehen werden.

B 3) Beteiligung des RSHA an Anordnungen über die "Sonderbehandlung" gegen Priester

Die Bearbeitung dieses Sachkomplexes befindet sich noch in den Anfängen, da so gut wie keine Dokumente vorliegen.



Um konkretes Beweismaterial zu erhalten, hat sich die Arbeitsgruppe mit dem früheren Ankläger in den Nürnberger Prozessen, Rechtsanwalt Dr. K e m p n e r , in Verbindung gesetzt sowie verschiedene Vorverfahrensakten angefordert. Als Beschuldigte kommen möglicherweise die Angehörigen der Referate IV B 1 und IV B 2 des RSHA in Frage.

Bei dem derzeitigen Sachstand erscheint es zweifelhaft, ob in diesem Fall ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werden kann.

B 4) Beteiligung des RSHA an der Anordnung von "Sonderbehandlung" gegen Marxisten und andere, insbesondere im Fall der Gruppe "Rote Kapelle"

Diesem Vorgang liegt die Strafanzeige eines Angehörigen der Gruppe "Rote Kapelle" zu Grunde. Auf Grund seiner Angaben und einzelner Dokumente habe ich gegen 105 Angehörige der Referate IV A 1 und IV A 2 des RSHA im Oktober 1964 ein Ermittlungsverfahren unter dem Aktenzeichen 1 Js 2/64 (RSHA) eingeleitet.

Die Beschuldigten sind verdächtig, im Jahre 1943 an der Tötung von 7 niederländischen und 2 deutschen Angehörigen, die der Zugehörigkeit zu der Widerstands- und Spionageorganisation "Rote Kapelle" beschuldigt waren, mitgewirkt zu haben. Die Niederländer sollen vom Reichskriegsgericht in dem Verfahren gegen Angehörige der genannten Organisation freigesprochen, nach dem Urteil aber auf Anordnung des RSHA getötet worden sein. Die beiden Deutschen sollen bereits vor der Verhandlung an den Folgen der bei den Vernehmungen im RSHA erlittenen Mißhandlungen gestorben sein.

B 5) Beteiligung des RSHA an den in Konzentrationslagern durchgeführten "Sonderbehandlungen" in Einzelfällen

Zu diesem Sachgebiet liegen bisher nur Erkenntnisse darüber vor, daß in verschiedenen Konzentrationslagern in mehreren Fällen "Sonderbehandlungen" durchgeführt worden sind. Die anordnende Stelle sowie die Gründe, die zu diesen Maßnahmen geführt haben, sind bisher unbekannt.



Es wird zur Zeit versucht, den Sachverhalt durch Auswertung mehrerer Vorverfahrensakten weiter zu ermitteln. Ob das RSHA an diesen Fällen überhaupt beteiligt war, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen.

C 1) Beteiligung des RSHA an Menschenversuchen in Konzentrationslagern durch Zurverfügungstellung von Häftlingen

Das bisher erfaßte Material ist in 5 Ordnern zusammengestellt worden. Eine Vielzahl von Vorverfahrensakten hat der damit befaßte Sachbearbeiter durchgesehen, um zu ermitteln, in welchen Konzentrationslagern Menschenversuche durchgeführt worden sind. Alle gewonnenen Erkenntnisse wurden in einem umfangreichen Ermittlungsvermerk niedergelegt. Eine Kartei der beteiligten Ärzte wurde erstellt, um diese erforderlichenfalls als Zeugen zur Verfügung zu haben. Als Beschuldigte kommen eventuell die Angehörigen des Referats V A 2 in Frage. Ob es allerdings in vorliegender Sache zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens kommt, hängt von dem Ergebnis mehrerer Zeugenvernehmungen ab, die im Februar dieses Jahres durchgeführt werden.

C 2) Beteiligung des RSHA an der Häftlings-"Euthanasie" (Aktion 14 f 13)

Dokumente, die eine Beteiligung des RSHA an dieser Maßnahme erkennen lassen, sind nicht vorhanden. Die Auswertung von Verfahrensakten sowie Rücksprachen mit Dezernenten einschlägiger Verfahren haben bisher zu dem Ergebnis geführt, daß höchstwahrscheinlich nicht das RSHA, sondern das SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt für die Häftlings-"Euthanasie" verantwortlich war. Zur Zeit wird ermittelt, welche Stellung die politischen Abteilungen in den Konzentrationslagern hatten.

D 1) Beteiligung des RSHA an der "Sonderbehandlung" von Justizhäftlingen, insbesondere von asozialen Personen

Bisher liegen nur Erkenntnisse darüber vor, daß das RSHA an den einschlägigen Grundsatzverhandlungen beteiligt war.



Inwieweit das RSHA auch mit der Einzeldurchführung solcher Maßnahmen befaßt war, wird an Hand von Vorverfahrensakten, insbesondere der Akten des Wiesbadener Juristenprozesses, geprüft.

D 2) Beteiligung des RSHA an Massentötungen von Häftlingen bei der Räumung von Strafanstalten und Konzentrationslagern gegen Kriegsende

---

Bisher liegen nur Unterlagen vor, aus denen sich ergibt, daß solche Häftlinge offensichtlich zu Tötungszwecken der Gestapo überstellt worden sind. Ob die Exekutionen vom RSHA oder ausschließlich von örtlichen SS-Dienststellen veranlaßt worden sind, läßt sich zur Zeit noch nicht sagen. Es wird versucht, diesen Sachverhalt durch Auswertung von Vorverfahrensakten weiter aufzuklären.

Neben diesen Sachkomplexen ist hier auf Grund der Anzeige eines ehemaligen Häftlings aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen unter dem Aktenzeichen 1 Js 3/64 (RSHA) ein weiteres Ermittlungsverfahren anhängig. Der Anzeigende behauptet, daß unbekannte RSHA-Angehörige einen Mithäftling anläßlich einer Vernehmung getötet hätten.

Das Verfahren wird voraussichtlich eingestellt werden, da sich auf Grund der lückenhaften Angaben des Anzeigenden ein Tatnachweis nicht erbringen läßt.

Auch die ermittelten chargierten RSHA-Angehörigen, die nach den bisher gewonnenen Sacherkenntnissen nicht als Beschuldigte in Betracht kommen, sind überprüft worden. Dies ist in der Weise geschehen, daß sie - nach Auswertung der gegen sie anhängig gewesenen Spruchkammerverfahren sowie der in anderen Sachen bereits aufgenommenen Vernehmungsniederschriften - in gesonderten AR-Vorgängen (bisher 1.700) als Zeugen von der Polizei zu ihrem Lebenslauf, ihrer Tätigkeit im RSHA, ihren Dienstvorgesetzten u.ä.m. vernommen worden sind. Hierdurch war es möglich, die Nichtbelasteten aus den weiteren Ermittlungen herauszulassen. Weiterhin enthalten die Vernehmungsniederschriften Hinweise, welche RSHA-Angehörige für bestimmte Sachgebiete als Zeugen in Betracht kommen.



Aus den bisherigen Darlegungen geht hervor, daß die hier geübte Verfahrensweise zunächst und in erster Linie zwangsläufig darauf gerichtet ist, die Strafverfolgungsverjährung gegen sämtliche als Beschuldigte in Betracht kommenden RSHA-Angehörigen rechtzeitig, d.h. bis zum 8. Mai 1965, durch richterliche Handlungen (grundsätzlich Zeugenvernehmungen) unterbrechen zu lassen. Soweit es sich um Ermittlungsvorgänge (Js-Sachen) handelt, liegen die Akten bereits dem Vernehmungsrichter vor. Auch in allen übrigen hier bearbeiteten Sachkomplexen wird, soweit sich ein konkreter Tatverdacht ergibt, die Strafverfolgungsverjährung mit einer nahezu an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit rechtzeitig unterbrochen werden.

#### IV.

Bei der systematischen Durchsicht der oben bezeichneten Archivbestände sowie bei der Bearbeitung der in den vorliegenden Verfahren erörterten Sachkomplexen haben sich wiederholt Hinweise auf die Beteiligung anderer Behörden und Dienststellen der früheren Reichsregierung und der nationalsozialistischen Organisationen an Massentötungen ergeben. Von der Arbeitsgruppe "RSHA" sind jedoch, der ihr gestellten Aufgabe entsprechend, nur solche Dokumente erfaßt worden, die konkrete Hinweise auf eine Mitwirkung des RSHA an Mordtaten enthielten. Schon hieraus ergibt sich, daß die über andere Reichsbehörden gewonnenen Erkenntnisse nicht bestimmte Personen, sondern - gewissermaßen nur "abstrakt" - andere Dienststellen betreffen.

Anhaltspunkte für die Mitverantwortlichkeit anderer Reichsbehörden haben sich insbesondere hinsichtlich folgender Dienststellen ergeben:

##### 1. Auswärtiges Amt

Nach den hier - insbesondere im Sachkomplex I - gewonnenen Erkenntnissen hat das Auswärtige Amt (Abteilung Inland II) an der Deportation aller Juden nichtdeutscher Staatsangehörigkeit mitgewirkt.



Beweismaterial befindet sich insbesondere im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn, im Bundesarchiv in Koblenz und im Staatsarchiv in Nürnberg (Unterlagen zum IMT-Prozeß sowie zum Nebenprozeß 11 - Wilhelmstraßen-Prozeß -).

2. Amtsgruppe D des SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes

Als Nachfolgerin des Inspektors für die Konzentrationslager war die Amtsgruppe D für alle Konzentrationslagerangelegenheiten zuständig. Anhaltspunkte für die Mitwirkung an Massentötungen ergeben sich insbesondere aus den bisherigen Erkenntnissen über die Häftlings-"Euthanasie", die Menschenversuche sowie über andere in Konzentrationslagern durchgeführte Tötungsaktionen.

Beweismaterial befindet sich im Archiv des Internationalen Suchdienstes in Arolsen sowie im Staatsarchiv Nürnberg (Unterlagen zum Nebenprozeß 4). Darüber hinaus dürften sich auch bei dem Bundesarchiv in Koblenz Erkenntnisse gewinnen lassen.

3. Reichsminister für die besetzten Ostgebiete

In den Sachkomplexen I und II hat sich durch aufgefundene Korrespondenz der Verdacht ergeben, daß auch das Ostministerium an den in Polen und der UdSSR durchgeführten Massentötungen beteiligt war.

Beweismaterial befindet sich im Bundesarchiv in Koblenz sowie im Staatsarchiv in Nürnberg.

4. "Persönlicher Stab Reichsführer SS"

Es besteht der Verdacht, daß der "Persönliche Stab Reichsführer SS" als oberste Befehlszentrale an allen von Himmler veranlaßten Tötungshandlungen beteiligt war.

Beweismaterial befindet sich im Bundesarchiv in Koblenz sowie im Staatsarchiv in Nürnberg (Unterlagen zum IMT-Prozeß und zu den Nebenprozessen 1 - Ärzte-Prozeß- und 11 - Wilhelmstraßen-Prozeß -).



5. Rasse- und Siedlungshauptamt und Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums

Nach den hier vorliegenden Erkenntnissen waren diese beiden SS-Hauptämter bei Sonderbehandlungen "Fremdvölkischer" (Eindeutschung, Deutsche Volksliste, Fremdarbeiter) beteiligt. Darüber hinaus dürften sie auch an den Maßnahmen zur "Endlösung der Judenfrage" mitgewirkt haben.

Beweismaterial befindet sich im Bundesarchiv in Koblenz und im Staatsarchiv in Nürnberg (Unterlagen zum IMT-Prozeß sowie zu dem Nebenprozeß 8 - Rasse- und Siedlungshauptamt -).

6. Oberkommando der Wehrmacht (OKW)

Abteilungen des OKW sind verdächtig, insbesondere an Massentötungen von Kriegsgefangenen, an der Tätigkeit der Einsatzgruppen sowie an Geiselerchießungen in Frankreich und Serbien beteiligt gewesen zu sein.

Beweismaterial befindet sich noch "tonnenweise" ungesichtet bei dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg/Breisgau. Weitere Unterlagen sind im Bundesarchiv in Koblenz und im Staatsarchiv in Nürnberg (Material zum Nebenprozeß 7 - Südost Generäle - und 12 - OKW -) vorhanden.

Hierzu darf ich abschließend nochmals ausdrücklich darauf hinweisen, daß die erreichbaren Akten- und Archivbestände ausschließlich für das Vorermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes systematisch ausgewertet worden sind. Die Angaben über die Mitwirkung der vorstehend unter Ziffer 1 - 6 aufgeführten Reichsbehörden an Massentötungen können daher durch konkrete Einzelfälle nicht belegt werden.

G ü n t h e r

Beglaubigt

Justizangestellte

Le



Justizministerkonferenz vom 27. und 28. April 1965  
in Bonn

- Beratungen der Justizminister und -senatoren -

Punkt 1 der Tagesordnung

Weiterarbeit der Zentralen Stelle der Landesjustizverwal-  
tungen in Ludwigsburg nach dem 8.5.1965

I.

Die Justizminister und -senatoren beschließen fol-  
gende

Richtlinien:

1

Die Zentrale Stelle soll die Vorermittlungen wegen  
aller NSG-Gewaltverbrechen führen, namentlich auch wegen

- a) der Komplexe der Obersten Reichsbehörden und der Dienst-  
stellen der NSDAP und ihrer Gliederungen,
- b) der Komplexe der im Bundesgebiet gelegenen Konzentra-  
tionslager und Anstalten.

2

Für eigentliche Kriegsverbrechen soll die Zentrale  
Stelle grundsätzlich nicht zuständig sein. Sie soll sie an  
den Generalbundesanwalt zur Bestimmung eines Gerichtsstandes  
durch den Bundesgerichtshof übersenden. Soweit jedoch bei  
Kriegsverbrechen Oberste Reichsbehörden beteiligt sind,  
soll die Zentrale Stelle für diese die Vorermittlungen  
führen.



3

Die Zentrale Stelle soll ihre Vorermittlungen bei den Komplexen "Oberste Reichsbehörden" u.a. grundsätzlich von einem potentiellen Täterkreis aus systematisch anstellen. Das gleiche Verfahren soll angewendet werden bei den Stäben der Konzentrationslager, soweit das noch nicht geschehen ist.

4

Die Zentrale Stelle soll die Einzelkomplexe "Oberste Reichsbehörden", "Konzentrationslager" u.a. in der bisherigen Weise vorermitteln. Bei Einzelverfahren sollen die Vorermittlungen dagegen frühzeitiger abgeschlossen und nach Auswertung des bei der Zentralen Stelle vorhandenen Materials an die örtlich zuständigen Staatsanwaltschaften abgegeben werden; diese sollen bei ihren Ermittlungen von der Zentralen Stelle unterstützt werden.

5

Verfahren, die die Zentrale Stelle an eine örtliche Staatsanwaltschaft abgegeben hat, können an die Zentrale Stelle nicht zurückgegeben werden. Handelt es sich um Einzelfälle aus den Komplexen "Oberste Reichsbehörden", "Konzentrationslager" und "Anstalten", so können die Sachen, auch wenn sie im Js-Register eingetragen sind, der Zentralen Stelle zur Vorermittlung zugeleitet werden. Die Zentrale Stelle leistet Unterstützung in der Form der Vorermittlung und gibt die Sache nach Abschluß an die Staatsanwaltschaft zurück. Die Staatsanwaltschaft übernimmt dabei das Verfahren auch gegen die weiter zutage getretenen Beschuldigten.



6

Den Landesjustizverwaltungen wird empfohlen, zu erwägen, die Ermittlungen in NSG-Sachen jeweils einer Staatsanwaltschaft oder wenigen Staatsanwaltschaften des Landes zuzuweisen.

7

Die Staatsanwaltschaft, die ein Verfahren von der Zentralen Stelle übernommen hat, soll es nicht an eine andere Staatsanwaltschaft abgeben. Stellt sich nach Anklage reife heraus, daß der Schwerpunkt der Sache nicht mehr bei der bearbeitenden, sondern bei einer anderen Staatsanwaltschaft liegt, soll der Generalstaatsanwalt der Behörde, bei der das Verfahren anhängig ist, mit dem Generalstaatsanwalt der Behörde, an die das Verfahren abgegeben werden soll, Fühlung aufnehmen. Ein gleiches Verfahren soll stattfinden, wenn die Zentrale Stelle ein Verfahren abgeben will, bei dem sich voraussichtlich Zuständigkeitsschwierigkeiten ergeben könnten.

Berlin führt das Verfahren gegen das Reichssicherheitshauptamt durch und übernimmt alle Verfahren gegen den Volksgerichtshof. Neue (noch nicht anhängige) NSG-Sachen werden nur dann in Berlin durchgeführt, wenn die Berliner Staatsanwaltschaft ausschliesslich zuständig ist.

8

Die Zentrale Stelle wird ihre Dokumenten- und Zeugenkartei dahin vervollständigen, daß sie eine Verfahrenskartei einrichtet. Das Bundesjustizministerium wird sein Material der Zentralen Stelle zur Auswertung zur Verfügung stellen. Die Landesjustizverwaltungen werden nach vorheriger Absprache mit der Zentralen Stelle ihre Unterlagen für die vom Bundesjustizministerium erstellte Kartei der Zentralen Stelle zur Verfügung stellen, soweit das noch nicht



geschehen ist. Die Landesjustizverwaltungen werden die mit NSG-Sachen befaßten Staatsanwaltschaften erneut darauf hinweisen, daß von jeder Zeugen- und Beschuldigtenvernehmung, auch des Untersuchungsrichters, sowie von Abschlußverfügungen der Staatsanwaltschaft, von Urteilen und abschließenden Beschlüssen alsbald ein Durchschlag der Zentralen Stelle übersandt wird.

2

Die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen wird sich auch weiterhin mit Nachdruck bemühen, alle Archive außerhalb der Bundesrepublik auszuwerten. Dieser ihr bereits früher erteilte Auftrag ist durch den Beschluß der Justizminister vom 11.12.1964 erneuert worden. Soweit die Zentrale Stelle dabei auf Schwierigkeiten stößt, wird ihr das Bundesjustizministerium jede erforderliche und mögliche Unterstützung gewähren.

Der Auftrag der Justizministerkonferenz vom 14.1.1965 an die Zentrale Stelle, sich mit dem Generalstaatsanwalt in Ostberlin wegen der Auswertung des in seinem Zuständigkeitsbereich befindlichen Urkundenmaterials in Verbindung zu setzen, wird bestätigt.

. . . . .



*Fr. Dr. in Grotzke u. a. B. in  
Kommunikation in zum Teil**Wie 15/10*P r o t o k o l l

über die Besprechung der Sachbearbeiter für Stapoleitstellen-  
verfahren am 28. und 29.9.1965  
in Hannover

Am 28. und 29.9.1965 wurde auf Anregung der LKPA Niedersachsen -SK Z- bei der SK in Hannover eine Arbeitsbesprechung der Sachbearbeiter von Stapoleitstellenverfahren durchgeführt. Die Besprechung sollte in erster Linie der Erörterung der Beweislage und Beweismittelbeschaffung dienen, wobei Möglichkeiten zur Koordinierung der bei den einzelnen Staatsanwaltschaften und Sonderkommissionen anhängigen Stapoverfahren geprüft werden sollten.

Als Besprechungsteilnehmer waren erschienen:

KHK	S e t h	- LKPA Niedersachsen, SK Z,
KM	R e i n i c k e	- LKPA Niedersachsen, SK Z,
KM	H a u s k n e c h t	- LKPA Niedersachsen, SK Z,
KM	R u b i n	- LKPA Niedersachsen, SK Z,
KOK	S c h a f f r a t h	- LKA Nordrhein-Westfalen, Dez.15,
KOM	B r o c k h o f f	- LKA Nordrhein-Westfalen, Dez.15,
KOK	W a l t h e r	- Hess. LKA - V/SK,
KOM	S c h w e n s e n	- LKPA Schleswig-Holstein, SK/NS,
KOM	H e s s e	- Pol.Präs. Hamburg, SK,
Sta	W i n t e r	- ZStelle d. Landesjustizv. Ludwigsbg,
der	Unterzeichnende	- Pol.Präs. Berlin, I-A.

Die Besprechung wurde am 28.9.1965, 09.00 Uhr, durch KHK S e t h, Leiter der SK Niedersachsen, in seiner Eigenschaft als Gastgeber eröffnet und die Anwesenden begrüßt.

KHK S e t h unterstellte anlässlich seiner Begrüßungsworte, daß die überwiegende Zahl der Stapoleitverfahren auf dem sogen. "Eichmann-Telegramm" v. 22.4.42 (IV B 4 - gez. Eichmann an

- 1) Stapoleitstelle Berlin -  
Bovensiepen -
- 2) PP)

basierte. (Das genannte FS ist in der Dokumentensammlung der Arbeitsgruppe RSHA, GStA b.d.KG Berlin, "Reich" Band 3, Bl. 88-90, enthalten.)



Sodann bat KHK S e t h die Vertreter der einzelnen Sonderkommissionen über die Entwicklung und Stand der in ihrem Bereich anhängigen Stapoleitverfahren zu berichten.

Die Berichte wurden in nachstehender Reihenfolge erstattet:

1. GStA b.d.KG Berlin - 1 Js 9/65 (Stapoleit)

Über das in Berlin anhängige Verfahren gab ich einen kurzen Überblick, wobei das Schwergewicht auf folgenden Punkten lag:

- a) Entstehung des Verfahrens und bisherige Ermittlungsdauer,
- b) Gegenstand: Mitwirkung der Stapoleitstelle Berlin bei der Deportation von ca. 48 000 Juden aus Berlin; Beginn Oktober 1941, insgesamt 183 Einzeltransporte in 68 "Wellen",
- c) Evakuierungsgebiete: Lodz, Minsk, Kowno, Riga, Auschwitz, Theresienstadt, Trawniki u.a.,
- d) Beschuldigte: (ca. 185) und Zeugen (bisher mehr als 250 gehört),
- e) Beweiswert der Zeugenaussage (Stapo - Juden),
- f) Dokumentarische Beweislage (Quellen Würzburg, Düsseldorf - kaum Berlin nichts erhalten geblieben), Zusammenfassung in Dokumentenbänden zum Verfahren, Anlehnung an Dokumentensammlung "Reich" (15 Bände), Bedeutung der Vermögensschiebungsvorgänge, Transportlisten etc.

Mein Vortrag wurde mehrfach durch Zwischenfragen, namentlich im Hinblick auf den Umfang der dokumentarischen Unterlagen, unterbrochen. Eine vollständige Übersicht konnte ich nicht geben, da ein Verzeichnis aller Dokumente bisher nicht existiert. Es entstand jedoch der Eindruck, daß Berlin, abgesehen von der SK Düsseldorf, im Vergleich zu den übrigen Sonderkommissionen über relativ umfangreiches Material verfügt.

2. StA Düsseldorf - 8 I Js 815/64 - (Stapoleitst. Düsseldorf)  
StA Dortmund - 10 Js 43/64 - (Stapoleitst. Dortmund)  
StA Bielefeld - 5 Js 192/62 - (Stapoleitst. Breslau)

Über den Stand der vorgenannten Verfahren erstattete KOM B r o c k h o f f, LKA Nordrhein-Westfalen -Dez. 15-, einen zusammengefaßten Bericht, wobei das Schwergewicht auf dem Verfahren der



Sta Düsseldorf lag.

a) Grundlage der Verfahren:  
Eichmann-PS v. 22.4.1942,

b) Gegenstand:

- 1) Mitwirkung bei der "Endlösung", 5 500 bis 6 000 Deportierte (Düsseldorf). Beginn der Deportationen Oktober 1941 (Lodz), spätere Transporte auch nach Itzbica und Trawniki,
- 2) Mitwirkung bei der Verhängung von "Schutzhaft",
- 3) Mitwirkung bei der Durchführung von "Sonderbehandlungen".

c) Beweiswert von Zeugenaussagen (Diskussion):

KHK S e t h: "Zeugen nützen wenig";  
KOM S c h w e n s e n (Kiel): "Auf Dokumente abstellen"  
KOM B r o c k h o f f (Düsseldorf): Hinweis auf aussagewillige jüdische Zeugin (März 1943 von Osnabrück nach Auschwitz deportiert)  
Frieda B u n o m o w i t z  
Israel,  
Tetach-Tikwa,  
Chaem-Oser-Str. 18.

Sta W i n t e r (Ludwigsbg): "Zeugen dürfen nicht überprüfert werden. Vernehmung zunächst nur durch eine Stelle, die den interessierten SK Ablichtungen zusenden sollte.

d) Dokumentarische Beweislage:

Ähnlich wie Berlin, Hinweis auf Ordner 308 in Arolsen. Schiffsladung mit Dokumenten aus den USA (in Koblenz) dürfte Material für alle Stapoleitverfahren enthalten. Transportlisten (Düsseldorf) existierten bis 1942.

Abschließend äußerte sich KOM B r o c k h o f f lobend über den Einleitungsvermerk des Herrn Sta N a g e l, GStA b.d. KG Berlin, der im Zusammenhang mit den Düsseldorfer Unterlagen wertvolle Erkenntnisse vermittelte.

### 3. Sta Frankfurt/M - 4 Js 881/64

KOK W a l t h e r gab eine kurze Übersicht über das o.a. Ver-



fahren, das bei der StA Frankfurt/M. als Wiederaufnahmeverfahren anhängig ist.

Echte Erkenntnisse liegen vor allem wegen des Fehlens dokumentarischer Unterlagen bisher noch nicht vor. Insofern - so brachte KOK W a l t h e r zum Ausdruck - sei die Arbeitsbesprechung für Frankfurt von besonderer Bedeutung.

4. StA Osnabrück - 17 Js 437/64-(Stapostelle Osnabrück)

Für die SK 2, Hannover, erstattete KM R e i n i c k e Bericht.

- a) Verfahrensgrundlage: "Eichmann-Telegramm" v. 22.4.42,
- b) Gegenstand: Mitwirkung der Stapostelle Osnabrück bei der "Endlösung". 7 Transporte sind nach dem "Osten" bzw. Theresienstadt abgegangen,
- c) Ermittlungsstand: Bis auf wenige Ausnahmen konnte das Schicksal aller Deportierten geklärt werden. - "Regierung" war seinerzeit gegenüber der Stapo weisungsbefugt,
- d) Dokumentarische Beweislage: Neben Unterlagen Düsseldorf und Würzburg Akten der Entschädigungsbehörde Hannover.

5. StA Kiel - 2 Js 307/64 - (Stapoleitstelle Kiel)

KOM S c h w e n s e n, LKPA Schleswig-Holstein, SK/NS, erstattete Bericht.

- a) Verfahrensgrundlage: Schreiben der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen mit "Eichmann-FS" als Anlage,
- b) Gegenstand: der Mitwirkung der Stapoleitstelle Kiel bei den Judendeportationen in die Vernichtungslager; 2 - 3 Transporte,
- c) Ermittlungsstand: Das Verfahren befindet sich noch im Anfangsstadium (intensive Ermittlungen seit August 1965),
- d) Dokumentarische Beweislage: Neben den "bekannten" Unterlagen existieren Listen beim Landesentschädigungsamt, davon ein großer Teil mit Hinweisen auf die Schicksale Deportierter - Hinweis auf Volkszählung vom 17.5.1939 mit Angaben über den jüdischen Bevölkerungsanteil.



Über evtl. im süddeutschen Raum anhängige Stapoleitverfahren konnten keine Erkenntnisse gewonnen werden, da, wie KHK S e t h mitteilte, beispielsweise die SK München an der Besprechung nicht interessiert war.

Zur Ergänzung der Berichte über die zu 1. bis 5. genannten Verfahren hielt KOM H e s s e von der SK in Hamburg Vortrag über den "Riga-Komplex". Nach seiner Darstellung erfolgte im November/Dezember 1941 eine große Ghetto-Räumung, bei der alle nicht arbeitsfähigen Juden (der weitaus größere Teil) der Vernichtung anheimfielen.

Der so "gewonnene Raum" wurde mit Juden aus dem Reich "aufgefüllt". Außerdem wurden das Gut Jungfernhof und das Lager Salaspils (ursprünglich russ. Kriegsgefangenenlager) zur Aufnahme von "Reichsjuden" eingerichtet.

Im Winter 1941/42 ist dort ein Großteil jüdischer Menschen verhungert oder erfroren (allein auf Gut Jungfernhof 20 bis 30 täglich).

In der Zeit von November 1941 bis Oktober 1942, bei einer Unterbrechung von März bis September 1942, gelangten etwa 20 Transporte aus dem Reich oder den besetzten Gebieten nach Riga. Teilweise wurden ganze Transporte bei Ankunft liquidiert (erschossen), z.T. sonderte man "Alte und Gebrechliche" aus und ließ nur die Arbeitsfähigen leben.

Das Rigaer Ghetto wurde Ende 1943 auf Anordnung des RSHA aufgelöst und die Juden auf einzelne KL, u.a. das neue KL "Kaiserwald" verteilt.

Im Anschluß an diesen Vortrag entwickelte sich eine Diskussion über dokumentarische Beweismittel. Ich habe in diesem Zusammenhang die Frage aufgeworfen, ob bei einer der Kommissionen, abgesehen von den (überwiegend bekannten) Unterlagen aus Düsseldorf und Würzburg pp. neue bislang unbekannte Dokumente vorlägen. Die Frage wurde allseitig verneint.

KOM S c h w e n s e n (Kiel) regte an, die von ihm ausgewählten Dokumente aus dem Eichmann-Prozeß (Verzeichnis der Zentralen



Stelle) allen Sonderkommissionen zugänglich zu machen. Es handelt sich hierbei um nachstehende Dokumente (vgl. Verzeichnis der Zentralen Stelle):

74, 119, 138, 139, 354, 504, 1179, 1275, 1276, 1277,  
1279, 1280, 1281, 1282, 1283, 1284, 1285, 1286, 1287,  
1288, 1289, 1290, 1291, 1292, 1293, 1294, 1363, 1392,  
1479, 1480, 1481, 1482 u. 1642.

Anmerkung: Es bedarf noch der Nachprüfung, inwieweit die aufgeführten Dokumente bereits beim GStA b.d.KG Berlin, Arbeitsgruppe RSHA, vorliegen.

KOM B c h w e n s e n übergab außerdem die Abschrift (von Ablichtung) eines Schreibens des ehem. Reichsführers SS an

G r e i s e r v. 18.9.1941

Über die "Raumbeschaffung" für Juden aus dem Reich im Gebiet von Litzmannstadt (als Anlage beigelegt).

Der erste Besprechungstag endete mit einer ergebnislosen Diskussion über Möglichkeiten, Dokumente aus Ostblockstaaten zu erlangen. Bemerkenswert erschien in diesem Zusammenhang die Feststellung des StA W i n t e r, Ludwigsburg, daß die Russen vermutlich selbst nur einen geringen Teil der von ihnen sichergestellten Dokumente kennen. Möglicherweise ergäbe sich daraus die Scheu, "ungefiltertes Material" anderen Stellen, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland zugänglich zu machen.

Zu Beginn des zweiten Besprechungstages wurde beschlossen:

1. Der "Ordner 308" (Arolsen) soll nochmals überprüft werden. StA W i n t e r erklärte sich bereit, die Durchsicht vorzunehmen.
2. Soweit bisher nicht geschehen, soll der Zentralen Stelle neuankommendes Material (auch Vernehmungen) in 1 bis 2 Exemplaren zugeleitet werden, damit Ludwigsburg seiner "Verteiler-Funktion" gerecht werden kann. Stapoleitvernehmungen wären zum Az. 8 AR 846/64 oder unter dem Stichwort "Jüden deportationen aus dem Altreich" zu übersenden.

Hieran anknüpfend habe ich an StA W i n t e r die Anfrage ge-



richtet, ob denn das bisher in Ludwigsburg gesammelte Material katalogisiert sei. StA W i n t e r erklärte, man verkartete gegenwärtig die Dokumente. Bisher gäbe es noch keine einheitliche Übersicht (Personalmangel in der Vergangenheit).

Ich habe vorgeschlagen, alles Material über Stapoleitverfahren nach einheitlichen Gesichtspunkten zu überprüfen und entsprechend zusammenzustellen. StA W i n t e r meinte, er strebe dies an. Das aus Berlin übersandte Material läge geschlossen vor.

Anschließend wurden Einzelfragen, die nicht unmittelbar in Zusammenhang mit Stapoleitverfahren standen, besprochen. So interessierte KOK W a l t h e r (Wiesbaden) die Rolle der IdS und BdS. KHK S e t h (Hannover) gab einen kurzen Überblick über die Aktion "Meerschäum" (Ausreisewilligen Juden der besetzten Gebiete wurde Ausreise in das neutrale Ausland garantiert, wenn zuvor die Hälfte der Devisen dem Reich überschrieben wurden).

KM R e i n i c k e (Hannover) bat, in Berlin festzustellen, ob der Aufenthalt des ehemaligen SS-Stubaf. (Amt VI)

Dr. Emil F r e i s e,  
8.2.08 Elbing geb.,

und des Regimes (Stapoleit)

Fritz R a s c h e r,  
14.5.14 Gera geb.,

bekannt sei (Rascher interessiert als Beschuldigter). Die Sonderkommission erhält entsprechenden Bescheid.

Als mögliche Ergebnisquellen wurden von den Teilnehmern der Besprechung nachstehende abgeschlossene Verfahren angeführt:

1. StA Bielefeld - Js 18/61  
(eingestellt);
2. StA bei dem LG Stuttgart - 15 Js 204/?

In diesem Verfahren fand das Urteil des Schwurgerichts Stuttgart - Ks 35/50 Berücksichtigung.

Das staatsanwaltschaftliche Verfahren wurde aufgrund des Schwurgerichtsurteils (Ks 35/50) eingestellt.



3. StA Nürnberg/Fürth - KLS 230/48; Ks 1/1  
gegen früheren PolPräs. Nürnberg, Dr.  
M a r t i n, (betr. Judendeportationen).  
Das Verfahren endete am 1.7.1953 mit  
Freispruch.
4. LG Köln - 24 Ks 3/53  
gegen Dr. S c h ä f e r u.a. -  
Sch. wurde am 9.7.54 zu 6 Jahren, 9 Mon.  
Zuchthaus verurteilt.

Gegen Schluß der Besprechung machte KOM S c h w e n s e n (Kiel) den Vorschlag, der Zentralen Stelle in Ludwigsburg Aufstellungen über alle bei den einzelnen Sonderkommissionen vorhandenen Dokumente zuzusenden. Die Anregung wurde allgemein begrüßt. Ich gab jedoch zu bedenken, daß der Vorschlag ohne Beteiligung der Staatsanwaltschaften, bei denen sich der größte Teil der Unterlagen befände, kaum verwirklicht werden könnte. Es dürfte darüber hinaus ohnehin schwierig sein, einen echten Überblick zu vermitteln, da die bloße Bezeichnung eines Dokumentes nichts über seinen Inhalt aussage.

StA W i n t e r (Ludwigsburg) stellte die Frage, ob die Zentrale Stelle Unterlagen über die personelle Zusammensetzung der einzelnen Stapo(leit)stellen bekommen könnte. Bisher lägen derartige Unterlagen in Ludwigsburg nicht vor.

Am Schluß der Besprechung entwickelte sich eine Diskussion über Fragen des subjektiven Tatbestandes, die jedoch ohne nennenswertes Ergebnis endete.

KHK S e t h verabschiedete gegen 14.30 Uhr die Besprechungs-  
teilnehmer und dankte für ihr Erscheinen. Es wurde beschlossen,  
in absehbarer Zeit erneut zusammenzutreten. Ein endgültiger Be-  
schluß hierüber soll jedoch erst bei der neuen Tagung der Leiter  
der Sonderkommissionen, etwa im Mai 1966, gefaßt werden. Als  
Tagungsorte kämen Wiesbaden oder Berlin in Frage.

#### S c h l u ß b e m e r k u n g

Dem äußeren Anschein nach verlief die 2tägige Arbeitsbesprechung,



will man über ihren Wert für das Berliner Stapoleitverfahren etwas aussagen, ohne allzugroßes sachliches Ergebnis. Der echte Wert der Tagung dürfte jedoch in der unmittelbaren Kontaktaufnahme mit den Leitern anderer Sonderkommissionen bzw. deren Sachbearbeitern zu sehen sein. Abgesehen davon, wären die anlässlich der Besprechung erlangten Hinweise auf Dokumente bzw. anhängige oder anhängig gewesene Parallelverfahren einer Prüfung zu unterziehen. Wichtig erscheint, daß anlässlich der Arbeitsbesprechung eine unmittelbare Fühlungnahme mit einem Vertreter der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg möglich war. Wenn hierdurch eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Staatsanwaltschaften und den Sonderkommissionen einerseits und der Zentralen Stelle andererseits erzielt werden würde, so rechtfertigte schon allein diese Tatsache den zeitlichen und materiellen Aufwand der abgelaufenen Tagung.

gez. (Paul), KK

Ma



# Juristische Rundschau

Herausgegeben von

Dr. ERHARD BÖKELMANN, Professor an der Universität Bochum • Dr. DIETER BRÜGGEMANN, Ministerialrat im Niedersächsischen Justizministerium • Dr. Dr. h. c. ROLF DIETZ, Professor an der Universität München • THEODOR KEIDEL, Oberlandesgerichtsrat i. R. in München • Dr. GEORG KUHN, Senatspräsident in Karlsruhe • Dr. GERHARD NEHLERT, Bundesrichter in Berlin • Dr. KARL-HEINZ NÜSE, Oberstaatsanwalt in Berlin • HERMANN REUSS, Rechtsanwalt am Oberlandesgericht in Köln • RUDOLF WASSERMANN, Landgerichtspräsident in Frankfurt/M. • Dr. KURT WERGIN, Präsident der Rechtsanwaltskammer in Berlin

Schriftleitung: Städt. Verwaltungsrätin a. D. L. Pauli im Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin 30, Genthiner Str. 13

1969

Februar

Heft 2

## Ist § 50 Abs. 2 StGB n. F. auf den Gehilfen anwendbar, wenn der Haupttäter aus dem Gehilfen bekannten niedrigen Beweggründen tötet, die beim Gehilfen fehlen?

Von Bundesrichterin i. R. Dr. Else Koffka, Berlin

I. Diese Frage hat das Kammergericht in seinem in dieser Nummer S. 63 abgedruckten Beschluß vom 6. 1. 69 verneint. Das Kammergericht beruft sich hierfür auf Schwarz-Dreher 30. Aufl. § 50 Anm. 3, wonach nur täterbezogene Merkmale unter die Vorschrift fallen, es sich aber bei niedrigen Beweggründen um ein inneres Merkmal handle, das in erster Linie die Tat als besonders schwer erscheinen lasse (BGHSt. 17, 215, 217; 1, 368, 371). Es beruft sich weiter darauf, daß der Gesetzgeber, wenn er mit einer anderen Auslegung gerechnet hätte, den § 50 Abs. 2 nicht eingefügt hätte, weil dieser sonst, mit Rücksicht auf die Folgen für die Verjährung, eine verschleierte Amnestie für viele NS-Täter bedeuten würde.

Um mit dem zweiten Punkt zu beginnen: Es erscheint mir nicht möglich, für die Auslegung des § 50 Abs. 2 die Konsequenzen heranzuziehen, die die Vorschrift für die Verjährung haben kann. Das würde allgemeinen Auslegungsgrundsätzen widersprechen, weil die Verjährung nicht zum Inhalt der Vorschrift gehört. Ganz sicher hat der Gesetzgeber nicht auf dem Wege über § 50 Abs. 2 StGB die Verjährungsfrist für einen Teil der NS-Verbrechen verkürzen wollen. Auch unter denjenigen, die rechtliche Bedenken gegen die Wirksamkeit des Berechnungsgesetzes vom 13. 4. 65 (BGBl. 1, 313) haben (vgl. dazu zuletzt Willms, JZ 69, 60), weil es verfassungsrechtlichen oder allgemein rechtsstaatlichen Prinzipien widerspreche, und unter denjenigen, die aus denselben Gründen eine Verlängerung von Verjährungsfristen für zurückliegende Taten auch in der Form der sogen. kleinen Rückwirkung ablehnen, wird wohl kaum jemand sein, der für eine Regelung der Verjährungsfrage für einen Teil der in Betracht kommenden Delikte „auf kaltem Wege“ eintreten würde. Aber daraus kann man nicht folgern, daß der Gesetzgeber die Vorschrift in einem Sinne gemeint haben müsse, der unerwünschte Konsequenzen für die Verjährung ausschließt.

Ganz offensichtlich hat der Gesetzgeber bei dem Erlaß des § 50 Abs. 2 und 3 n. F. an die Verjährungsfrage überhaupt nicht gedacht. Das ist erklärlich. Die Vorschrift ist aus dem § 33 des EStGB 1962 entnommen, dieser wiederum beruht auf einem einstimmigen Beschluß der Großen Strafrechtskommission vom Februar 1955 (vgl. Niederschriften über die Sitzungen der Großen Strafrechtskommission 2. Bd. Anhang Nr. 19 — § f des Vorschlages der Unterkommission —, sowie Bd. 2 S. 219, wo über diesen

Vorschlag der Unterkommission abgestimmt ist, schließlich Bd. 2 Anhang 20 § f, wo der Vorschlag als Kommissionsvorschlag aufgenommen worden ist). Zu diesem Zeitpunkt brauchte man sich über eine Auswirkung der Vorschrift auf die Verjährung von NS-Verbrechen nicht den Kopf zu zerbrechen und hat ihn sich nicht zerbrochen. Es war damals klar, daß noch lange Zeit vergehen würde, bis der Entwurf Gesetz werden würde und erst recht, bis er in Kraft treten würde. Daran, daß bis dahin nicht alle NS-Verbrechen soweit aufgedeckt sein könnten, daß wenigstens die Verjährung unterbrochen war, hat niemand gedacht.

Wie Blei (Juristische Arbeitsblätter 69, H. 1, Strafrecht S. 3) zutreffend darlegt, enthalten die vom Kammergericht zitierten BGH-Entscheidungen nicht das, was das Kammergericht aus ihnen herausliest, und können deshalb für die Auslegung der neuen Fassung des § 50 Abs. 2 und 3 keine Bedeutung haben. In BGHSt. 1, 368 verneint der BGH, daß derjenige, der aus niedrigen Beweggründen zum Totschlag anstiftet, als Anstifter zum Mord zu bestrafen sei. Er lehnt die Anwendung des § 50 Abs. 2 a. F. auf diesen Fall deshalb ab, weil die Beweggründe des § 211 nicht die Strafe verschärften, sondern die Strafbarkeit des Täters als Mörder erst begründeten. Der BGH sieht den Mord gegenüber dem Totschlag als völlig selbständiges Delikt an und lehnt es ab, ihn als qualifizierten Totschlag, oder den Totschlag als privilegierten Mord zu betrachten. Nur im Rahmen dieser Darlegungen heißt es, die Merkmale des § 211 StGB seien echte Tatbestandsmerkmale, die niedrigen Beweggründe kennzeichneten zwar nicht das äußere Bild der Tat, sondern die innere Haltung des Täters, zur Tatbestandsmäßigkeit gehörten aber nicht nur äußere Merkmale, auch die Bewertung des Unrechts könne von inneren Merkmalen abhängen. Auf S. 372 zum Schluß des drittletzten Absatzes heißt es ausdrücklich: „Es bedarf deshalb keiner Entscheidung, ob Beweggründe überhaupt unter § 50 Abs. 2 (a. F.) fallen können.“ Der BGH hat in der Entscheidung auch nicht mittelbar gesagt, daß Merkmale, die das Unrecht der Tat betreffen, nicht unter § 50 Abs. 2 a. F. fallen können. Das war auch gar nicht möglich. Zu den wichtigsten Fällen, die stets nach § 50 Abs. 2 a. F. behandelt worden sind, gehören die unechten Beamten-delikte. Daß Amtsunterschlagung und Freiheitsberaubung im Amt nicht nur auf der Schuldseite, sondern auch auf der Unrechtseite höher zu bewerten sind als einfache



Unterschlagung und gewöhnliche Freiheitsberaubung, kann nicht zweifelhaft sein. Die Entscheidung BGHSt. 1, 368 besagt also für den vom Kammergericht entschiedenen Fall nichts. Sieht man mit ihr im Mord einen völlig selbständigen Tatbestand gegenüber dem Totschlag und in den niedrigen Beweggründen Momente, die die Strafbarkeit erst begründen, so wäre zwar der der BGH-Entscheidung zugrunde liegende Fall heute ebenso zu entscheiden wie damals, weil strafbegründende Umstände auch nach § 50 Abs. 2 n. F. dem Teilnehmer nicht zugerechnet werden dürfen, wenn sie beim Täter nicht vorliegen. Sie besagt aber nichts für die Frage, ob niedrige Beweggründe persönliche Merkmale sind, die, wenn sie zwar beim Täter, nicht aber beim Teilnehmer vorliegen, zur Strafmilderung führen müssen.

BGH 17, 217 bezieht sich auf die verfassungsfeindliche Absicht des inzwischen aufgehobenen § 94 StGB. Die Entscheidung führt nach dem Dargelegten zu Unrecht aus, BGHSt. 1, 368 habe die Anwendung des § 50 Abs. 2 StGB aus niedrigen Beweggründen beim Mord deshalb abgelehnt, weil sie in erster Linie die Tat als besonders schwer erscheinen ließen. Im übrigen bringt die Entscheidung die staatsgefährdende Absicht deshalb nicht unter § 50 Abs. 2 StGB a. F., weil sie die Gefährlichkeit des Tuns im Lichte staatsfeindlicher Bestrebungen erhöhe und darum in erster Linie ein tatbezogenes und nicht tätereigentümliches Merkmal sei. Ob das für die aufgehobene Bestimmung zutrifft, braucht hier nicht erörtert zu werden. Absichten sind nicht dasselbe wie Motive und können unter dem Gesichtspunkt des § 50 Abs. 2 a. F. und Abs. 2 und 3 n. F. verschieden behandelt werden (vgl. Schönke-Schröder Rdb. 17 zu § 50 und das dort zitierte weitere Schrifttum).

Die immer wieder angeführten Entscheidungen des BGH ergeben also für die jetzt zu erörternde Frage nichts.

Geht man von der Rechtsprechung des BGH aus, wonach der Mord gegenüber dem Totschlag ein völlig selbständiges Delikt ist, es sich also bei den niedrigen Beweggründen um einen strafbegründenden Umstand handelt, so fällt dieser Umstand unter § 50 Abs. 2 n. F. Daß zu den Merkmalen im Sinne dieser Vorschrift nicht nur solche gehören, die beim Täter unabhängig von der Tat vorliegen, ist durch die Zufügung des Wortes „Umstände“ zu den persönlichen Eigenschaften und Verhältnissen eindeutig klargestellt. Ein Motiv des Täters liegt in seiner Person und nirgends anders. Daß es sich auf die Bedeutung der Tat auswirkt, ist unerheblich. Tatbegründende persönliche Merkmale charakterisieren zwangsläufig die Gesamttat, weil es ohne sie diese Straftat überhaupt nicht gibt.

Liegen die Voraussetzungen des § 50 Abs. 2 n. F. vor, so ist die Strafe nach den Vorschriften des Versuchs zu mildern. Die Verweisung einer Mußvorschrift auf eine Kannvorschrift (§ 44 StGB) ist nicht eben glücklich. Es kann aber kein Zweifel bestehen, daß, wenn die Milderungsvoraussetzungen des § 50 Abs. 2 n. F. vorliegen, der Gehilfe mit Zuchthaus zwischen drei und fünfzehn Jahren zu bestrafen ist. Dann aber beträgt die Verjährungsfrist nach § 67 StGB fünfzehn Jahre.

II. Das Ergebnis für die Verjährung wird nicht anders, wenn man der überwiegenden Meinung des Schrifttums folgt, wonach die Mordmerkmale strafe erhöhende Merkmale gegenüber dem Totschlag sind (vgl. Schönke-Schröder Rdbem. 4 vor § 211 und die dort Zitierten, Lackner-Maßen § 50 Anm. 3a, Blei a. a. O.). Dann sind die niedrigen Beweggründe persönliche strafscharfende Merkmale i. S. d. § 50 Abs. 3 n. F. Das ist früher deshalb teilweise bestritten worden, weil es sich bei den Beweggründen nicht um Merkmale von gewisser Dauer handele. Es hat sich aber zunehmend die Ansicht durchgesetzt, daß vorübergehende Motive persönliche Verhältnisse in Bezug auf die konkrete Handlung sind (vgl. Schönke-Schröder Rdbem. 15 zu § 50 und die dort Zitierten). Diese letztgenannte Ansicht ist durch die Einfügung des Wortes

„Umstände“ in § 50 Abs. 3 n. F. legalisiert worden. Daraus würde folgen, daß der Gehilfe, der selbst keine niedrigen Beweggründe hat, nur wegen Beihilfe zum Totschlag zu bestrafen wäre. Für diese Beihilfe gilt zwar nicht die Mußmilderung des § 50 Abs. 2 n. F., sondern nur die allgemeine Kannmilderung für die Beihilfe. Trotzdem wäre die für die Verjährung nach § 67 StGB zugrunde zu legende Höchststrafe fünfzehn Jahre Zuchthaus, weil die für die besonders schweren Fälle des Totschlags angedrohte Strafe (lebenslanges Zuchthaus) für die Frage der Verjährung außer Betracht bleiben muß (BGHSt. 2, 181, 183).

III. Die hier vertretene Auslegung des Begriffs der „persönlichen Merkmale“ entspricht der Gesetzesgeschichte und der Begründung zu § 33 EStGB 1962 und zum § 50 Abs. 2 und 3 im Entwurf zum EGOWiG Kabinettsvorlage. Der eingangs erwähnte Beschluß der großen Strafrechtskommission vom Februar 1955 beruht auf einem Referat Gallas (Niederschriften 2. Band S. 72f.). Dieser hatte ausgeführt, es komme darauf an, vorübergehende seelische Haltungen in die zu berücksichtigenden persönlichen Merkmale einzubeziehen. Ferner hatte er dargelegt, daß dort, wo die gesetzliche Strafdrohung davon abhängt, daß der Täter aus niedrigen Beweggründen, aus Habgier oder dergleichen handle, für den Teilnehmer, bei dem dies nicht der Fall sei, jedenfalls eine Strafmilderung vorgesehen werden müsse. Wie oben ausgeführt, hat dann die Kommission den von der Unterkommission formulierten Vorschlag, der dem jetzigen § 50 Abs. 2 und Abs. 3 entspricht, einstimmig angenommen, und die Bestimmung ist dann in den §§ 33 E 1962 aufgenommen worden. Zu der hier interessierenden Frage heißt es in der Begründung zu § 33:

Unter „besonderen persönlichen Merkmalen“ versteht der Entwurf, wie sich schon aus § 14 Abs. 1 ergibt, „besondere persönliche Eigenschaften, Verhältnisse oder Umstände“. § 50 Abs. 2 StGB spricht nur von „besonderen persönlichen Eigenschaften oder Verhältnissen“ und läßt hierbei ungeklärt, ob hierunter nur fällt, was eine gewisse Dauer hat, oder ob von dieser Bestimmung auch vorübergehende seelische Haltungen (z. B. „aus Habgier“, „böswillig“, „gewissenlos“) umfaßt werden. Der Entwurf stellt das dadurch klar, daß er unter den Oberbegriff der „besonderen persönlichen Merkmale“ erkennbar auch besondere persönliche Umstände, die nur vorübergehender Natur sein können, einbezieht.

Diese Begründung ist fast wörtlich in die Begründung der Kabinettsvorlage zum Entwurf des EGOWiG übernommen worden. Es heißt dort auf S. 61:

Der in § 50 eingefügte Abs. 2, der dem § 33 Abs. 1 E 1962 entspricht, führt in das Strafgesetzbuch den Oberbegriff der „besonderen persönlichen Merkmale“ ein, der nicht nur besondere persönliche Eigenschaften und Verhältnisse umfaßt, wie sie der bisherige § 50 Abs. 2 allein erwähnt, sondern daneben auch besondere Umstände (vgl. auch § 14 Abs. 1 E 1962). Damit soll klar gestellt werden, daß auch Merkmale vorübergehender Art einbezogen sind, soweit es sich um persönliche, d. h. nicht um tat-, sondern um tätbezogene Umstände handelt; hierher gehören auch sogenannte Gesinnungsmerkmale wie „böswillig“, „gewissenlos“, „aus Habgier“. Es erscheint gerechter, wenn in allen derartigen Fällen besondere Strafdrohungen nur für den Täter und Teilnehmer gelten, bei dem die maßgebenden Merkmale gegeben sind.

Das in beiden Begründungen erwähnte Merkmal aus „Habgier“ ist ein Unterfall der niedrigen Beweggründe im § 211 StGB.

IV. Ob der Gehilfe aus niedrigen Beweggründen gehandelt hat, ist Tatfrage des Einzelfalls. An seine Beweggründe ist aber ein strenger Maßstab anzulegen, wenn er weiß, daß er zu Massenvernichtungen hilft.



BX

V  
1. 26.12.1968 mit B. u. K.  
2. 01.01.1969 B. 4.3.69  
f

## AUS WISSENSCHAFT UND PRAXIS

## Der § 50 StGB n. F. und die Verjährung beim Mord

Von Prof. Dr. HORST SCHRÖDER, Tübingen

Seit dem 1. Oktober 1968 gilt § 50 StGB in der Fassung des Einführungsgesetzes zum Ordnungswidrigkeitengesetz. Wie stets bei gesetzgeberischen Veränderungen ist es unmöglich, alle Konsequenzen und Nebenreaktionen einer solche Regelung vorherzusehen, so daß die Praxis schon bald nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes mit Fragen konfrontiert wird, die bei den Vorarbeiten des Gesetzgebers von niemandem gesehen worden sind. Dies läßt jedes Unternehmen einer solchen Art als mit Unsicherheiten belastet erscheinen, die nur dann in Kauf genommen werden können, wenn die am Hauptpunkt anzubringende Remedur unerläßlich erscheint.

Eine der Fragen, die bei den Vorarbeiten zum ECOWiG offensichtlich übersehen worden ist, ist die, welche Konsequenzen die Neugestaltung des § 50 für die Verjährung hat, insbesondere für das Problem der Verjährung der Teilnahme am Mord, da § 50 Abs. 2 — unter Zugrundelegung der Judikatur des BGH zum Verhältnis der §§ 211, 212 — möglicherweise eine obligatorische Reduzierung der Strafe erfordern würde. Die damit aufgeworfenen Fragen sollen hier einer näheren Untersuchung unterzogen werden.

## I.

Die wichtigste Neuerung innerhalb des § 50 besteht in dem neu eingefügten Abs. 2. Danach muß bei Delikten, bei denen persönliche Merkmale strafbegründend wirken, die Strafe für denjenigen Teilnehmer, der diese Merkmale selbst nicht besitzt, reduziert werden. Diese Regelung stellt gegenüber dem bisherigen Rechtszustand zweifellos einen beachtlichen Fortschritt dar. Die bisher durchaus herrschende Meinung vertrat nämlich den Standpunkt, daß für die strafbegründenden persönlichen Umstände, da sich § 50 Abs. 2 a. F. nur auf strafmodifizierende und strausschließende Merkmale bezog, der Grundsatz der Akzessorietät gelte<sup>1</sup>. Dies bedeutete, daß Anstifter und Gehilfen zu echten Sonderdelikten der gleichen Strafdrohung unterworfen waren, die für den Täter galt, obwohl sie die Tat als Täter niemals hätten begehen können und es gerade die Täterqualität ist, die das Gesetz zur Pönalisierung bestimmter Verhaltensweisen veranlaßt hat. Bei der Beihilfe konnte hier mit der fakultativen Strafherabsetzung ein gewisser Ausgleich geschaffen werden; bei der Anstiftung war dies jedoch nicht möglich. Betrachtet man z. B. mit der Judikatur die Begünstigung im Amt als echtes Sonderdelikt<sup>2</sup>, so bedeutete dies, daß die Anstiftung durch einen Nichtbeamten der hohen Zuchthausstrafdrohung des § 346 unterlag, obwohl die Begünstigung als solche nach § 257 nur mit einer relativ geringfügigen Strafe (Geldstrafe oder Gefängnis bis zu einem Jahr) bedroht ist.

Nunmehr bestimmt § 50 Abs. 2 n. F., daß die Strafe für alle diejenigen Beteiligten, die die Täterqualität nicht besitzen, nach Versuchsgrundsätzen „zu mildern“ ist.

Was dies bedeutet, kann bei den einzelnen Typen der Straf-

drohungen zweifelhaft sein, da bei einigen von ihnen eine Unterschreitung des Mindestbetrages der regulären Strafe möglich ist, bei anderen dagegen deshalb nicht in Betracht kommt, weil der Regelstrafrahmen die geringste gesetzlich mögliche Strafe in sich schließt. Diese Frage hat bisher im Rahmen des § 44 nur insofern eine Rolle gespielt, als man sich gefragt hat, ob von der Strafmilderung des § 44 nur dann Gebrauch gemacht worden sei, wenn der Regelstrafrahmen unterschritten werde, oder ob die Milderung für den Versuch auch innerhalb des Regelstrafrahmens stattfinden könne<sup>3</sup>. Gerade weil aber bei bestimmten Strafdrohungen eine Unterschreitung des Regelstrafrahmens deswegen ausgeschlossen ist, weil dieser bereits die gesetzlich mögliche Mindeststrafe umschließt, dürfte die Antwort auf diese Frage nicht schwierig sein. Lautet z. B. die Strafdrohung, wie in vielen Fällen, auf Gefängnis, so ist der Mindestbetrag nach § 16 Abs. 1 ein Tag. Eine Unterschreitung in Anwendung des § 44 wäre ausgeschlossen. Bei anderen Strafdrohungen hingegen eröffnet § 44 die Möglichkeit, die gesetzliche Mindeststrafe zu unterschreiten, so vor allem bei Zuchthausstrafen, bei denen der Richter in Anwendung des § 44 auf Strafen unter einem Jahr erkennen und diese dann nach § 21 in Gefängnis umwandeln kann. Aus diesen Gründen ist der Auffassung zuzustimmen, daß die Strafherabsetzung im Rahmen des § 44 auch innerhalb des Regelstrafrahmens geschehen kann. Andernfalls käme man zu dem widersinnigen Ergebnis, daß bei einer Strafdrohung, die auf Gefängnis lautet, die Strafmilderung innerhalb des Regelstrafrahmens von einem Tag bis zu fünf Jahren festzusetzen wäre, während bei der — schwereren — Strafdrohung „Gefängnis nicht unter einem Jahr“ der Richter die Strafe nur dann gemildert hätte, wenn er unter dem Betrag von einem Jahr geblieben wäre.

Diese Grundsätze müssen auch für die obligatorische Strafherabsetzung des § 50 Abs. 2 gelten. Auch diese kann nicht bedeuten, daß der Richter den Regelstrafrahmen unterschreiten müsse, weil dies bei zahlreichen Strafdrohungen ohnedies nicht zulässig wäre. Er kann daher der Anordnung des § 50 Abs. 2 auch dadurch entsprechen, daß er innerhalb des Regelstrafrahmens eine Strafe festsetzt, die der obligatorischen Strafmilderung des § 50 Abs. 2 Rechnung trägt. Die Höchststrafe liegt dann um eine Einheit unter der normalen Höchststrafe. Die Gefahr einer solchen Entscheidung liegt allerdings darin, daß eine obligatorische Strafmilderung innerhalb des Regelstrafrahmens von den Gerichten nicht immer hinreichend deutlich gemacht werden kann. Der Gesetzgeber hätte wesentlich besser daran getan, wenn er als Form einer obligatorischen Strafherabsetzung die Begrenzung des Regelstrafrahmens nach oben gewählt hätte, also z. B. bestimmt hätte, daß bei einer Gefängnisstrafe für den Fall des § 50 Abs. 2 höchstens zwei oder drei Jahre Gefängnis verhängt werden dürfen.

Diese Problematik besteht freilich nur für die Fälle einer zeitigen Freiheitsstrafe bzw. einer nur relativ bestimmten Strafdrohung. Bei absoluten Strafdrohungen, die sich im StGB nur in §§ 211, 220 a finden, gibt es keinen Strafrahmen, so daß hier aus § 44 Abs. 2 der Schluß zu ziehen ist, daß bei obligatorischer Strafherabsetzung an die Stelle der lebenslangen Zuchthausstrafe eine zeitige treten muß.

<sup>1</sup> BGHS: 1, 368 (= JZ 52, 85; dazu Welzel JZ 52, 72); 5, 81; Baumann, Strafrecht AT, 4. Aufl. 1966, S. 574; Mezger in LK, § 50 Anm. 9; Schönke-Schröder, 13. Aufl., § 50 Nr. 23; Schwarz-Dreher, 29. Aufl., § 50 Anm. 3.

<sup>2</sup> BGHS: 5, 81.

<sup>3</sup> Vgl. Schönke-Schröder, § 44 Anm. 3.



## II.

Die zweite bedeutsame Änderung innerhalb des § 50 besteht in der Erweiterung der Umstände, die für die Höhe der Bestrafung der einzelnen Beteiligten maßgeblich sein können. Die Rechtsprechung hatte aus der Formulierung des § 50 Abs. 2 a. F. "... persönliche Eigenschaften oder Verhältnisse" den Schluß gezogen, daß es sich um Momente von einer gewissen Beständigkeit handeln müsse, daß also § 50 Abs. 2 nicht anwendbar sei, wenn ein Straftatbestand die Höhe der Bestrafung von dem Vorhandensein bestimmter (nur vorübergehend bestehender) Absichten oder Tendenzen abhängig mache<sup>4</sup>. Sei dies der Fall, so müsse vielmehr das Prinzip der Akzessorietät gelten, den Anstifter und Gehilfen, der selbst ohne eine entsprechende Absicht oder Tendenz gehandelt hat, also die erhöhte Strafe des Täters treffen, sofern er von dem Vorhandensein jener subjektiven Einstellung des Haupttäters Kenntnis gehabt habe.

Indem § 50 Abs. 2 nunmehr unter dem Oberbegriff „besondere persönliche Merkmale“ außer den Eigenschaften und Verhältnissen auch die persönlichen „Umstände“ erwähnt, enthält er eine deutliche Entscheidung des Gesetzgebers für die im Schrifttum<sup>5</sup> schon immer vertretene weitere Auslegung, wonach auch nur vorübergehende Absichten, Tendenzen und Motive in den Wirkungsbereich des § 50 einzubeziehen seien. Wird z. B. die Strafe erhöht, weil der Täter aus Eigennutz gehandelt hat, so trifft den Teilnehmer, der ohne eine entsprechende Tendenz gehandelt hat, nicht die erhöhte, sondern die normale Strafe. Dies kann auf Grund der Neufassung des § 50 schwerlich mehr in Zweifel gezogen werden und gilt wegen der einheitlichen Definition der persönlichen Merkmale in § 50 Abs. 2 gleichermaßen für strafbegründende wie für strafmodifizierende oder -ausschließende Merkmale.

Dennoch ist nicht zu erkennen, daß die Problematik der persönlichen Merkmale in § 50 nicht einheitlich verstanden werden kann. Macht nämlich der Gesetzgeber die Strafbarkeit einer Handlung davon abhängig, daß sie von einer bestimmten Person vorgenommen wird, so prägt dies nahezu immer auch die Tat als solche. Der Tatbestand der Rechtsbeugung (§ 336) kann z. B. nicht allein als eine Bestimmung verstanden werden, die die besondere Stellung eines Beamten oder Schiedsrichters betrifft, sondern kennzeichnet zugleich den besonders gefährlichen und staatschädigenden Charakter der in § 336 beschriebenen Handlung. Das gleiche gilt etwa für die Verfolgung Unschuldiger (§ 345). Daraus ergibt sich, daß nur eine Einzelanalyse der verschiedenen Sonderdelikte eine Entscheidung darüber ermöglicht, ob im konkreten Fall ein tat- oder täterbezogenes Merkmal vorliegt. Die Aufgabe des § 50 Abs. 2, die Täterstrafe für denjenigen zu beseitigen, der selbst nicht Täter hätte sein können, bedingt jedenfalls seine Anwendung in allen Fällen, in denen die persönliche Stellung des Haupttäters jedenfalls auch eine das Unrecht der Tat bestimmende Rolle spielt.

## III.

Um nun die Frage entscheiden zu können, welche Bedeutung der Neufassung des § 50 für die Verjährung nach § 67 im Rahmen der Tötungsdelikte zukommt, ist zuvor erforderlich, das Verhältnis der §§ 211, 212 zueinander zu klären. Denn je nachdem, ob man in den Merkmalen, die eine Tötung zum Mord machen, strafbegründende oder strafferhöhende Umstände erblickt, würde für die Teilnahme an Tötungsdelikten § 50 Abs. 2 oder Abs. 3 Anwendung zu finden haben.

Die Rechtsprechung des BGH hat stets an dem Grundsatz festgehalten, daß sich Mord und Totschlag als begrifflich verschiedene Formen vorsätzlicher Tötung gegenüberstünden und deshalb die den Mord ergebenden Umstände des § 211 eine strafbegründende Natur besäßen<sup>6</sup>. Der Mord wird daher nicht

als ein schwerer Fall des Totschlags angesehen, sondern als etwas von diesem Verschiedenes und begrifflich Selbständiges.

Von der Richtigkeit dieser Ausgangstheorie hängt die Entscheidung darüber ab, ob bei der Teilnahme am Mord der Grundsatz der Akzessorietät Anwendung zu finden hat und damit wegen der strafbegründenden Natur dieser Umstände § 50 Abs. 2 gilt oder ob diese Fälle nach § 50 Abs. 3 zu behandeln sind, weil es sich um Umstände handelt, die die Strafbarkeit lediglich für die in § 211 genannten Fälle erhöhen.

Folgt man dem BGH, so ist es in der Tat folgerichtig, wenn er in den Merkmalen des § 211 solche strafbegründender Natur gesehen und auf Grund dieser Tatsache Akzessorietätsregeln angewendet hat. Man mußte dann dem Teilnehmer am Mord die Tat des Haupttäters in vollem Umfang anlasten, auch wenn er selbst diese Umstände nicht verwirklichte, sofern er nur das Vorliegen der konstituierenden Voraussetzungen des § 211 beim Haupttäter gekannt hatte. Dies bedeutete zugleich, daß die absolute Strafdrohung des § 211 schlechthin auch für den Teilnehmer galt, und zwar auch für den Gehilfen, da die fakultative Strafmilderung des § 49 i. V. mit § 44 an der Tatsache nichts zu ändern vermochte, daß die regelmäßige Strafe für Teilnahme am Mord die lebenslange Zuchthausstrafe war. Für die Verjährung wurde dies allgemein dahin verstanden, daß nach § 67 Anstiftung wie Beihilfe wegen der lebenslangen Zuchthausstrafdrohung unter einer Verjährungsfrist von 20 Jahren standen<sup>7</sup>.

Legt man diese Auffassung des BGH über das Verhältnis von Mord und Totschlag zueinander weiterhin zugrunde, so könnte in der Tat nunmehr die Anwendung des für strafbegründende Tatbestandsmerkmale geltenden § 50 Abs. 2 zu anderen Ergebnissen führen. Greift nämlich § 50 Abs. 2 i. V. mit § 44 Abs. 2 zugunsten eines Teilnehmers ein, so kann dies nur zur Folge haben, daß für diese Teilnehmer am Mord an die Stelle der lebenslangen Zuchthausstrafe eine solche nicht unter drei Jahren tritt, daß also insoweit für Anstifter und Gehilfen die lebenslange Zuchthausstrafe unter keinem Aspekt mehr als angedroht betrachtet werden kann. Denn eine Strafe, die nicht verhängt werden darf, kann auch nicht angedroht sein.

Das aber würde im Rahmen des § 67 zu der Konsequenz führen, daß die Verjährung für Teilnahme am Mord bereits nach Ablauf von 15 Jahren eingetreten ist. Diese Tatsache ist auch, solange für Beihilfe und Versuch die obligatorische Strafmilderung bestand, für die ganz überwiegende Meinung niemals zweifelhaft gewesen. Der Zwang zur Herabsetzung der Strafe bedeutet eben bei absolut bestimmten Strafen eine inhaltliche Veränderung der Strafdrohung, so daß die abweichende Meinung von *Liszt-Schmidt*<sup>8</sup> im geltenden Recht keine Stütze findet.

Zugunsten welcher Teilnehmer aber § 50 Abs. 2 diese Folge haben wird, hängt von der Entscheidung der Frage ab, welche der in § 211 genannten Umstände als persönliche Merkmale i. S. des § 50 Abs. 2 angesehen werden können. Bei der Heimtücke<sup>9</sup> und bei der Tötung mit gemeingefährlichen Mitteln würde diese Frage wohl eindeutig zu verneinen sein. Für die erste und dritte Gruppe des § 211 dürfte dies jedoch kaum bestritten werden können.

Zwar hat das Bundesjustizministerium in Presseverlautbarungen den Standpunkt eingenommen, daß die niedrigen Beweggründe des § 211 tatbezogen seien und damit § 50 Abs. 2 nicht zur Anwendung komme. Es hat sich dabei auf die Judikatur des BGH berufen, jedoch zu Unrecht. Die Entscheidung BGHSt 17, 216 enthält zu dieser Frage keine ausdrückliche Stellungnahme, sondern bezieht sich auf BGHSt 1, 368 (= JZ 52, 85; dazu *Welzel* JZ 52, 72). In dieser Entscheidung hat aber der BGH an keiner Stelle den Standpunkt eingenom-

<sup>4</sup> Vgl. insbes. RGSt 56, 26.

<sup>5</sup> Vgl. *Mezger* in LK, § 50 Anm. 10 a. E.; *Schönke-Schröder*, 13. Aufl., § 50 Anm. 15; *Schwarz-Dreher*, 29. Aufl., § 50 Anm. 2 A; *Welzel* JZ 1952, 74.

<sup>6</sup> BGHSt 1, 368; 2, 255; 6, 330; 9, 385, 389 (= JZ 57, 385, 386 mit Anm. v. Jescheck).

<sup>7</sup> Vgl. *Schönke-Schröder*, § 67 Anm. 20; *Schwarz-Dreher*, § 67 Anm. 2 A.

<sup>8</sup> Lehrbuch des Strafrechts, 25. Aufl., § 77 I.

<sup>9</sup> Vgl. hierzu i. S. des Textes: BGHSt 5 StR 689/68 v. 14. 1. 1969 (noch nicht veröffentlicht).



men, daß die niedrigen Beweggründe allein die Tat des Mörders als besonders schwerwiegend kennzeichneten. Dies wäre auch offensichtlich unrichtig, da die gewinnsüchtige Absicht (z. B. des § 133 Abs. 2) stets als Muster einer persönlichen Strafmodifizierung angeführt worden ist. Für die Habgier des § 211 würde dann nichts anderes gelten können, und das gleiche muß für alle Motive angenommen werden, die eine Tötung nach § 211 zum Mord machen. In BGHSt 1, 371 ging es vielmehr um die Feststellung, daß die niedrigen Beweggründe den Unrechtsgehalt der Tat bestimmen und nicht die Schuld. Diese Feststellung mag für § 50 Abs. 1, worauf sie sich in der Entscheidung des BGH bezieht, diskutabel sein. Sie gilt jedoch ganz sicher nicht im Rahmen des § 50 Abs. 2, da die persönlichen Merkmale keineswegs solche zu sein brauchen, die die Schuld des Täters betreffen. Vielmehr gilt § 50 auch für Umstände, die das Unrecht der Tat modifizieren, und er ist auch niemals anders verstanden worden, wie seine Anwendung auf die unedlen Amtsdelikte, bei denen unzweifelhaft eine Unrechtsmodifizierung vorliegt, beweist.

## IV.

Im Gegensatz zu dieser Rechtsprechung des BGH, der Mord und Totschlag als begrifflich selbständige Fälle vorsätzlicher Tötung ansieht, hat die im Schrifttum absolut vorherrschende Auffassung den § 211 als eine Strafschärfung gegenüber § 212 verstanden und sich deshalb die Frage vorgelegt, in welchem Umfang § 50 Abs. 2 a. F. auf die einzelnen (straferhöhenden) Umstände des § 211 anwendbar sei. Dies hängt davon ab, in welchem Umfang man die Merkmale des Mordes als persönliche im Sinne des § 50 anerkennt, eine Frage, die überwiegend schon nach altem Recht dahin beantwortet worden ist, daß für die erste und dritte Gruppe § 50 Abs. 2 a. F. für anwendbar erklärt wurde, während dies für die mittlere Gruppe (heimtückisch, grausam oder mit gemeingefährlichen Mitteln) abgelehnt worden ist<sup>10</sup>.

Soweit danach § 50 für die Mordmerkmale anzuwenden ist, ist im Einzelfall danach zu unterscheiden, bei welchem der Beteiligten diese Merkmale vorgelegen haben.

Begeht z. B. der Haupttäter einen Mord, ohne daß bei Anstifter und Gehilfen die qualifizierenden Umstände vorgelegen haben, so unterstehen letztere wegen § 50 Abs. 3 den Strafsätzen des § 212, während der Haupttäter aus § 211 verurteilt wird. Umgekehrt kann aber dann auch ein Anstifter oder Gehilfe aus § 211 verurteilt werden, obwohl der Haupttäter nur wegen eines Totschlags verurteilt wird. In dem vom BGH in BGHSt 1, 368 als Anstiftung zum Totschlag gewürdigten Fall mußte daher der Anstifter aus § 211 verurteilt werden, während bei den Haupttätern nur Totschlag angenommen worden ist.

In diesem Fall hatte bei Kriegsende, als alliierte Truppen eine deutsche Ortschaft besetzt hatten, der Täter Soldaten dieser Einheit aufgefordert, einen deutschen Polizeibeamten zu verhaften und zu erschießen, und wahrheitswidrig angegeben, der Denunzierte habe mehrere Fremdarbeiter erschossen. Die Soldaten kamen ohne weiteres der Aufforderung des Angeklagten nach.

Der BGH konzidierte, daß der Angeklagte aus niedrigen Beweggründen gehandelt habe, nahm jedoch dennoch nur Anstiftung zum Totschlag, als den er die Tat der Soldaten würdigte, an, weil im Verhältnis der §§ 211, 212 zueinander die oben gekennzeichneten Beziehungen bestünden.

Von seinem Standpunkt aus scheint das Ergebnis des BGH folgerichtig zu sein. Es fragt sich jedoch, ob diese Rechtsprechung richtig war oder ob nicht in diesem Fall — ohne Rücksicht auf § 50 alter oder neuer Fassung — aus allgemeinen Erwägungen der „Teilnehmer“ als mittelbarer Täter eines Mordes anzusehen gewesen wäre. Denn er erfüllt in seiner Person die tatbestandlichen Voraussetzungen des § 211, die, wie er weiß, beim Werkzeug nicht vorliegen. Bei dem ähnlichen Fall, wenn

bei einem echten Amtsdelikt der Beamte sich eines Nichtbeamten zur Ausführung der Tat bedient, wird dieses Ergebnis auch kaum streitig sein.

## V.

Zusammenfassend läßt sich also für die Auswirkungen des § 50 n. F. auf die Verjährung folgendes feststellen.

1. Legt man die Abgrenzung zwischen Mord und Totschlag zugrunde, wie sie die Rechtsprechung bisher vorgenommen hat, so verbleibt es bei der 20jährigen Verjährungsfrist in allen Fällen, in denen innerhalb des § 211 nicht persönliche Merkmale die Tat zum Mord machen, wie bei Heimtücke oder gemeingefährlichen Mitteln. Hier gilt der Grundsatz der Akzessorietät ohne Einschränkung. Auch die Teilnahme am Mord ist hier mit lebenslanger Zuchthausstrafe bedroht.

In den Fällen dagegen, in denen es sich um strafbegründende persönliche Merkmale handelt, wie vor allem bei den Motiven der ersten Gruppe innerhalb des § 211, muß in Anwendung des § 50 Abs. 2 die Strafe gemildert werden, wenn diese Umstände zwar beim Haupttäter, nicht dagegen beim Anstifter oder Gehilfen vorgelegen haben. Dies wird bei den sogenannten Kriegsverbrecherprozessen, bei denen die Verjährung die Öffentlichkeit besonders bewegt hat, relativ selten der Fall sein. Auch die sogenannten Schreibtischtäter dürften regelmäßig ihre Taten aus niedrigen Beweggründen begangen haben.

Würde umgekehrt ein persönliches Merkmal beim Teilnehmer, nicht dagegen beim Haupttäter vorliegen, so ergibt sich aus § 50 Abs. 2 nichts gegen die bisherige Rechtsprechung<sup>11</sup>, d. h. also Bestrafung des Teilnehmers aus § 212 und Verjährung in 15 Jahren. Nur dann, wenn man hier nach allgemeinen Grundsätzen statt Teilnahme mittelbare Täterschaft zum Mord annehmen würde, der Anstifter oder Gehilfe also, der seinerseits aus niedrigen Beweggründen gehandelt hat, aus § 211 verurteilt werden müßte, würde die Tat erst in 20 Jahren verjähren.

2. Mit diesen Ergebnissen stimmen diejenigen überein, die sich bei der Anwendung des § 50 Abs. 3 auf unseren Problemkreis ergeben. Bei den Umständen des § 211, die keine persönlichen Merkmale darstellen, findet § 50 auch nach dieser Auffassung keine Anwendung.

Soweit es sich dagegen um persönliche Merkmale im Sinne des § 50 Abs. 3 handelt, sind sie bei jedem Beteiligten zu berücksichtigen, bei dem sie vorliegen, so daß beim Zusammenwirken mehrerer zum Mord sowohl nur der Haupttäter wie auch nur der Teilnehmer wie endlich beide aus § 211 verurteilt werden können. Je nachdem, welcher dieser Fälle vorliegt, beträgt die Verjährungsfrist 20 oder 15 Jahre, und zwar gleichgültig, ob man in Anwendung des § 50 Abs. 3 bei einigen der Beteiligten nur zu einer Verurteilung aus § 212 kommt oder nicht.

3. Nach beiden Auffassungen sind also die kritischen Fälle nur die, in denen persönliche Merkmale im Sinne des § 50 zwar beim Haupttäter, nicht dagegen bei den Teilnehmern vorgelegen haben. Hier aber läßt sich die Konsequenz, die sich aus § 50 ergibt, nicht hinwegdiskutieren: Der Teilnehmer untersteht nur einer zeitigen Zuchthausstrafandrohung, die Verjährungszeit für seine Tat beträgt nach § 67 nur 15 Jahre.

<sup>10</sup> Maurach, Deutsches Strafrecht, 4. Aufl., S. 36; Mezger in LK, § 50 Anm. 11; Schaefer in LK § 211 Anm. IV; Welzel JZ 1952, 75.



1 Js 1/64 (RSHA)

B e r i c h t

über einen am 6. März 1969 vom Unterzeichneten beim DC erstatteten  
Besuch zur Fortsetzung der Aktenarbeit

---

Der Unterzeichnete wurde heute vom Leiter des DOCUMENT CENTER, Mr. Byers im Beisein von KOM Münchenberg und Fräulein Tietze vom DC empfangen. Mr. Byers teilte mit, daß kürzlich eine Auswertungsgruppe von sechs Staatsanwälten der Zentralen Stelle unter Leitung von Oberstaatsanwalt Dr. Artzt sämtliche im DC neu aufgefundenen etwa 300 Kisten Aktenmaterial durchgesehen und in Zusammenarbeit mit dem DC eine detailliertere Inhaltsliste zusammengestellt hat. Die Namen der zur Arbeitsgruppe gehörenden Staatsanwälte, der Umfang ihrer Auswertungstätigkeit und die Zeit, zu der sie die Auswertung vorgenommen haben, wurde nicht beantwortet. Auf Bitten des Unterzeichneten an Frau Tietze, ihm eine Ablichtung der Inhaltsliste auszuhändigen, nahm diese Rücksprache mit Mr. Byers, der mitteilen ließ, daß eine Ablichtung nicht erteilt werden könne, dem Unterzeichneten jedoch freigestellt werde, ihn interessierende Teile der Liste zu notieren. Unterzeichneter fertigte anliegenden Auszug der Inhaltsliste an.

Die Auswertung der 15 Kisten DRK-Material (Kriegsgefangenen-Stalagkarten, Unterlagen von Zivilinternierten und Juden verschiedener Nationalitäten) wurde seit Anfang Februar 1969 von Frau Tietze ohne weitere Mitwirkung von KOM Münchenberg fortgesetzt und ist bis auf eine Kiste abgeschlossen. Dem Unterzeichneten und KOM Münchenberg wurden heute die Aktenteile zur Sichtung übergeben, die RSHA-Material und damit in Zusammenhang stehenden Schriftverkehr (überwiegend Anfragen aus der Kriegszeit) enthalten. KOM Münchenberg wird nach heute erfolgter Einarbeitung durch den Unterzeichneten diese Sichtung fortsetzen und in der nächsten Woche voraussichtlich abschließen.



Mr. Byers bat den Unterzeichneten, er möge sich bei allen weiteren, die Auswertung vorhandener Aktenbestände betreffenden Fragen mit ihm unmittelbar ins Benehmen setzen, er würde von ihm jede hierzu erforderliche Auskunft erhalten. Auf Bitten des Unterzeichneten sagte Mr. Byers zu, die in Ablichtung erbetenen ausgewerteten Aktenteile mit einem DC-Stempel als Beglaubigungsvermerk versehen zu lassen, sagte jedoch eine erbetene unterschriftlich vollsogene Beglaubigung nicht verbindlich zu.

Unterzeichneter beabsichtigt in der Zeit vom 19. bis 27. März 1969 mit Mr. Byers eine weitere Besprechung zu führen, um die interessierenden KL-Unterlagen aus den Kisten Nr. 69, 114, 115, 152, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165 zu sichten.



## Auszugsweise Abschrift

einer Inhaltsliste des DC, die dort in Zusammenarbeit mit einer Arbeitsgruppe der Zentralen Stelle in Ludwigsburg gefertigt worden ist.

---

- |            |   |
|------------|---|
| 1. - 15.   | DRK-Material (Kriegsgefangenen-Stalagkarten, Kriegsgefangenen-Unterlagen, Zivilinternierte und Juden verschiedener Nationalitäten usw.) |
| 19.        | Angehörige diverser Ministerien (AA), Aufstellung nach 1945   |
| 29. - 33.  | Entnazifizierungskarten   |
| 35. - 49.  | Entnazifizierungskarten   |
| 67. - 68.  | Unsortierte Spruchkammerakten   |
| 69.        | Unterlagen diverser KL (Flossenbürg, Lichtenberg, Sachsenhausen)  |
| 70.        | Spruchkammerunterlagen  |
| 73.        | Spruchkammerunterlagen  |
| 88.        | Aussagen und Vernehmungen an zur Entnazifizierung   |
| 114.       | Sterbe-Zweitbücher KL Oranienburg, Buchenwald und Transportlisten   |
| 115.       | KL Mauthausen (Häftlingslisten)   |
| 132.       | Karteikarten, betreffend Fremdarbeiter (hauptsächlich Russen in Süddeutschland)   |
| 133.- 135. | Karteikarten betr. Russen in US-Zone  |
| 136.-138.  | Ostarbeiter im Raume Bayern und Hessen  |
| 139.- 142. | Fremdarbeiter diverser Nationalität (auch Kriegsgefangene und Juden)  |
| 143.- 151. | Fremdarbeiter und Kriegsgefangene unbekannter Nationalität, Totenkarten (Ostvölker)   |
| 152.       | KL Buchenwald, Theresienstadt (Transportlisten)   |
| 153.       | Sterbeurkunden usw., KL-Insassen, Häftlingslisten: KL Schoenberg, Dachau usw.   |
| 154.- 156. | Fremdarbeiter und Kriegsgefangene unbekannter Nationalität, Totenkarten (Ostvölker)   |
| 158.       | Ab- und Zugänge, Todesmeldungen KL Mauthausen   |
| 159.       | KL Auschwitz - Häftlingslisten (Zu- und Abgänge)  |



- 160. KL Dachau, Mauthausen, Natzweiler: Totenbücher, Transportlisten
- 161. KL Natzweiler: Totenbücher, Krankenlisten
- 162. KL Flossenbürg, Dora-Mordhausen, Aalen, Bobrek: Krankenlisten, Totenlisten, diverse Korrespondenz
- 163. KL Werl, Wechta, Paderborn, Hamburg: Sterbeurkunden
- 164. KL Groß-Rosen, Neuengamme, Husum, Düsseldorf, Bergendorf: Standesamts- und Sterbeurkunden
- 165. KL Oranienburg, Bergen-Belsen: Sterbe-Zweitbuch (auch Juden)

Diverse Leitordner mit Fotokopien enthaltendes Schriftgut des "Persönlichen Stabes RFSS".



1-104/39

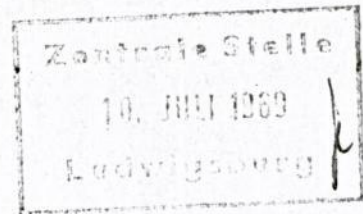
Der Bundesminister der Justiz

- 4000/6 I - 0 - 25 201/69 -

53 Bonn, den 26. Juni 1969

Postfach  
Tel. 20171  
Hausruf 827

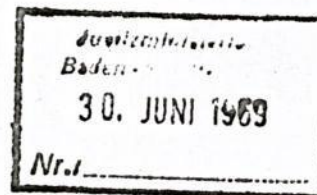
An die  
Zentrale Stelle  
der Landesjustizverwaltungen



714 L u d w i g s b u r g  
Schorndorfer Straße 58

über

das Justizministerium  
Baden-Württemberg.



S t u t t g a r t

Betr.: Auskunft aus den Suchdienstunterlagen des Deutschen Roten Kreuzes an die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg

Bezug: Besprechung zwischen den Herrn RD Maier, OSTa Dr. Rückerl, OSTa Dr. Artzt und LGR Stewen am 12. Mai 1969 in Stuttgart

Am 24. April 1969 hat Herr Dr. Wagner, der Leiter des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes, mit mir erneut die Frage besprochen, in welchem Umfang die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg Auskunft aus den Suchdienstunterlagen des Deutschen Roten Kreuzes erhalten könne.

Herr Dr. Wagner hat vorgeschlagen:

- a) Die Zentrale Stelle solle jeweils nach einer bestimmten Person anfragen und keine Listen übersenden.
- b) Der Suchdienst werde künftig nicht mehr die Zusicherung verlangen, daß mit einer Auskunft aus



seinen Unterlagen keine nachteiligen Folgen für den Betroffenen verbunden seien.

- c) Er werde der Zentralen Stelle in jedem Falle eine entsprechende Mitteilung geben, wenn über die gesuchte Person kein Material vorliege, wenn ihr Tod festgestellt oder sie für tot erklärt worden sei.
- d) Darüber hinaus werde der Suchdienst uneingeschränkt über alle Unterlagen Auskunft geben, die aus amtlichen Quellen stammen (dies seien rund 95 % des Materials).
- e) Er werde auch über Unterlagen aus privater Quelle Auskunft erteilen. Ein Vorbehalt gelte nur für die Fälle, in denen die gewünschten Angaben dem Deutschen Roten Kreuz gegen die ausdrückliche Zusicherung vertraulicher Behandlung gemacht worden seien oder eine solche vertrauliche Behandlung den Umständen nach als gewünscht anzunehmen sei. Der Suchdienst werde diese Angaben nicht ohne das Einverständnis der Gewährspersonen mitteilen. Er sei bereit, in den Fällen, in denen die Zentrale Stelle es wünsche, bei der Gewährsperson um ihr Einverständnis anzufragen.

Ich glaube, daß mit diesem Vorschlag eine für beide Seiten zufriedenstellende Lösung erreicht werden könnte, und darf anregen, im Verkehr mit dem Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes künftig entsprechend zu verfahren. Herrn Dr. Wagner habe ich gebeten, den Suchdienst in diesem Sinne anzuweisen.

Ich wäre dankbar, wenn Sie mir zu gegebener Zeit Ihre Erfahrungen mit dieser Regelung mitteilen könnten.



Im Auftrag

Götz

Beglaubigt

*[Signature]*  
Regierungsangestellter



Die fragwürdige Verjährung der Beihilfe zu NS-Morden

- I A Nach einer eingehenden Stellungnahme des Generalbundesanwalts vom 8.4.1969<sup>1)</sup> erließ der 5.Strafsenat des BGH am 20.5.1969 ein Urteil<sup>2)</sup>, das sich mit den am 1.10.1968 in Kraft getretenen Änderungen des § 50 StGB beschäftigt. Die Vorinstanz hatte den Angeklagten H. wegen Beihilfe zum Mord verurteilt, weil er als Angehöriger des KdS Krakau 1942 und 1943 an "Aussonderungen" von Juden teilgenommen habe. Zwar habe er gewußt, daß die Juden aus Rassenhaß umgebracht werden sollten, jedoch habe er nicht selbst aus niedrigen Beweggründen gehandelt. Aufgrund des Strafrahmens der §§ 211, 50 Abs.2 n.F. und 44 StGB stellte der BGH das Verfahren wegen Verjährung gem. § 67 Abs.1 StGB ein. Diese Entscheidung beruht im wesentlichen auf der Ansicht des Senats, daß dem Angeklagten der Genuß des § 50 Abs.2 StGB einzuräumen sei, weil die - bei ihm fehlenden - niedrigen Beweggründe des § 211 StGB "besondere persönliche Merkmale" i.S. des § 50 Abs.2 n.F. StGB seien.
- B 1a Um die Richtigkeit dieser Auslegung des nicht zum ersten Mal erweiterten § 50 StGB beurteilen zu können, sei ein Rückblick gestattet: 1897 verstand Frank<sup>3)</sup> unter den "persönlichen Eigenschaften und Verhältnissen" i.S. des § 50 StGB nur die "Beschaffenheiten des Wesens eines Menschen" und die "Beziehungen eines Menschen zu einem anderen Menschen oder zu irgend einem Dinge."<sup>4)</sup> Als streitig erachtete Frank, ob § 50 StGB auch die "Rückfälligkeit" und "Gewohnheitsmäßigkeit" umfasse.<sup>5)</sup> Später ließ man eine Berücksichtigung derartiger Kriterien zu, wenn sie von "zuständlich-dauerhafter" Art waren. Dagegen blieben Gesinnungen, Absichten und Motive von § 50 StGB ausgeschlossen, weil sie als "vorübergehend" angesehen wurden.<sup>6)</sup> Mit dieser Bewertung reimte sich nicht, daß z.B. die Beamteneigenschaft kurzlebiger als Rassenhaß oder Habgier sein kann. Auch von der Sache her war die Ein-



teilung in dauernde und vorübergehende Elemente wenig sinnvoll.

- b Eine neuere, 1952 von Welzel eingeleitete Lehre, die gleichzeitig den Weg zu einem erweiterten Anwendungsbereich des § 50 StGB ebnete, zog deshalb die Unterscheidung in tater- und tatbezogene Merkmale vor.<sup>7)</sup> Mit ihr läßt sich deutlich herausstellen, daß die Zueignungsabsicht des § 242 StGB oder die Völkermordabsicht des § 220a StGB tatbezogen sind, weil sie einer - vom Gesetz nicht geforderten - Verwirklichung als Unrecht zugänglich sind, indem sie als Zueignung oder Völkermord in einem äußeren Teil der Tat ihren Niederschlag finden können.<sup>8)</sup> Daß andererseits bereits der abstrakte Generalbegriff der niedrigen Beweggründe des § 211 StGB als taterbezogen zu bewerten sei, wie es der 5. Senat meint,<sup>9)</sup> läßt sich nicht in dieser Allgemeinheit vertreten. Man würde seinen unterschiedlichen Erscheinungen und Zielen nicht gerecht, ordnete man ihn pauschal einer Kategorie zu. Vielmehr muß man den gesetzlichen Maßstab unmittelbar an den konkreten Beweggrund legen. Beschränkt man die Betrachtung vorerst auf den Rassenhaß, so ist die <sup>er</sup>Tatbezogenheit dieses Beweggrundes zu bejahen,<sup>10)</sup> weil er sich nicht unmittelbar realisieren läßt. Handelt z.B. von mehreren Teilnehmern an einer Tötung nur einer aus Rassenhaß, so bleibt dieses Motiv für die anderen ein vorgegebenes psychisches Moment, zu dessen Umsetzung in die Tat sie keinen Beitrag leisten können. Sie verdienen deshalb eine mildere Strafe als derjenige, der das zusätzliche Unrechtselement erfüllt.

- 2 Diese durchaus billige Behandlung wollte die Neufassung des § 50 StGB nach der Begründung der Bundesregierung gewährleisten.<sup>12)</sup> Danach sollten die ergänzend zu den "persönlichen Eigenschaften" und "Verhältnissen" aufgenommenen "Umstände" klarstellen, "daß auch Merkmale vorübergehender Art<sup>13)</sup> einbezogen sind, soweit es sich um persönliche, d.h. nicht um tat-, sondern um taterbezogene Umstände handelt; hierher gehören auch sogenannte Gesinnungsmerkmale wie 'böswillig', 'gewissenlos', 'aus Habgier'." Nach der Sitzungsniederschrift des Sonderausschusses für die Straf-



rechtsreform vom 13.4.1967<sup>14)</sup> trug OLGR Dr. Göhler (BJM) bei der Beratung des Entwurfes der Novelle dieselben Gedanken vor. Gleichzeitig empfahl er, im Hinblick auf den im OWiG eingeführten "Einheitstäter" den Entwurf "schon vorweg" in das StGB aufzunehmen. Nachdem der Vorsitzende, Dr.h.c. Güde, die Begründung zu § 30 AE vorgelesen und Min Dirig.Dr. Dreher (BMJ) auf eine Abweichung in der Fassung aufmerksam gemacht hatte, billigte der Ausschuß den Entwurf einstimmig.

Der Wortlaut der Novelle hätte den ihr zugrundeliegenden gesetzgeberischen Willen sicherlich treffender ausdrücken können.<sup>15)</sup> Jedoch darf dem jetzt zur Verfügung stehenden Wortreichtum mit einer den Gesetzeszweck beachtenden Auslegung das Richtige entnommen werden. Die Novelle kann deshalb - für sich betrachtet - als lange fälliger Fortschritt begrüßt werden.<sup>16)</sup>

C 1 Diese Einstellung kann sich allerdings rasch wandeln, wenn an die Konsequenzen der Neuerung, an eine etwaige Verkürzung der Verjährungsfrist, gedacht wird. Das KG hat sich sogar in einem Beschluß vom 6.1.1969 geweigert, die niedrigen Beweggründe als besondere persönliche Merkmale i.S. des § 50 Abs.2 StGB anzuerkennen.<sup>17)</sup> Eine derartige Subsumtion widerspreche der Rechtsprechung des BGH, von welcher der Gesetzgeber schwerlich habe abweichen wollen. "Andernfalls wäre die Einfügung des § 50 Abs.2 StGB n.F. eine verschleierte Amnestie für den größten Teil der Gehilfen bei nationalsozialistischen Gewaltverbrechen, gegen die das Verfahren dann wegen Verjährung eingestellt werden müßte. Der Senat hält es für ausgeschlossen, daß der Gesetzgeber solche Konsequenzen der neuen Vorschrift, mit der lediglich für diesen Teilbereich die Große Strafrechtsreform vorweggenommen werden sollte (vgl.§ 33 E 62), gewollt hat."

2 Schwerer als diese idealistische Vorstellung wiegt der auch von dem Generalbundesanwalt in seiner Stellungnahme<sup>18)</sup> gegebene Hinweis auf die Rechtsprechung des BGH. Die Erwartungen müssen allerdings gedämpft werden, weil während der Geltung des § 50 Abs. 2 StGB a.F. für den BGH keine Notwendig-



keit bestand, verbindlich zu klären, ob die niedrigen Beweggründe des § 211 StGB "personliche Eigenschaften oder Verhältnisse" i.S. des § 50 Abs.2 StGB a.F. seien.<sup>19)</sup> Vielmehr beschäftigte er sich nur am Rande mit diesem Problem. So heißt es in dem Urteil des 1. Strafsenates vom 9.11.1951<sup>20)</sup>: Bei den §§ 211 und 212 StGB handelt es sich "um zwei selbständige Tatbestände mit verschiedenem Unrechtsgehalt, von denen jeder bestehen könnte, auch wenn es den anderen nicht gäbe. Die Anwendung des § 50 StGB ist deshalb auf den vorliegenden Fall nicht möglich. Es bedarf deshalb keiner Entscheidung, ob Beweggründe überhaupt unter § 50 Abs.2 fallen können." In einem Urteil vom 13.4.1962<sup>21)</sup> entschied der 3. Strafsenat, die verfassungsfeindliche Absicht i.S. des alten § 94 StGB sei zwar kein strafbegründendes, sondern ein strafferhöhendes Merkmal; sie kennzeichne aber in erster Linie die Tat und nicht den Täter. § 50 Abs.2 StGB komme daher nicht dem Teilnehmer zugute, der nicht in verfassungsfeindlicher Absicht gehandelt habe. Zur Veranschaulichung dieses Standpunktes wurden der Rückfall und die Eigenschaft als Gewohnheitsverbrecher zu den täterbezogenen Kriterien gerechnet. "Dagegen charakterisieren bloße Beweggründe, Absichten und ähnliche innere Merkmale im Gesamtbild im allgemeinen weniger den Täter als die Tat; so fällt nach Ansicht des BGH das im § 211 StGB aufgeführte Mordmerkmal des niedrigen Beweggrundes (BGH St.1,268 = NJW 52,110) nicht unter § 50 Abs.2 StGB, weil es in erster Linie die Tat als besonders schwer erscheinen läßt, mag es mitunter außerdem auch den Charakter des Täters beleuchten." Angesichts der nur beiläufigen und recht allgemeinen Ausführungen sowie der nicht einleuchtenden Umdeutung des Urteils vom 9.11.1951 kann diese Entscheidung kaum als Lösung des Problems respektiert werden.

- 3 Der Generalbundesanwalt mußte deshalb in seiner Stellungnahme eine neue Konzeption entwickeln. Wie er hierzu ausführte, spiele sich der niedrige Beweggrund des Rassenhasses zumindest in den "Fällen des staatlich organisierten Massenmordes" nicht "im rein subjektiven Bereich" ab. "Vielmehr



prägt er das äußere Bild der Tat ebenso wie ... beim Völkermord die in § 220a StGB vorausgesetzte Absicht ...". Diese ließe sich aber nicht eindeutig von den niedrigen Beweggründen des § 211 StGB abgrenzen. Es sei deshalb berechtigt, die Frage, ob die niedrigen Beweggründe bei Massenmord täter- oder tatbezogen seien, an § 220a StGB zu orientieren.

- 4 Der 5. Senat verschloß sich diesen noch tastenden Erwägungen. Nach seiner Definition, die er später um die Beispiele der Absicht des Völkermordes gem. § 220a StGB, der Zueignung gem. § 242 StGB und des erschweren Muntbruchs gem. § 235 Abs. 3 StGB bereicherte,<sup>23)</sup> gehören tatbezogene Umstände "nicht zur Person des Täters, sondern zur äußeren Mordtat selbst ...". Demgegenüber seien nach "dem Sprachgebrauch und dem natürlichen Verständnis, niedrige Beweggründe des Mörders zu den besonderen persönlichen Umständen zu rechnen. Das ist auch berechtigt."<sup>24)</sup> Es hält diesem kernigen Satz die Waage, wenn das Urteil weiterhin äußert: "Daß eine scharfe Grenze zwischen der Absicht in § 220a StGB und den niedrigen Beweggründen des § 211 StGB nicht gezogen werden könne, ist unrichtig. Der Generalbundesanwalt räumt ein, daß § 220a StGB nicht auf Taten angewendet werden darf, die begangen worden sind, ehe er in Kraft trat. Auf solche rückwirkende Anwendung laufen aber seine Ausführungen im Ergebnis hinaus."<sup>25)</sup> Mit dieser Flucht nach vorn wich der Senat der von dem Generalbundesanwalt - als notwendigem Ausgangspunkt seiner Überlegungen - betonten Verschiedenheit zwischen gewöhnlichen Morden und den NS-Massenmorden aus.
- 5a Wie Baumann<sup>26)</sup> zutreffend hervorhebt, ist der Verzicht des Senats, andere niedrige Beweggründe als den Rassenhaß überhaupt nur in Betracht zu ziehen, eine aus dem Urteil nicht zu rechtfertigende Unterlassungssünde. War der - allerdings kühne - Vorschlag Baumanns für das Gericht zu ablegen? Zumindest aber die Darlegungen des Generalbundesanwalts hätten dem Senat weiterhelfen können. Verleiten sie nicht zu der Erkenntnis, daß es bereits materiell



nicht genügt, die niedrigen Beweggründe der dem Angeklagten übergeordneten Befehlsgeber lediglich als Rassenhaß zu konkretisieren? Dieses Motiv drückt eine dumpfe Empfindung aus, die gleich dem Neide und der Eifersucht als solche ungefährlich ist, falls sie nicht zu einem böartigen Tatentschluß führt. So zählen zu der unübersehbaren Zahl der Ermordungen von Juden durchaus etliche, die von einzelnen Tätern aus Rassenhaß verübt wurden. Dagegen kommt bei den NS-Spitzenfunktionären als den Hauptschuldigen für den größten Teil der Vernichtungen ein weiteres Moment hinzu. Ihr Wüten wurde ja nicht durch einen, von ihren Opfern erst wachgerufenen Rassenhaß ausgelöst. Vielmehr inszenierten sie das Morden, weil es ihre von Komplexen, Haß und Machtrausch getragene Vorstellung von der "Endlösung der Judenfrage" erfüllen sollte. Dieser Wahnsinn, eine rassische Gruppe ganz oder teilweise zu zerstören, ist ein selbständiger niedriger Beweggrund i.S. des § 211 StGB.<sup>27)</sup> Er ist etwas anderes als der Rassenhaß des Einzelmörders. Er läßt sich auch nicht mit dem Willen vergleichen, zehn oder hundert Menschen aus Rassenhaß zu töten. Ein derartiges Vorhaben dürfte lediglich die Quantität dieses Motivs berühren, ihm aber nicht eine andere Qualität verleihen. Dagegen zielt der niedrige Beweggrund des Völkermordes in seiner Barbarei auf das größte denkbare Unrecht.

- b Die Befürchtung des 5. Senats, die Gedanken des Generalbundesanwaltes könnten die Gefahr einer Rückwirkung des § 220a StGB heraufbeschwören, mag die Frage nahelegen, ob der Beweggrund des Völkermordes vielleicht deshalb nicht im Rahmen des § 211 StGB berücksichtigt werden dürfe, weil er in § 220a StGB als Absicht formuliert wurde. Solche Bedenken würden aber übersehen, daß hier die Absicht einen engeren, von dem Beweggrund umschlossenen Begriff darstellt. In § 220a StGB ist mit Absicht der Täterwille gemeint, der auf einen bestimmten, über die Erfordernisse des objektiven Tatbestandes hinausführenden Erfolg gerichtet ist. Erklärt das Gesetz in dieser Form ein Begehren, das gewöhnlich nur ein Glied einer Kette bildet, für erheblich, dann werden die übrigen, strafrechtlich irrelevanten Glieder als Beweg-



gründe bezeichnet.<sup>28)</sup> Ihr Zusammenhang läßt sich mit einer Schichtung vergleichen, die ihren Anfang in einer erst zum Ausbruch drängenden Empfindung hat und bis zu dem angestrebten eigentlichen Ziele eine immer schärfere Kontur gewinnt. Während jede Stufe als ein Antrieb zu dem Tatentschluß ein Beweggrund ist, kann erst mit der Stufe, die den Charakter des Zielbewußten trägt, von einer Absicht gesprochen werden. Verlangt das Gesetz das Vorliegen einer Absicht, stellt es folglich höhere Anforderungen, als wenn es die allgemeinere Fassung des Beweggrundes verwendet. Die niedrigen Beweggründe i.S. des § 211 StGB umschließen deshalb ihrer Wortbedeutung und ihrem Sinn nach auch Absichten. Sie können deren Beachtung sogar erfordern, weil aus der Reihe der den Tötungsvorsatz tragenden Begehren nicht eines willkürlich herausgegriffen werden darf, sondern zur umfassenden Beurteilung des Unrechtsgehaltes immer von der letzten Stufe vor dem Tatentschluß auszugehen ist. Da diese bei den NS-Spitzenfunktionären das Stadium des Rassenhasses hinter sich gelassen und ihre Ausformung als Völkermordabsicht gefunden hatte, besteht kein Hinderungsgrund, sondern eine Verpflichtung, die Völkermordabsicht als Beweggrund anzuerkennen.

- c Schließlich stößt eine derartige Subsumtion nicht deshalb auf Bedenken, weil für die Fälle einer Tötung in Völkermordabsicht § 220a Abs. 1 Nr.1 StGB dem § 211 StGB gegenüber das spezielle Delikt ist.<sup>29)</sup> Denn dem Ausschließlichkeitsanspruch der Spezialität sind die Tatbestände entzogen, über die das Gesetz wegen des Rückwirkungsverbotes keine Herrschaft ausübt. Es bestand also keine rechtliche Schranke, die es verwehrt hätte, die niedrigen Beweggründe der von dem Angeklagten unterstützten Täter in einer Völkermordabsicht zu sehen. Da diese - wie das Urteils selbst darlegt<sup>30)</sup> - tatbezogen ist und nicht von § 50 Abs.2 StGB umfaßt wird, hätte es nicht zu der Entscheidung kommen müssen.



III/ Ebenso fern wie die Überprüfung des üblicherweise bei NS-Tätern angenommenen -Beweggrund -Begriffs lag dem Gericht die Ausschau nach einem sich aus dem Urteil der Vorinstanz<sup>31)</sup> anbietenden objektiven Mordmerkmal. Über das Schicksal der mit Hilfe des Angeklagten "ausgesonderten" Juden ist in dem Urteil z.B. zu lesen: "... Dort verlud man sie in Viehwaggons und transportierte sie ins Vernichtungslager Belzec, wo sie mittels Motorenabgasen getötet wurden,"<sup>32)</sup> oder: "Insgesamt kamen bei dieser Liquidation mindestens 5000 Juden in das Vernichtungslager Belzec zur Vergasung",<sup>33)</sup> oder: "Alte, Kranke und auch Kinder wurden auf Lastwagen geworfen und in den nahen Wald von Niepolomice gefahren. Dort erschoss man sie vor ausgehobenen Massengräbern."<sup>34)</sup> Zur subjektiven Seite wird festgestellt: "... daß der Angeklagte H... zumindest vom Beginn der Juni-Aktion 1942 an wußte, welches Schicksal den Juden letztlich zgedacht war, daß er wußte, daß sie physisch vernichtet wurden. Unerheblich ist dabei, ob er nähere Kenntnis über die Art und Weise dieser Vernichtung hatte."<sup>35)</sup>

Der Generalbundesanwalt machte auf die Möglichkeit einer grausamen Tötung offenbar nicht vor der mündlichen Verhandlung aufmerksam.<sup>36)</sup> In dem Urteil wird dieser Hinweis erst nach der Erklärung, die Verjährungsfrist betrage "im vorliegenden Falle 15 Jahre"<sup>37)</sup> beantwortet: "Daß den Opfern besondere, über den Tötungszweck hinausgehende Schmerzen und Qualen zugefügt worden seien, hat das Schwurgericht ersichtlich nicht feststellen können."<sup>38)</sup> Auf eine umgehend erhobene sowjetzonale Kritik<sup>39)</sup> soll Sarstedt mit Schreiben vom 30.5.1969<sup>40)</sup> unter anderem mitgeteilt haben: "Die von Ihnen ... erwähnten grausamen Begehungsformen lagen bei H... nach den eindeutigen und erschöpfenden Feststellungen des Schwurgerichts nicht vor."<sup>41)</sup>

III A Weiterhin hatte der Senat zu befinden, ob § 67 Abs.1 StGB durch die Strafmilderung des § 50 Abs.2 StGB berührt wird. Diese Frage ist neu, schwierig und von erheblicher Auswirkung.



Um über den Verdacht erhaben zu sein, sie lediglich aus einem bei vordergründiger Beschäftigung vielleicht nahe-  
liegenden Gefühl beantwortet zu haben, das nicht einmal  
von dem Ergebnis diktiert zu sein braucht, sollte man  
seinen Standpunkt gut begründen. Der Generalbundesanwalt  
hatte dem Senat mit seiner Stellungnahme eine anregende  
Einführung in das Problem vermittelt,<sup>42)</sup> auf deren Linie  
auch eine Kritik an dem Urteil von Gehrling liegt.<sup>43)</sup>  
Da die wegen der wenig zugänglichen Materie u.U. erst  
nach einer Vertiefung ansprechenden Darlegungen auf eine  
Lösung hinauslaufen, wie sie am 1.10.1973 ~~vorerst~~ <sup>gem.</sup>  
~~als~~ § 78 Abs. 4 <sup>2. StG RG</sup> StGB in Kraft tritt,<sup>44)</sup> wird man sie schwer-  
lich als einseitig und indiskutabel abwerten dürfen. Daß  
freilich weder die eine noch die andere Auffassung zwingend  
ist, zeigt die Behandlung des Entwurfes dieser Bestimmung  
vor dem Sonderausschuß für die Strafrechtsreform. Nach  
Sitzungsniederschrift vom 9.5.1968<sup>45)</sup> habe Min Dirig.Dr.Dreher  
auf die Frage des Vorsitzenden Dr.h.c.Güde, "ob der § 127  
Abs.3 des Regierungsentwurfes notwendig und auch sachgemäß  
sei," geantwortet, "daß in dem Alternativ-Entwurf die Be-  
gründung dafür, daß diese Bestimmung nicht notwendig sei,  
nicht zutreffend sei. Wenn § 12 auch die abstrakte Be-  
trachtungsweise für die Einteilung in Verbrechen oder Ver-  
gehen normiere, so sei doch keineswegs selbstverständlich,  
daß diese Regelung auch für die Fristberechnung nach § 127  
gelte. Die Formulierung von Abs.3 entspreche derjenigen,  
die der Ausschuß bei § 12 beschlossen habe." Anschliessend  
nahm der Ausschuß § 127 Abs.3 in der Fassung des Regierungs-  
entwurfes einstimmig an. Für eine gewissenhafte Entscheidung  
wäre also zu erörtern gewesen, ob sich § 67 StGB an § 1  
StGB anlehnt und nach welchem Maßstab sich dessen Einteilung  
richtet. Ferner wäre zu klären gewesen, ob berücksichtigt  
werden darf, inwieweit die "Rechtsgemeinschaft" ein be-  
rechtigtes "Interesse hat, einen Verbrechenkomplex bis zum  
Ablauf der Verjährungsfrist für den Haupttäter aburteilen  
und dabei auch die Gehilfen erfassen zu können,"<sup>46)</sup> und  
inwieweit andererseits die von dem Gesetz den Gehilfen in  
§ 50 Abs.2 StGB verliehene bessere Stellung den Tätern



gegenüber einer konsequenten Beachtung bedarf.<sup>47)</sup>

B 1 Der Senat schlug zur Lösung des Problems einen anderen Weg ein. Ohne theoretischen Ballast wollte er den speziellen Fall des § 50 Abs.2 StGB nach der - von ihm nicht selbst belegten - Rechtsauffassung beurteilen, die früher hinsichtlich der zwingend vorgeschriebenen Strafmilderung für die Beihilfe bestanden habe.<sup>48)</sup> Darüberhinaus vermied es der Senat, sich mit eigenen Gründen auf dieses dogmatische Glatteis zu wagen. Die Berufung auf BGH NJW 1962, 2209 ist kein Ersatz.<sup>49)</sup> In dieser Entscheidung hatte derselbe Senat am 22.5.1962 die 20-jährige Verjährungsfrist für Beihilfe zu einem Mord als richtig erachtet, der Mitte 1941 unter der Herrschaft von § 4 Gewaltverbrecher VO vom 5.12.1939 begangen war. (Diese Bestimmung hatte für die Beihilfe die bisherige obligatorische Milderung der für die vollendete Tat angedrohten Strafe in eine fakultative umgewandelt). Zu Recht ließ sich das Urteil nicht auf die Frage ein, welche Verjährungsfrist im Falle einer obligatorischen Strafmilderung gegolten hätte.

Unergiebig war auch das Zitat der Bemerkung Schröders:<sup>50)</sup> "Der Zwang zur Herabsetzung der Strafe bedeutet eben bei absolut bestimmten Strafen eine inhaltliche Veränderung der Strafdrohung ..." Dieses Kriterium klingt so, als habe der Senat hinsichtlich des § 67 StGB der abstrakten Betrachtungsweise stillschweigend entsagen und darauf abstellen wollen, ob unabhängig von der Regelstrafe jeweils ein Zwang zur Verhängung einer Geld-, Gefängnis- oder Zuchthausstrafe vorliege. Man wird abzuwarten haben, wie das Gericht die Wendung später "klarstellen" wird. Hier sind weniger die von dem Senat geäußerten Ansichten bedeutsam, als der von ihm gepflogene Stil. Die Rücksichtslosigkeit, mit der er bei einer grundsätzlichen Entscheidung über die Verfolgbarkeit von NS-Mordgehilfen schwerwiegende Einwände beiseite schiebt,



oder einfach ignoriert, ist für die unteren Instanzen ein schlechtes Vorbild und einem Außenstehenden schwerlich als ein immer noch nicht ausgemerzter Fremdkörper unseres Rechtsstaates verständlich zu machen.

- IV A Schließlich hatte der Senat zu entscheiden, ob die Verkürzung der Verjährungsfrist rückwirkend zu gelten habe. Unterstellt man mit Körting,<sup>51)</sup> daß sich das Gebot des § 2 Abs.2, S.2 StGB, bei verschiedenen Gesetzen das mildeste anzuwenden, nicht auf die Verjährungsvorschriften beziehe, weil sie keine von dem Rückwirkungsverbot des § 2 Abs.1 StGB betroffenen Gesetze seien, dann ergibt sich als Folge lediglich die Notwendigkeit, nach einer anderen Übergangsregelung zu suchen. Körting sieht sie in dem Grundsatz, daß verfahrensrechtliche Vorschriften nur nach ihrem Inkrafttreten verwirklichte Sachverhalte ergriffen. Die Berufung auf dieses Prinzip wäre z.B. bei Bestimmungen über den Gang der Hauptverhandlung durchaus angebracht. Dagegen erfordert das Institut der Verjährung eine andere Regelung. Durch den - von Körting wohl unterschätzten - § 67 StGB ist es in eine enge Abhängigkeit von dem materiellen Recht gebracht, weshalb sich bei einer Ermäßigung der Strafandrohung - in gewissen Grenzen - auch die Dauer der Verjährungsfrist verringert. Verzichtet das Gesetz rückwirkend auf seine bisherige Strenge, so urteilte man päpstlicher als der Papst, wollte man sich weiterhin an die alte, nun vielleicht unverhältnismäßig lange Dauer der Verjährungsfrist klammern. Mit der bis zur Änderung der Rechtslage nicht entdeckten Tat darf es dann sein Bewenden haben. Auf jeden Fall ist das Verhältnis der Verjährungsvorschriften zu den Strafandrohungen nicht das geeignete Mittel, deren etwaige Verfehltheit zu berichtigen.
- B 1 Andererseits ist es unbefriedigend, wenn ein Täter, gegen den bereits ein Ermittlungsverfahren anhängig ist, beim Eintritt des neuen Rechts unversehens straffrei ausgeht. Die in der Begründung zum Entwurf des EGOWiG geäußerte Vorstellung,<sup>52)</sup> die Verfolgungsbehörden könnten sich auf die



Verkürzung der Verjährungsfrist einrichten und sie unterbrechen lassen, ist allerdings teilweise illusorisch. Wie soll der Praktiker z.B. die Konsequenzen des § 50 Abs.2 StGB überschauen, wenn er sich eine Irreführung durch ministerielle Dementis gefallen lassen muß, anstatt beizeiten von den wahren Begründungen des Gesetzesentwurfes unterrichtet zu werden? Noch grotesker aber erscheint es, wenn die Verfolgungsbehörde tatsächlich eine Unterbrechung erreicht. Erfolgt sie nicht noch innerhalb der nach dem neuen Recht maßgebenden Frist, würde der 5.Strafsenat die Mühen nur bedauern können. Nach seiner Ansicht ist eine Unterbrechung - wie durch den am 9.3.1965 gegen den Angeklagten H... erlassenen Haftbefehl - unerheblich, wenn sie erst nach Ablauf der jetzt für gültig erkannten 15-jährigen Frist - mit Beginn am 9.5.1945 - geschieht.

Einem solchen Standpunkt, der zwar logisch ist, aber nicht mit der rechtlichen Bewertung einer derartigen richterlichen Handlung übereinstimmt, hat der Gesetzgeber für den Bereich des OWiG durch Art. 155 Abs.2 S.3 EGOWiG<sup>54)</sup> und durch den ab 1.9.1969 gültigen Art. 94 1.StrRG<sup>55)</sup> vorgebeugt. Nach der in der mündlichen Verhandlung vorgetragenen Ansicht des Generalbundesanwaltes,<sup>56)</sup> der sich inzwischen auch Baumann<sup>57)</sup> und Körting<sup>58)</sup> angeschlossen haben, sei eine analoge Anwendung des Art.155 Abs.2 S.3 EGOWiG zulässig. Dieser Vorschlag hat - wie zuweilen die Neigung zur Analogie - den Nachteil, daß sie die Aufmerksamkeit auf eine spezielle Bestimmung konzentriert und von dem hinter ihr stehenden Grundsatz ablenkt. So vermag man sich hier wohl der Lehre zu entsinnen, daß ein gesetzmäßig ergangener Hoheitsakt mit seiner Rechtskraft ein Eigenleben entfaltet, auf das ein nachträglicher Fortfall der Gültigkeitsvoraussetzungen des Aktes keinen Einfluß ausübt. Auch rechtmäßige richterliche Unterbrechungshandlungen sind solche Hoheitsakte. Sie bestätigen den Lauf der Verjährungsfrist für die Vergangenheit und begründen einen neuen Anfang für die Zukunft. Gegen einen Bestandsschutz derartiger Konstitutivakte sprechen weder gesetzliche



Bestimmungen noch der Wille des Gesetzgebers<sup>59)</sup> oder die Besonderheiten des Strafrechts und Strafverfahrensrechts, wie an dem Art. 94 1.Str.RG deutlich wird. Dessen Regelung erweist sich folglich - wie die des Art. 155 Abs.2 S.3 EGOWiG - als eine wohl unentbehrliche Erinnerung an einen allgemeinen Grundsatz. Ihn mit einer leeren Wendung zu übergehen, ist mit den Worten des Senats "nicht angängig."



- 1) NJW 1969, 1157 - 1159
- 2) NJW 1969, 1181 - 1183
- 3) Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich
- 4) a.a.O. § 50 Anm.I
- 5) a.a.O. § 50 Anm.II
- 6) Maurach: Deutsches Strafrecht, A.T., 3.A.(1965) § 53 III Ba; Schönke-Schröder: Strafgesetzbuch, 12.A. (1965) Anm.13 - 15; Leipziger Kommentar, Bd.I, 8.A. (1957) § 50 Anm.11; Schwarz-Dreher: Strafgesetzbuch 29.A. (1967) § 50 Anm.2 A
- 7) Welzel: Zur Systematik der Tötungsdelikte, JZ 1952, 72 ff(75) und die zu 6) Zitierten; a.M. Baumann: Strafrecht, A.T., 5.A.(1968) § 37 III 2b
- 8) vgl. BGH NJW 1969, 1182 unter II 5b; Gen.B.A. NJW 1969, 1158; s.ferner Jacobs: Niedrige Beweggründe beim Mord und die besonderen persönlichen Merkmale in § 50 Abs.2 u.3 StGB, NJW 1969, 489 ff (492)
- 9) NJW 1969, 1181 f. unter II
- 10) s.aber auch Gen.B.A. NJW 1969, 1157
- 12) Bundestagsdrucksache V/1319 S.61
- 13) Dieser nicht gerade glückliche Sprachgebrauch findet sich auch noch bei Schröder: Der § 50 StGB n.F. und die Verjährung beim Mord, JZ 1969, 132 ff (133), Schönke-Schröder: StGB, 14.A. (1969) § 50 Rdn. 13; Schwarz-Dreher: StGB, 30.A. (1968) § 50 Anm.3
- 14) 57.Sitzung, S.1094 f
- 15) a.M.BGH NJW 1969, 1182 unter II 4: "Der Gesetzestext ist klar und eindeutig."
- 16) Baumann: Strafrecht, A.T., 5.A.(1968) § 37 III 2b und: Vorsicht bei Verjährung von NS-Gewaltverbrechen! NJW 1969, 1279 ff.(1280); Schönke-Schröder: StGB, 14.A.(1969) § 50 Rdn. 13; Schröder a.a.O. JZ 1969, 132 ff.(133); Schwarz-Dreher StGB, 30.A.(1968) § 50 Anm.3
- 17) 1 ARs 63/68 - (Bl.IV/115-117 PSt b 26) und JR 1969, 63?



- 18) NJW 1969, 1155 f
- 19) Jacobs a.a.O. NJW 1969, 489 (491); vgl. Schröder a.a.O. JZ 1969, 132 ff (133 f); Samson: § 50 II n.F. StGB und die Verjährung, ZRP 1969, 27 ff (28)
- 20) BGH St 1, 368 ff (372)
- 21) NJW 1962, 1355
- 22) NJW 1969, 1158 f
- 23) NJW 1969, 1182 unter II 5a, b
- 24) NJW 1969, 1182 unter II 2
- 25) NJW 1969, 1182 unter II 5b
- 26) a.a.O. NJW 1969, 1280 unter III 1
- 27) Leipziger Kommentar, Bd. II, 8. A. (1958) § 220a Anm. II 1; s. ferner Kühnert: Die Aufspaltung des Mordparagraphen, Ein Vorschlag zur Differenzierung der Verjährung bei Mord und Völkermord, FAZ vom 31.3.1969, S. 2, der folgende Regelung anregte:  
"Unverjährbar ist die Strafverfolgung ... von Verbrechen nach § 211 StGB, soweit diese in der Absicht begangen wurden oder werden, nationale, rassische, religiöse, politische, medizinische, wirtschaftliche oder durch ihr Volkstum bestimmte Gruppen von Menschen als solche ganz oder teilweise zu zerstören..."  
(Leider hat der Gen.B.A. diesen Vorschlag in seiner Stellungnahme (S. 11) nur gestreift. Die entsprechende Bemerkung ist nicht veröffentlicht worden) vgl. auch Jescheck: Die internationale Genocidium-Konvention vom 9. Dezember 1948 und die Lehre vom Völkerstrafrecht, ZStW 1954, 193 ff (214)
- 28) vgl. BGH St 3, 107 ff (108 f); BGH St 16, 1 ff; Schönke-Schröder: StGB, 12. A. (1965) § 59 Rdn. 49; Welzel: Vorteilsabsicht beim Betrug, NJW 1962, 20 ff
- 29) Leipziger Kommentar, Bd. II, 8. A. (1958) § 220a Anm. I, II 1
- 30) NJW 1959, 1182 unter II 5 b
- 31) LG. Kiel, Urteil vom 19.3.1968 - 2 Ks 4/66 -
- 32) UA S. 48
- 33) UA S. 57
- 34) UA S. 60
- 35) UA S. 186



- 36) NJW 1969, 1183 unter V
- 37) NJW 1969, 1183 unter IV
- 38) NJW 1969, 1183 unter V
- 39) Neue Justiz 1969, 403 f. Die im Gegensatz zu Moskau und Warschau beharrlich gepflogene Weigerung Ostberlins, Rechtshilfeersuchen der Zentralen Stelle auf Unterstützung in NS-Verfahren zu beantworten, kennzeichnet das außerhalb der Rechtsethik liegende Ziel derartiger Kritik
- 40) Neue Justiz 1969, 404
- 41) Die dankenswerterweise von Rüter-Ehlermann unternommene Dokumentation "Justiz und NS-Verbrechen, Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945 bis 1966", University Press, Amsterdam, Bd.I (1968), Bd.II (1969), wird mit ihrer Fortsetzung wohl manche Ungereimtheit in ein unerwartet grelles Licht tauchen
- 42) NJW 1969, 1157
- 43) Nochmals: § 50 Abs.2 StGB und die Verjährung für Teilnahme am Mord, JZ 1969, 416 ff
- 44) Die Bestimmung lautet: "Die Frist richtet sich nach der Strafdrohung des Gesetzes, dessen Tatbestand die Tat verwirklicht, ohne Rücksicht auf Milderungen oder Schärfungen, die nach den Vorschriften des Allgemeinen Teils oder bei mildernden Umständen, minder schweren, besonders schweren oder ähnlichen allgemein umschriebenen Fällen vorgesehen sind."
- 45) 106.Sitzung, S.2079
- 46) Cramer: Verjährung für Schreibtischmörder auf kaltem Wege? FAZ vom 9.1.1969 S.2
- 47) Samson ZRP 1969, 29
- 48) NJW 1969, 1183 unter IV
- 49) a.M.Schröder: Roma locuta? JZ 1969, 419
- 50) Schröder a.a.O. JZ 1969, 133 u.419
- 51) NJW 1969, 1392 f
- 52) Bundestagsdrucksache V/1319 S. 132 f
- 53) NJW 1969, 1383 unter VI 2a
- 54) BGBI. 1968, 545



- 55) Art.94 des Ersten Gesetzes zur Reform des Strafrechts vom 25.6.1969 BGBl.I, 679 lautet: "Soweit sich die Fristen der Verfolgungs- oder Vollstreckungsverjährung nach dem neuen Recht verkürzen, bleiben Unterbrechungshandlungen, die vor dem Inkrafttreten des neuen Rechts vorgenommen worden sind, wirksam, auch wenn im Zeitpunkt der Unterbrechung die Verfolgung oder Vollstreckung nach dem neuen Recht bereits verjährt gewesen wäre."
- 56) NJW 1969, 1183 unter VI 2 a
- 57) NJW 1969, 1281 f unter IV
- 58) NJW 1969, 1392 f
- 59) Dieser Wille ist nicht mit der Erleichterung auch parlamentarischer Kreise über das Urteil vom 20.5.1969 zu verwechseln.



1.) Häftlinge der Konzentrationslager von 1933 bis 1945 und  
Deportierte nach dem Osten

Es handelt sich dabei um Original-Dokumente (listenmässige Aufstellungen und Einzelakten von Häftlingen) der Konzentrationslager, die von 1933 bis 1945 im ehemaligen Reichsgebiet und in den besetzten Gebieten bestanden, sowie um Listen über die Deportierten zu den Vernichtungslagern im Osten.

Die Konzentrationslager - Abteilung umfasst ca. 3 Millionen Einzeldokumente, (180 Schränke mit ca. 620.000 Umschlägen)  
2.300 Ordner und Bücher mit einer Gesamtblattzahl von ca.  
1/2 Million.

2.) Fremdarbeiter, die während des Krieges in Deutschland waren

Die Kriegszeitdokumente betreffen Ausländer, die sich von 1939 bis 1945 ausserhalb der Konzentrationslager und der Kriegsgefangenenlager hauptsächlich auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland aufhielten. Es sind dies auf Befehl der Besatzungsmächte durch die deutschen Behörden kurz nach dem Kriege angefertigte Auszüge aus Akten der Kriegszeit, wie Melderegister, Unterlagen der Arbeitgeber, Arbeitsämter, der Versicherungs- und Krankenanstalten, der Polizei, Gefängnisverwaltung usw.

Die Kriegszeitdokumenten-Abteilung enthält ca. 1.300.000 Karten sowie 6.200 Ordner mit einer Gesamtblattzahl von 1.900.000 und 3.200.000 Hinweiskarten (Bayern Kartei).

3.) Displaced Persons, die nach dem Kriege, unter der Betreuung der Hilfsorganisationen, wie UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration/Amt der Vereinten Nationen für Nachkriegshilfe und Wiederaufbau), IRO (International Refugees Organisation/Internationale Flüchtlings-Organisation) usw., standen.

Die Nachkriegszeitdokumente betreffen DP (Displaced Persons) = verschleppte Personen - Ausländer -, die sich von 1945 bis 1951 meist in den westlichen Besatzungszonen - der späteren Bundesrepublik Deutschland - und Österreich aufhielten; der grösste Teil dieser Akten wurde durch die UNRRA und die IRO aufgestellt.

Diese Dokumente sind in

- 1.100 Ordnern mit 300.000 Blatt
- 2.200 Ordnern mit 180.000 Formblättern für ca. 800.000 Personen und
- 3 Millionen DP-2 Karten geordnet.

4.) Die Angaben in obigen Unterlagen sind verkartet und in der Zentralnamenskartei

in 10.000 Kartons

(ca. 28.000.000 Einzelkarten, die für ca. 8.000.000 Einzelschicksale Auskunft geben) alphabetisch-phonetisch abgelegt.





DEUTSCHES ROTES KREUZ

IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

SUCHDIENST MÜNCHEN

DRK-SUCHDIENST, 8 MÜNCHEN 13, INFANTERIESTRASSE 7a



An das  
Polizeipräsidium  
in Berlin

1 Berlin 42  
Tempelhofer Damm 1-7

UNSER ZEICHEN:  
Dir. -I-la.  
(IM ANTWORTSCHREIBEN NICHT VERGESSEN)

TAG:  
22. 5. 1970

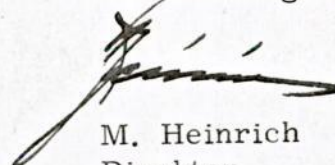
Betr.: Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige des Reichs-  
sicherheitshauptamtes wegen Verdachts des Mordes im Rahmen  
der "Endlösung der Judenfrage" -  
GStA bei dem KG Berlin - Az.: 1 Js 1/65  
Nachforschungen über den gegenwärtigen Aufenthalt der ehem.  
Nachrichtenhelferin Gudrun P a n t z e r , geb. 2. 12. 1924 in Erkner

Bezug: Ihr Schreiben vom 30. 4. 1970 - Az.: I A KI 3 - 16/67

Sehr geehrte Herren,

Frau Gudrun P a n t z e r , verheiratete H u n k e , geb. 2. 12. 1924  
in Erkner/Berlin, ist beim DRK-Suchdienst München registriert. Unter  
Bezugnahme auf das Schreiben des Bundesministers der Justiz vom  
26. 6. 69 - Az.: 4000/6 I-0-25 201/69 e) - wird die Anschrift nicht  
mitgeteilt.

Hochachtungsvoll

  
M. Heinrich  
Direktor



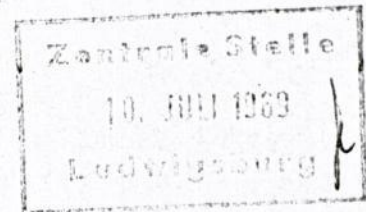
1-104/89

Der Bundesminister der Justiz  
- 4000/6 I - 0 - 25 201/69 -

53 Bonn, den 26. Juni 1969

Postfach  
Tel. 20171  
Hausruf 827

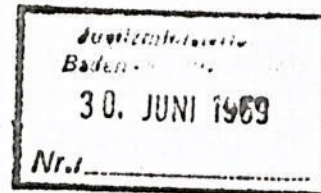
An die  
Zentrale Stelle  
der Landesjustizverwaltungen



714 L u d w i g s b u r g  
Schorndorfer Straße 58

über

das Justizministerium  
Baden-Württemberg.



S t u t t g a r t

Betr.: Auskunft aus den Suchdienstunterlagen des Deutschen Roten Kreuzes an die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg

Bezug: Besprechung zwischen den Herrn RD Maier, OStA Dr. Rückerl, OStA Dr. Artzt und LGR Stewen am 12. Mai 1969 in Stuttgart

Am 24. April 1969 hat Herr Dr. Wagner, der Leiter des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes, mit mir erneut die Frage besprochen, in welchem Umfang die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg Auskunft aus den Suchdienstunterlagen des Deutschen Roten Kreuzes erhalten könne.

Herr Dr. Wagner hat vorgeschlagen:

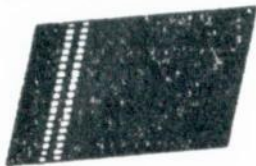
- a) Die Zentrale Stelle solle jeweils nach einer bestimmten Person aufragen und keine Listen übersenden.
- b) Der Suchdienst werde künftig nicht mehr die Zusicherung verlangen, daß mit einer Auskunft aus



# Dienstgradabzeichen d. SA, SS u. d. NSKK



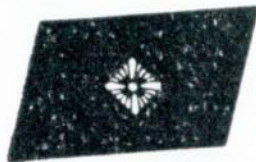
SA,SS-NSKK-Mann



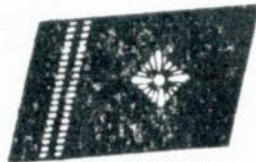
SA,SS-NSKK-  
Sturmmann



SA,SS-NSKK-  
Rottenführer



SA,NSKK-  
Scharführer  
SS-Unterscharführer



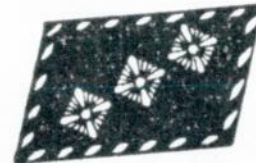
SA,NSKK-  
Oberscharführer  
SS-Scharführer



SA,NSKK-  
Truppführer  
SS-Oberscharführer



SA,NSKK  
Obertruppführer  
SS-Hauptscharführer



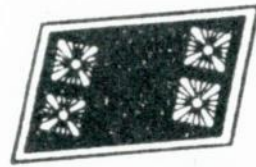
SA,NSKK-  
Sturmführer  
SS-Untersturmführer



SA,SS,  
NSKK-  
Obersturmführer



SA,NSKK-  
Sturmhauptführer  
SS-Hauptsturmführer



SA- oder SS-  
Sturmabführer  
NSKK-Staffelführer



SA- oder SS-  
Obersturmbannführ.  
NSKK-Oberstaffelf.



SA,SS,NSKK-  
Standartenführer



SA,SS,NSKK-  
Oberführer



SA,SS,NSKK-  
Brigadeführer



SA,SS,NSKK-  
Gruppenführer



SA,SS,NSKK-  
Obergruppenführer



Stabschef SA  
Reichsführer SS  
Korpsführer NSKK



# Dienstrangabzeichen der politischen Leiter der NSDAP.

Farbe der Spiegel:		Kragen-, Mützen- und Spiegelpaspel:	Farbe der Spiegel:		Kragen-, Mützen- und Spiegelpaspel:
In der Ortsgruppe:	hellbraun	hellblau	In der Gauleitung:	hellrot	dunkelrot
In der Kreisleitung:	dunkelbraun	weiß	In der Reichsleitung:	karmesinrot	goldgelb



Abschnitts-  
leiter



Ober-Abschnitts-  
leiter



Haupt-Abschnitts-  
leiter



Bereichs-  
leiter



Ober-Bereichs-  
leiter



Haupt-Bereichs-  
leiter



Dienstleiter



Ober-  
Dienstleiter



Haupt-  
Dienstleiter



Befehlsleiter



Ober-  
Befehlsleiter



Haupt-  
Befehlsleiter



Gauleiter



Reichsleiter



V.

1.) Zu berichten (            mal schreiben - einschl. der Leseschrift f.d.HA.)  
unter Beifügung

- a) zweier begl. Abschriften des Schreibens des Senators  
vom
- b) dreier begl. Abschriften der unten bezeichneten Anlagen
- c) der Akten und Beiakten

an den Senator

Berlin

über den Senator für Justiz

Berlin 62 (Schöneberg)

und über den

Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

Berlin 19 (Charlottenburg)

Betrifft: Ermittlungsverfahren

gegen

wegen

Bezug: Schreiben vom

Nur auf die Durchschriften)  
f.d. Sen.f. Justiz und  
f.d. GStA. b.d. KG.:

Ohne Anordnung vom

Nur auf Durchschrift f.d.)  
GStA. b.d. KG.:

Ohne Auftrag vom

Vorbericht vom \_\_\_\_\_

Anlagen:

Nur auf die Durchschriften)  
f.d. Sen.f. Justiz und  
f.d. GStA. b.d. KG.:

Berichtsverfasser:



# Justiz-Blatt

für den Oberlandesgerichtsbezirk Hamm

Herausgegeben mit Genehmigung der Militärregierung  
von der Verwaltung des Oberlandesgerichts Hamm.

Verlagsort Hamm (Westf.)

3. Jahrgang

Hamm (Westf.), den 14. März 1947

Nummer 5

## I. Bekanntmachungen des Präsidenten des Zentral-Justiz- amtes für die Britische Zone.

### 1. Verfahren gegen Angehörige verbrecherischer Organisationen

— 401 — JBl. 47 Nr. 5 vom 14. 3. 1947, S. 45, I, 1.

#### Verordnung Nr. 69

Verfahren gegen Angehörige verbreche-  
rischer Organisationen.

Artikel 10 des Statuts des Internationalen Militär-  
gerichtshofes — beigelegt dem Abkommen über die  
Verfolgung und Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher  
der europäischen Achse, welches von der Regierung des  
Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nord-  
irland, der Regierung der Vereinigten Staaten von  
Amerika, der provisorischen Regierung der französischen  
Republik und der Regierung der Sozialistischen Sowjet-  
republiken am 8. August 1945 in London unterzeichnet  
wurde — bestimmt,

1. daß in den Fällen, wo eine Gruppe oder eine Organi-  
sation durch den genannten Gerichtshof als verbreche-  
risch erklärt wurde, die zuständige nationale Behörde  
einer der Signatarmächte berechtigt ist, Einzelpersonen  
wegen ihrer Zugehörigkeit zu den genannten Gruppen  
oder Organisationen vor ein nationales Militärgericht  
oder ein Besatzungsgericht zu bringen und  
2. daß in jedem Falle der verbrecherische Charakter  
einer Gruppe oder Organisation als bewiesen anzusehen  
ist und nicht bestritten werden kann.

Der Internationale Militärgerichtshof — errichtet auf  
Grund des genannten Statuts — hat in seinem ersten  
Prozeß in Nürnberg die Angehörigen und hauptamtlichen  
Mitarbeiter der Gruppen und Organisationen (weiterhin  
„die genannten verbrecherischen Organisationen“ ge-  
nannt), wie sie in dem der Verordnung beigelegten  
ersten Anhang aufgeführt sind, als verbrecherisch erklärt.  
Daher wird hiermit folgendes verordnet:

#### Artikel I

Errichtung von deutschen Spruchgerichten erster Instanz

1. Deutsche Spruchgerichte erster Instanz (weiterhin  
„Spruchkammern“ genannt) werden für die Aburteilung  
und Bestrafung der Angehörigen der verbrecherischen  
Organisationen errichtet.

2. Das Zentraljustizamt für die Britische Zone be-  
stimmt die Zahl der Spruchkammern.

#### Artikel II

Errichtung eines deutschen Zonenspruchgerichts  
zweiter Instanz

3. Ein deutsches Zonenspruchgericht zweiter Instanz  
wird errichtet, das auf Revision der Staatsanwaltschaft

oder der Angeklagten über Rechtsfragen zu verhandeln  
und zu entscheiden hat.

Dieses Gericht setzt sich aus einer Anzahl von Senaten  
(weiterhin „Spruchsenate“ genannt) zusammen. Das  
Zentraljustizamt bestimmt die Zahl dieser Spruchsenate.

#### Artikel III

Zusammensetzung der Spruchkammern und Spruchsenate

4. Jede Spruchkammer besteht aus einem Vorsitzen-  
den, der die Befähigung zum Richteramt besitzen muß,  
und zwei Laienbeisitzern.

5. Jeder Spruchsenat besteht aus einem Vorsitzenden,  
der Berufsrichter sein muß, und zwei Beisitzern, die die  
Befähigung zum Richteramt besitzen müssen.

6. Das Zentraljustizamt ernennt im Einvernehmen  
mit der obersten Justizverwaltung jedes Landes die Vor-  
sitzenden der Spruchkammern und sämtliche Mitglieder  
der Spruchsenate. Die zuständige Landesregierung er-  
nennt die Laienbeisitzer für jede Spruchkammer.

7. Ehemalige Mitglieder der NSDAP oder Personen,  
die ein Amt in einem der angeschlossenen Verbände  
bekleidet haben, können weder Vorsitzender noch Mit-  
glied der Spruchkammern oder Spruchsenate sein.

#### Artikel IV

##### Strafverfolgung und Anklage

8. Das Zentraljustizamt ist verantwortlich für die  
Vorbereitung der Verfahren gegen die Angehörigen der  
genannten verbrecherischen Organisationen und für die  
Strafverfolgung.

9. Die Anklage lautet dahin, daß der Angeklagte  
Mitglied einer verbrecherischen Organisation gewesen  
ist in Kenntnis, daß diese für Handlungen verwendet  
wurde, die gemäß Art. 6 des Statuts des Internationalen  
Militärgerichtshofes als verbrecherisch erklärt worden  
sind (siehe Anhang II dieser Verordnung).

#### Artikel V

##### Strafen

10. Wer schuldig befunden wird, kann mit folgenden  
Strafen belegt werden:

- a) Gefängnis bis zu 10 Jahren,
- b) Vermögensentziehung,
- c) Geldstrafe.

Diese Strafen können einzeln oder nebeneinander  
verhängt werden.

#### Artikel VI

##### Mildernde Umstände

11. Die Gerichte können bei der Festsetzung der  
Strafhöhe mildernde Umstände in Betracht ziehen.

#### Artikel VII

##### Erlaß von Anordnungen

12. Das Zentraljustizamt erläßt die notwendigen oder  
zweckdienlichen Durchführungsbestimmungen für diese





Verordnung einschließlich der Richtlinien für die Höchststrafen, die im Zusammenhang mit einem in einer der genannten verbrecherischen Organisationen bekleideten Rang oder Amt verhängt werden können, mit der Einschränkung, daß in keinem Falle die Höchststrafe für Gefängnis, die in Art. V oben bestimmt ist, überschritten wird.

Artikel VIII  
Tag des Inkrafttretens

13. Diese Verordnung tritt am 31. 12. 1946 in Kraft.  
Im Auftrage der Militärregierung.

Erster Anhang

Gruppe A: Führerkorps

1. Reichsleiter,
2. Gauleiter,
3. Kreisleiter,
4. Ortsgruppenleiter,
5. Amtsleiter in Ämtern der Reichsleitung, Gauleitung oder Kreisleitung.

Die Inhaber obiger Stellen, die Mitglied der Organisationen wurden oder blieben in Kenntnis, daß diese für Handlungen verwendet wurden, die gemäß Art. 6 des Statuts des Internationalen Militärgerichtshofes als verbrecherisch erklärt worden sind, oder die als Mitglieder der Organisation persönlich an solchen Handlungen beteiligt waren (jedoch ausschließlich der Personen, die vom Staat in solcher Weise zur Mitgliedschaft gezwungen wurden, daß ihnen keine andere Wahl blieb, und die selbst solche Handlungen nicht begangen haben).

Diese Gruppe umfaßt nicht Personen, die vor dem 1. September 1939 aus einem der oben genannten Ämter ausgeschieden sind.

Gruppe B: Gestapo und Sicherheitsdienst des Reichsführers SS (allgemein bekannt als SD)

- I. Alle Vollzugs- und Verwaltungsbeamten des Amtes IV des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA)
- II. Alle Vollzugs- und Verwaltungsbeamten, die mit der Verwaltung der Gestapo in den Ämtern des Reichssicherheitshauptamtes außer dem Amt IV betraut waren.
- III. Örtliche Gestapobeamte, die innerhalb und außerhalb Deutschlands arbeiteten, einschließlich der Angehörigen der Grenzpolizei (aber ausschließlich der Mitglieder des Grenz- und Zolldienstes und Mitglieder der Geheimen Feldpolizei, die nicht unter Abs. I und II fallen). Ausgenommen sind die Personen, die von der Gestapo nur als Bürokräfte, Stenographen, Pförtner oder für ähnliche nichtamtliche Zwecke angestellt waren.
- IV. Alle Beamten des Amtes III, VI und VII des RSHA.
- V. Alle anderen Angehörigen des SD einschließlich aller örtlichen Vertreter und Agenten, die entweder ehrenhalber oder in anderer Weise arbeiteten, ausschließlich der ehrenhalber arbeitenden Spitzel, die nicht Mitglieder der SS waren, und Angehörige der Abwehr, die zum SD versetzt waren.

Die Inhaber obiger Stellen, die Mitglied der Organisation wurden oder blieben in Kenntnis, daß diese für Handlungen verwendet wurde, die gemäß Art. 6 des Statuts des Internationalen Militärgerichtshofes als verbrecherisch erklärt worden sind, oder die als Mitglieder der Organisation persönlich an solchen Handlungen beteiligt waren (jedoch ausschließlich der Personen, die vom Staat in solcher Weise zur Mitgliedschaft gezwungen wurden, daß ihnen keine andere Wahl blieb, und die selbst solche Handlungen nicht begangen haben).

Diese Gruppe umfaßt nicht Personen, die vor dem 1. September 1939 aus einem der oben genannten Ämter ausgeschieden sind.

Gruppe C: SS

I. Mitglieder der SS einschließlich der Mitglieder der Allgemeinen SS, der Waffen-SS und der SS-Totenkopfverbände (aber ausschließlich der Mitglieder der Reiter-SS).

II. Angehörige der verschiedenen Polizeiformationen, die Mitglieder der SS waren.

Diejenigen Personen, die offiziell als Mitglieder der oben genannten SS-Gliederungen aufgenommen wurden und die Mitglied dieser Organisationen blieben in Kenntnis, daß diese für Handlungen verwendet wurden, die gemäß Art. 6 des Statuts des Internationalen Militärgerichtshofes als verbrecherisch erklärt worden sind, oder die als Mitglieder solcher Organisationen persönlich an solchen Handlungen beteiligt waren (jedoch ausschließlich der Personen, die vom Staat in solcher Weise zur Mitgliedschaft gezwungen wurden, daß ihnen keine andere Wahl blieb, und die selbst solche Handlungen nicht begangen haben).

Diese Gruppe umfaßt nicht Personen, die vor dem 1. September 1939 aus den oben genannten Organisationen ausgeschieden sind.

Zweiter Anhang

Handlungen, die auf Grund des Art. 6 des Statuts des Internationalen Militärgerichtshofes als verbrecherisch erklärt sind:

- a) Verbrechen gegen den Frieden, und zwar Planung, Vorbereitung, Beginn oder Führung eines Angriffskrieges oder eines Krieges in Verletzung von internationalen Verträgen, Abkommen oder Versicherungen, oder Teilnahme an einem gemeinsamen Plan oder einer Verschwörung zur Ausführung einer der oben genannten Taten;
- b) Kriegsverbrechen, und zwar Verletzungen des Kriegsrechts oder der Kriegsbräuche. Solche Verletzungen umfassen (sind aber nicht darauf beschränkt) Mord, Mißhandlung oder Verschickung der Zivilbevölkerung eines oder in einem besetzten Lande zur Sklavenarbeit oder zu einem anderen Zweck, Mord oder Mißhandlung von Kriegsgefangenen oder Personen auf hoher See, Tötung von Geiseln, Plünderung von öffentlichen oder privaten Vermögen, mutwillige Zerstörung von Städten und Dörfern oder Verwüstung, die nicht durch militärische Notwendigkeiten geboten war;
- c) Verbrechen gegen die Menschlichkeit, und zwar Mord, Ausrottung, Versklavung, Verschickung und andere unmenschliche Taten, begangen gegen die Zivilbevölkerung vor oder während des Krieges oder Verfolgungen aus politischen, rassischen Gründen bei der Durchführung eines oder in Verbindung mit einem Verbrechen, das unter die Gerichtsbarkeit des Gerichtshofes fällt, ganz gleich, ob es in Verletzung des inländischen Rechts des Landes, in dem es begangen wurde, geschah oder nicht.

2. Verordnung über die Errichtung der Dienststelle eines Generalinspektors in der britischen Zone für die Spruchgerichte zur Aburteilung der Mitglieder der in Nürnberg für verbrecherisch erklärten Organisationen.

Vom 17. Februar 1947.

— 120 — JBl. 47 Nr. 5 vom 14. 3. 1947, S. 46, I, 2.

Mit Zustimmung der Militärregierung wird verordnet:

§ 1

1. Hierdurch wird die Dienststelle eines Generalinspektors in der britischen Zone für die Spruchgerichte zur Aburteilung der Mitglieder der in Nürnberg für verbrecherisch erklärten Organisationen (im folgenden Spruchgerichte genannt) errichtet.

2. Ihre Aufgabe ist es, für die Einrichtung der bestellten Spruchgerichte und den reibungslosen Ablauf der Durchführung der Verfahren zu sorgen.



3. Ihr Amtsbereich erstreckt sich auf das gesamte Gebiet der britischen Zone.

4. Sitz der Dienststelle ist Hamburg.

§ 2

1. Der Leiter der Dienststelle trägt die Bezeichnung Generalinspekteur. Er wird von dem Präsidenten des Zentral-Justizamtes vorbehaltlich der Zustimmung der Militärregierung ernannt.

2. Der Generalinspekteur untersteht unmittelbar dem Präsidenten des Zentral-Justizamtes.

§ 3

Dem Generalinspekteur wird ein Arbeitsstab beigegeben, dessen Umfang er im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Zentral-Justizamtes bestimmt. Die Beamten der Spruchgerichte mit Ausnahme der Richter sowie die Beamten und Angestellten seines Stabes werden von dem Generalinspekteur unmittelbar ernannt bzw. verpflichtet.

§ 4

1. Zur Erfüllung seiner Aufgaben erhält der Generalinspekteur die Befugnis, im Benehmen mit den beteiligten Länderregierungen alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen und Anordnungen zu erlassen.

2. Der Generalinspekteur hat zu diesem Zwecke das Recht, mit den Länderregierungen und Zentralstellen unmittelbar zu verhandeln und schriftlich zu verkehren.

§ 5

1. Der Generalinspekteur übt die oberste Dienstaufsicht über die Spruchgerichte aus.

2. Er unterstützt sie bei der beschleunigten und reibungslosen Durchführung der Verfahren und berichtet dem Präsidenten des Zentral-Justizamtes über festgestellte Mängel. Eine Einflußnahme auf die richterliche Tätigkeit ist unzulässig.

§ 6

Gegenüber den Anklagebehörden bei den Spruchgerichten übt der Generalinspekteur im Auftrage des Präsidenten des Zentral-Justizamtes die oberste Aufsicht und Leitung aus. Die öffentlichen Ankläger haben seinen Anweisungen Folge zu leisten.

§ 7

Der Generalinspekteur übt ferner die Befugnisse aus, die ihm von Fall zu Fall von der Militärregierung oder dem Zentral-Justizamt übertragen werden.

§ 8

Diese Verordnung tritt mit dem 1. Januar 1947 in Kraft.

Der Präsident

des Zentral-Justizamtes für die Britische Zone.

W. Kiesselbach.

3. Verfahrensordnung für die deutschen Spruchgerichte zur Aburteilung von Mitgliedern verbrecherischer Organisationen vom 17. Februar 1947

— 414 — JBl. 47 Nr. 5 vom 14. 3. 1947, S. 47, I, 3.

Zur schnellen Durchführung der Verfahren zur Aburteilung zunächst der in Haft befindlichen Mitglieder verbrecherischer Organisationen und zur Gewährleistung eines ordnungsmäßigen Gerichtsverfahrens wird mit Genehmigung der Militärregierung verordnet:

§ 1

Die Spruchgerichte

1. Für die Aburteilung und Bestrafung von Mitgliedern der vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg als verbrecherisch erklärten Organisationen werden deutsche Spruchgerichte gebildet.

2. Spruchgerichte des ersten Rechtszuges sind die Spruchkammern.

3. Spruchgerichte des zweiten Rechtszuges sind die Spruchsenate.

4. Der Große Spruchsenat soll die Einheit der Rechtsprechung gewährleisten. Er hat zu entscheiden, wenn ein Spruchsenat in einer Rechtsfrage von der Entscheidung eines anderen Spruchsenats abweichen will. Er

besteht aus fünf Richtern, einschließlich des Vorsitzenden. Die Richter werden aus der Reihe der Mitglieder der Spruchsenate berufen; der Vorsitzende muß beamteter Richter sein.

5. Die Spruchgerichte sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen.

§ 2

Errichtung und Aufhebung der Spruchgerichte

1. Der Präsident des Zentral-Justizamtes für die Britische Zone verfügt die Errichtung und Aufhebung und bestimmt die Zahl und den Sitz der Spruchgerichte und ihren Amtsbezirk nach Anhörung der beteiligten obersten Landesjustizverwaltung.

2. Er kann mehrere Spruchgerichte zusammenfassen. In diesem Fall wird für die zusammengefaßten Spruchgerichte aus der Reihe der Vorsitzenden ein gemeinsamer Leiter bestellt. Dieser regelt die Geschäftsverteilung durch allgemeine Anordnung.

3. Die Geschäftsverteilung kann geändert werden, wenn dies wegen Überlastung, Wechsels oder dauernder Verhinderung eines Richters oder aus sonstigen Gründen im Interesse der Rechtspflege dringend erforderlich wird.

4. Der gemeinsame Leiter übt die Dienstaufsicht über die zusammengefaßten Spruchgerichte aus.

§ 3

Besetzung der Spruchgerichte

1. Die Spruchkammern entscheiden in der mündlichen Verhandlung mit einem Vorsitzenden und zwei Schöffen. Außerhalb der mündlichen Verhandlung entscheidet der Vorsitzende allein.

2. Für jeden Vorsitzenden werden für den Fall seiner Behinderung ein oder mehrere Vertreter bestellt. Die Vorsitzenden und ihre Vertreter müssen die Fähigkeit zum Richteramt besitzen.

3. Die Spruchsenate entscheiden mit einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern. Der Vorsitzende muß beamteter Richter sein; die Beisitzer müssen die Fähigkeit zum Richteramt besitzen. Für jeden Vorsitzenden und jeden Beisitzer werden für den Fall ihrer Behinderung ein oder mehrere Vertreter bestellt.

4. Zum Mitglied eines Spruchgerichtes darf nicht bestellt werden, wer der NSDAP angehört oder in einer ihrer Gliederungen ein Amt bekleidet hat.

§ 4

Ernennung der Mitglieder

1. Der Vorsitzende des Spruchgerichtes, die Beisitzer der Spruchsenate und ihre Vertreter werden von dem Präsidenten des Zentral-Justizamtes nach Anhörung der obersten Landesjustizverwaltung ernannt.

2. Die Schöffen werden von dem Vorsitzenden zu den Sitzungen nach der Reihenfolge einer Liste herangezogen, die von den Landesregierungen für die in ihrem Lande eingerichteten Spruchgerichte aufgestellt wird. Die Liste ist zu ergänzen, wenn die Bestellung weiterer Schöffen erforderlich wird.

3. Die Schöffen sollen aus allen Bevölkerungskreisen entnommen werden. Sie werden in der Regel nicht zu mehr als drei Sitzungen im Monat herangezogen.

§ 5

Die Schöffen

1. Das Amt der Schöffen ist ein Ehrenamt.

2. In der ersten mündlichen Verhandlung, in der die Schöffen mitwirken, leisten sie einen Eid, daß sie die Pflichten eines Schöffen getreulich erfüllen und ihre Stimme nach bestem Wissen und Gewissen abgeben werden.

Sie können diesem Eid eine religiöse Beteuerungsformel hinzufügen. Über die Eidesleistung ist eine Niederschrift aufzunehmen.

3. Die Schöffen erhalten eine angemessene Entschädigung für den ihnen durch ihre Dienstleistung entstehenden Verdienstausfall und den mit der Dienstleistung



verbundenen Aufwand sowie Ersatz von Reisekosten. Das Nähere bestimmt der Präsident des Zentral-Justizamts durch allgemeine Anordnung.

4. Gegen Schöffen, die ohne genügende Entschuldigung ihren Pflichten nicht oder nicht rechtzeitig nachkommen, kann der Vorsitzende eine Ordnungsstrafe in Geld verhängen. Gegen die Straffestsetzung ist die Beschwerde an den Spruchsenat zulässig.

#### § 6

##### Der öffentliche Ankläger

1. Bei jedem Spruchgericht wird ein öffentlicher Ankläger bestellt. Er ist nichtrichterlicher Beamter, muß aber zum Richteramt befähigt sein.

2. Er wird von dem Präsidenten des Zentral-Justizamts nach Anhörung der obersten Landesjustizverwaltung berufen.

3. Die öffentlichen Ankläger unterstehen der Aufsicht und Leitung des Generalinspektors für die Spruchgerichte und haben seinen Weisungen Folge zu leisten.

4. Soweit mehrere Spruchkammern zusammengefaßt sind, werden auch die bei ihnen bestellten öffentlichen Ankläger unter einem gemeinsamen Leiter zusammengefaßt. Die Geschäftsführung regelt der gemeinsame Leiter.

#### § 7

##### Die Geschäftsstelle

1. Bei jedem Spruchgericht wird eine Geschäftsstelle gebildet und mit der erforderlichen Zahl von Urkundsbeamten und Angestellten besetzt.

2. Soweit mehrere Spruchgerichte zusammengefaßt sind, können auch Geschäftsstellen zusammengefaßt werden. Die Anordnung trifft der gemeinsame Leiter der Spruchgerichte.

#### § 8

##### Mitwirkung von Referendaren

1. Der Präsident des Zentral-Justizamts kann nach Anhörung des Oberlandesgerichtspräsidenten Referendare für die Dauer von vier Monaten zu Hilfsarbeitern bei den Spruchkammern und den öffentlichen Anklägern bestellen. Das Amt eines Vorsitzenden können sie nicht ausüben. Sie können jedoch nach Anleitung des öffentlichen Anklägers in der mündlichen Verhandlung die Anklage vertreten.

2. Ihre Besoldung regelt der Präsident des Zentral-Justizamts durch allgemeine Anordnung. Die Dienstzeit wird auf den Vorbereitungsdienst nach näherer Bestimmung des Oberlandesgerichtspräsidenten ihres Heimatbezirks angerechnet.

#### § 9

##### Der Gerichtsstand

1. Der Gerichtsstand ist bei der Spruchkammer begründet, in deren Bezirk der Beschuldigte sich in Haft befindet.

2. Die zuständige Spruchkammer kann auch außerhalb ihres Amtsbezirkes Sitzungen abhalten und Amtshandlungen vornehmen, wenn dies der Beschleunigung des Verfahrens dient.

#### § 10

##### Örtliche Zuständigkeit der Spruchsenate

Die Spruchsenate sind für alle Spruchkammern der Britischen Besatzungszone zuständig.

#### § 11

##### Rechtshilfe

1. Alle Behörden sind verpflichtet, den Spruchgerichten und den öffentlichen Anklägern auf ihr Ersuchen Rechts- und Amtshilfe zu leisten und Auskünfte zu erteilen. Das Ersuchen darf nicht abgelehnt werden.

2. Kosten der Rechtshilfe werden von der ersuchenden Behörde nicht erstattet. Öffentliche Abgaben, die im Zusammenhang mit der Rechtshilfe entstehen, bleiben außer Ansatz.

#### § 12

##### Rechtliches Gehör und Verteidigung

1. Der Beschuldigte hat Anspruch auf rechtliches Gehör.

2. Er kann sich in jeder Lage des Verfahrens des Beistandes eines Verteidigers bedienen. Als Verteidiger können gewählt werden

- a) jeder bei einem deutschen Gericht zugelassene Rechtsanwalt und jeder Rechtslehrer an einer deutschen Hochschule,
- b) mit Zustimmung des Vorsitzenden jeder Rechtskundige, welcher die erste Prüfung für den Justizdienst bestanden hat,
- c) mit Zustimmung des Vorsitzenden jede andere geschäftsfähige Person, die in der Lage ist, vor dem Gericht zu verhandeln, Personen, die selbst Mitglieder der verbrecherischen Organisationen gewesen sind oder die sich in Haft befinden, können nicht als Verteidiger gewählt werden.

3. Der Verteidiger kann mit dem in Haft befindlichen Beschuldigten schriftlich und mündlich verkehren. Solange die Anklageschrift nicht eingereicht oder ein Antrag auf Erlass eines Strafbescheides nicht gestellt ist, kann der Vorsitzende schriftliche Mitteilungen zurückweisen, falls deren Einsicht ihm nicht gestattet wird. Bis zu demselben Zeitpunkt kann der Vorsitzende anordnen, daß mündliche Unterredungen nur in seiner Gegenwart oder in Gegenwart einer zu bestimmenden Aufsichtsperson stattfinden dürfen.

4. Nach Erhebung der Klage oder Stellung des Antrages auf Erlass eines Strafbescheides ist dem Verteidiger die Einsicht in die dem Gericht vorliegenden Akten gestattet. Vor diesem Zeitpunkt kann ihm der öffentliche Ankläger die Akteneinsicht gestatten; die Einsicht in die Protokolle über die Vernehmung des Beschuldigten und über gerichtliche Handlungen, denen der Verteidiger beizuwohnen befugt ist, darf ihm nicht verweigert werden.

#### § 13

##### Notwendige Verteidigung

1. Die Verteidigung ist notwendig:

- a) wenn eine höhere Strafe als fünf Jahre Gefängnis zu erwarten ist und der öffentliche Ankläger oder der Beschuldigte oder sein gesetzlicher Vertreter die Bestellung eines Verteidigers beantragt,
- b) wenn im zweiten Rechtszuge eine mündliche Verhandlung vor dem Spruchsenat stattfinden soll. In diesem Falle soll nur ein Rechtsanwalt zum Verteidiger bestellt werden.

2. In anderen Fällen bestellt der Vorsitzende für das ganze Verfahren oder nur für einen Teil des Verfahrens einen Verteidiger, wenn die Mitwirkung eines Verteidigers geboten erscheint oder wenn sich der Beschuldigte seiner Persönlichkeit nach nicht selbst verteidigen kann.

#### § 14

##### Öffentlichkeit

Die mündliche Verhandlung vor den Spruchgerichten ist in demselben Umfange wie die Verhandlung vor den allgemeinen Gerichten öffentlich.

#### § 15

##### Weitere Gründe für Ausschluß und Ablehnung von Richtern

1. Ein Mitglied des Spruchgerichts ist von der Ausübung seines Amtes ausgeschlossen, wenn es selbst oder seine Angehörigen durch die Betätigung des Beschuldigten im Interesse des Nationalsozialismus unmittelbar geschädigt worden sind. Ein solches Verhältnis hat das Mitglied dem Spruchgericht anzuzeigen.

2. Über Ablehnungsgesuche entscheidet der Vorsitzende. Wird der Vorsitzende der Spruchkammer abgelehnt, so entscheidet der Vorsitzende des Spruchsenats; wird der Vorsitzende des Spruchsenates abgelehnt, so entscheidet der Spruchsenat, nachdem an die Stelle des



Vorsitzenden sein Vertreter getreten ist. Einer Entscheidung bedarf es nicht, wenn der Abgelehnte das Ablehnungsgesuch für begründet hält.

#### § 16

##### Ermittlungsverfahren

1. Der öffentliche Ankläger hat die Verantwortlichen festzustellen, sie zu vernehmen, ihre Stellung und Betätigung in der verbrecherischen Organisation zu erforschen und alle Umstände zu ermitteln, die für die Strafbemessung von Bedeutung sein können.

2. Zur Erfüllung dieser Aufgaben kann er Ermittlungen jeder Art, mit Ausschluß eidlicher Vernehmungen, auch außerhalb seines Amtsbezirkes entweder selbst vornehmen oder durch die Polizei vornehmen lassen. Die Beamten des Polizeidienstes als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft sind verpflichtet, seinen Anordnungen Folge zu leisten.

3. Um die Vornahme richterlicher Untersuchungen, insbesondere eidlicher Vernehmungen, können die Vorsitzenden der Spruchkammern und die Amtsgerichte ersucht werden.

#### § 17

##### Entschließung des öffentlichen Anklägers

Bieten die angestellten Ermittlungen genügend Anhalt zur Erhebung der öffentlichen Klage, so erhebt der öffentliche Ankläger sie durch Einreichung einer Anklageschrift bei der Spruchkammer. Die Klage kann bis zum Beginn der mündlichen Verhandlung zurückgenommen werden.

2. In Fällen von minderer Bedeutung beantragt er bei der Spruchkammer die Festsetzung einer bestimmten Strafe durch einen Strafbescheid.

3. Anderenfalls verfügt er die Einstellung des Verfahrens und setzt hiervon den Beschuldigten in Kenntnis.

#### § 18

##### Die Anklageschrift

Die Anklageschrift muß enthalten:

- a) die Beschuldigung, daß der Beschuldigte Mitglied einer verbrecherischen Organisation geworden oder geblieben ist, obwohl er den verbrecherischen Charakter und die verbrecherische Tätigkeit der Organisation kannte,
- b) die dafür vorliegenden wesentlichen Verdachtsgründe und Beweismittel,
- c) den Antrag, die mündliche Verhandlung anzuordnen.

#### § 19

##### Mitteilung der Anklage

1. Der Vorsitzende läßt die Anklageschrift dem Angeschuldigten zustellen und fordert ihn zugleich auf, Einwendungen gegen die Anordnung der mündlichen Verhandlung zu erheben und Beweisanträge zu stellen.

2. Über die Einwendungen und Beweisanträge des Angeschuldigten entscheidet der Vorsitzende.

#### § 20

1. Hat der Vorsitzende gegen die Anordnung der mündlichen Verhandlung keine Bedenken, so bestimmt er Ort und Zeit der mündlichen Verhandlung.

2. Andernfalls führt er die Entscheidung der Spruchkammer herbei. Die Spruchkammer lehnt die Anordnung der mündlichen Verhandlung ab, wenn nach ihrer Überzeugung mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, daß der Angeschuldigte in der mündlichen Verhandlung nicht verurteilt wird. Der ablehnende Beschluß wird dem öffentlichen Ankläger und dem Angeschuldigten bekannt gemacht. Gegen ihn kann nur der öffentliche Ankläger die sofortige Beschwerde erheben. Über die Beschwerde entscheidet der Spruchsenat.

3. Hat die Spruchkammer gegen die Anordnung der mündlichen Verhandlung keine Bedenken, so bestimmt der Vorsitzende Ort und Zeit der mündlichen Verhandlung.

#### § 21

##### Ladungsfrist

Zwischen der Zustellung der Ladung und dem Tage der mündlichen Verhandlung soll eine Frist von einer Woche liegen. Der Vorsitzende kann die Frist aus wichtigen Gründen abkürzen.

#### § 22

##### Beschleunigtes Verfahren

1. Ist der Sachverhalt einfach und die sofortige Aburteilung möglich, so kann der öffentliche Ankläger schriftlich oder mündlich den Antrag auf Aburteilung im beschleunigten Verfahren stellen.

2. In diesem Falle wird die mündliche Verhandlung sofort durchgeführt oder mit kürzester Frist anberaumt. Wird eine Anklageschrift nicht eingereicht, so wird die Anklage bei Beginn der Verhandlung mündlich erhoben und ihr wesentlicher Inhalt in das Sitzungsprotokoll aufgenommen.

3. Die Ladungsfrist beträgt 24 Stunden. Mit der Ladung wird dem Beschuldigten mitgeteilt, was ihm zur Last gelegt wird.

4. Einer schriftlichen Abfassung des Urteils bedarf es nur, wenn daran im Einzelfall ein öffentliches Interesse besteht. Sonst werden der Urteilsspruch und die wesentlichen Gründe in das Sitzungsprotokoll aufgenommen.

#### § 23

1. Die Spruchkammer lehnt die Aburteilung im beschleunigten Verfahren ab, wenn sich die Sache zur Verhandlung in diesem Verfahren nicht eignet oder wenn eine höhere Strafe als fünf Jahre Gefängnis zu erwarten ist. Dies kann auch in der mündlichen Verhandlung bis zur Verkündung des Urteils geschehen. Der Beschluß ist unanfechtbar.

2. Wird die Aburteilung im beschleunigten Verfahren abgelehnt, so bedarf es der Einreichung einer neuen Anklageschrift.

#### § 24

##### Unterbrechung der mündlichen Verhandlung

Eine unterbrochene mündliche Verhandlung wird nach der Unterbrechung nur dann noch einmal von neuem begonnen, wenn es die Spruchkammer aus besonderen Gründen für nötig hält oder wenn die mündliche Verhandlung insgesamt mehr als 30 Tage unterbrochen war; dabei bleiben Unterbrechungen von weniger als drei Tagen unberücksichtigt.

#### § 25

##### Beweisanträge

Die Spruchkammer kann einen Beweisantrag ablehnen, wenn sie nach ihrem Ermessen die Erhebung des Beweises zur Erforschung der Wahrheit nicht für erforderlich hält.

#### § 26

##### Verlesung von schriftlichen Zeugenerklärungen

1. Die Vernehmung eines Zeugen, Sachverständigen und Mitbeschuldigten kann durch Verlesung von Niederschriften über seine frühere Vernehmung oder einer schriftlichen Erklärung ersetzt werden. Dies gilt nicht, wenn ein Zeuge oder ein Sachverständiger in der mündlichen Verhandlung von seinem Recht, das Zeugnis oder das Gutachten zu verweigern Gebrauch macht.

2. Ist die Aussage eines Zeugen von grundlegender Bedeutung für den Schuldspruch oder die Strafbemessung und ist das Erscheinen des Zeugen in der mündlichen Verhandlung oder vor einem beauftragten oder ersuchten Richter ohne erhebliche Schwierigkeiten möglich, so soll er gerichtlich vernommen werden. Die Verlesung einer schriftlichen Erklärung des Zeugen als Ersatz seiner persönlichen Vernehmung ist in diesem Fall unzulässig.

#### § 27

##### Abstimmung

1. Bei der Abstimmung geben zunächst die Schöffen dem Lebensalter nach vom Jüngsten aufwärts und zuletzt der Vorsitzende ihre Stimme ab.



2. Alle Mitglieder des Spruchgerichts sind verpflichtet, über den Hergang bei der Beratung und Abstimmung Stillschweigen zu bewahren. Der Vorsitzende hat die Schöffen hierauf besonders hinzuweisen.

§ 28

Urteil

Das Urteil ist schriftlich abzufassen. Es muß von dem Vorsitzenden unterschrieben werden.

§ 29

Beschwerde

Gegen Beschlüsse und Verfügungen der Spruchkammern ist eine Beschwerde nur zulässig, wenn sie in dieser Verordnung ausdrücklich zugelassen ist.

§ 30

Revision

1. Das Urteil kann nur mit der Revision angefochten werden. Die Revision kann nur darauf gestützt werden, daß das Urteil auf einer Verletzung des Gesetzes beruhe. Als Gesetz im Sinne dieser Vorschrift gilt auch das Urteil des Internationalen Militärgerichtshofes in Nürnberg.

2. Die Revision muß bei der Spruchkammer, deren Urteil angefochten wird, binnen einer Woche nach Verkündung des Urteils schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle eingelegt werden. Binnen zwei weiteren Wochen nach der Zustellung des Urteils sind in derselben Form die Revisionsanträge anzubringen und zu begründen; seitens des Angeklagten kann dies nur in einer von einem Rechtsanwalt unterzeichneten Schrift geschehen.

§ 31

Das Revisionsgericht kann die Revision durch einstimmigen Beschluß als offensichtlich unbegründet verwerfen oder ihr als offensichtlich begründet stattgeben.

§ 32

Der Strafbescheid

1. Auf schriftlichen Antrag des öffentlichen Anklägers kann der Vorsitzende der Spruchkammer durch schriftlichen Strafbescheid die Strafe ohne vorgängige mündliche Verhandlung festsetzen.

2. Ohne Zustimmung des Beschuldigten darf jedoch durch einen Strafbescheid keine höhere Strafe als Gefängnis bis zu drei Jahren und Geldstrafen allein oder nebeneinander festgesetzt werden. Wird eine Geldstrafe festgesetzt, so ist zugleich die Dauer der im Falle der Uneinbringlichkeit an ihre Stelle tretenden Gefängnisstrafe festzusetzen.

3. Vor dem Antrage des öffentlichen Anklägers muß der Beschuldigte gehört und ihm Gelegenheit zur Vorlage seiner Beweismittel gegeben werden.

4. Gegen den Strafbescheid kann binnen der in ihm festgesetzten Frist Einspruch erhoben werden.

§ 33

1. Der Antrag ist auf eine bestimmte Strafe zu richten. Der Vorsitzende hat ihm zu entsprechen, wenn er keine Bedenken gegen den Erlaß des Strafbescheides hat.

2. Hat der Vorsitzende Bedenken, die Strafe ohne mündliche Verhandlung festzusetzen, so bestimmt er Ort und Zeit der mündlichen Verhandlung. Dasselbe gilt, wenn er eine andere als die beantragte Strafe festsetzen will und der öffentliche Ankläger bei seinem Antrag beharrt.

§ 34

1. Der Strafbescheid muß außer der Festsetzung der Strafe die strafbare Handlung, das angewendete Strafgesetz und die Beweismittel bezeichnen. Er muß auch die Eröffnung enthalten, daß er vollstreckbar werde, wenn der Beschuldigte nicht binnen der festgesetzten Frist bei der Spruchkammer schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle Einspruch erhebt.

2. Auf den Einspruch kann vor Ablauf der Frist verzichtet werden.

§ 35

Wird der Einspruch nicht rechtzeitig erhoben oder wird auf ihn verzichtet, so erlangt der Strafbescheid die Wirkung eines rechtskräftigen Urteils.

§ 36

1. Bei rechtzeitigem Einspruch wird die mündliche Verhandlung durchgeführt, wenn nicht bis zu ihrem Beginn der öffentliche Ankläger die Klage fallen läßt oder der Einspruch zurückgenommen wird.

2. Bei der Urteilsfällung ist die Spruchkammer an den in dem Strafbescheid enthaltenen Ausspruch nicht gebunden.

§ 37

Ist der Angeklagte in der mündlichen Verhandlung ohne genügende Entschuldigung nicht anwesend, so wird der Einspruch ohne Beweisaufnahme durch Urteil verworfen.

§ 38

Verantwortlichkeit nach den allgemeinen Strafgesetzen

1. Durch die Verurteilung gegen Zugehörigkeit zu einer verbrecherischen Organisation wird die Verantwortlichkeit des Beschuldigten nach den allgemeinen Strafgesetzen nicht berührt.

2. Eine seit dem 8. Mai 1945 erlittene Haft kar bei der Straffestsetzung ganz oder teilweise angerechnet werden.

§ 39

Wiederaufnahme

1. Zu Gunsten des Verurteilten findet die Wiederaufnahme eines durch rechtskräftiges Urteil geschlossenen Verfahrens auf Grund neuer Tatsachen und Beweismittel nur statt, wenn der Verurteilte diese Tatsachen und Beweismittel in dem früheren Verfahren nicht gekannt hatte oder ohne sein Verschulden nicht geltend machen konnte.

2. Der Antrag auf Wiederaufnahme kann von dem Verurteilten nur binnen zwei Jahren, nachdem er die Freiheit wiedererlangt hat, gestellt werden.

§ 40

Gestaltung des Verfahrens im allgemeinen

Soweit in dieser Verordnung nichts anderes bestimmt ist, gestalten die Spruchgerichte ihr Verfahren in Anlehnung an das allgemeine deutsche Strafverfahrensrecht, soweit dessen Anwendung der Eigenart dieses Verfahrens nicht entgegensteht und seine schleunige Durchführung nicht behindert.

§ 41

Der Präsident des Zentral-Justizamts erläßt die zur Ausführung und Ergänzung dieser Verordnung erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

§ 42

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1947 in Kraft.

Der Präsident

des Zentral-Justizamts für die Britische Zone.

W. Kiesselbach.

4. Kostenbestimmungen für die Spruchgerichte zur Aburteilung von Mitgliedern verbrecherischer Organisationen.

— 562 — JBl. 47 Nr. 5 vom 14. 3. 1947, S. 50, I, 4.

Mit Genehmigung der Militärregierung wird verordnet:

I. Entschädigung der Schöffen

Die Schöffen bei den Spruchkammern erhalten für den ihnen aus der Wahrnehmung des Schöffenamts erwachsenden Verdienstaufschlag eine Entschädigung in Höhe von 1,50 Reichsmark für jede angefangene Stunde der durch die Amtstätigkeit versäumten Arbeitszeit. Die Entschädigung wird für höchstens zehn Stunden für den Tag gewährt.

Als Entschädigung für Aufwand und Fahrtkosten erhalten sie eine Reisekostenvergütung nach den für die Beamten der Reisekostenstufe II geltenden Bestimmungen.



Die Entschädigung wird nur auf Verlangen gewährt. Beschwerden über die Höhe der Entschädigung werden von dem Vorsitzenden der Spruchkammer endgültig entschieden.

## II. Entschädigung der Zeugen und Sachverständigen

Die Höhe der den Zeugen und Sachverständigen gebührenden Beträge bestimmt sich nach der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige. Zeugen und Sachverständige, die von dem Angeklagten unmittelbar geladen werden, erhalten die Entschädigung nur, wenn sich in der mündlichen Verhandlung ergibt, daß ihre Vernehmung zur Aufklärung der Sache dienlich war. Gerichtliche Entscheidungen über die Festsetzung der Entschädigung trifft der Vorsitzende. Gegen seine Entscheidung ist eine Beschwerde nicht zulässig.

## III. Gebühren der Verteidiger

Die Gebühren der Verteidiger vor den Spruchgerichten bestimmen sich nach der Gebührenordnung für Rechtsanwälte mit folgender Maßgabe:

1. Für die Verteidigung in der mündlichen Verhandlung erhält der Rechtsanwalt 50 Reichsmark.
2. Für die Verteidigung im Vorverfahren erhält der Rechtsanwalt 25 Reichsmark. Ist mit der Verteidigung im Vorverfahren eine Reise in das Internierungslager, in dem der Beschuldigte sich in Haft befindet, verbunden, so erhöht sich diese Gebühr auf 50 Reichsmark.
3. Verteidiger, die nicht Rechtsanwälte sind, erhalten die Hälfte der den Rechtsanwälten zustehenden Gebühren.
4. Ueber Erinnerungen gegen den Ansatz von Gebühren und Auslagen entscheidet der Vorsitzende des Spruchgerichts. Gegen seine Entscheidung ist eine Beschwerde nicht zulässig.

## IV. Gerichtskosten

Für die Gebühren und Auslagen der Spruchgerichte sind die Bestimmungen des Deutschen Gerichtskosten-gesetzes für Strafsachen entsprechend anzuwenden. Im beschleunigten Verfahren und im Strafbescheidverfahren wird die Hälfte der Sätze des § 52 GKG erhoben. Über Erinnerungen gegen den Ansatz von Gebühren und Auslagen entscheidet der Vorsitzende des Spruchgerichts gebührenfrei. Gegen seine Entscheidung ist eine Beschwerde nicht zulässig.

Hamburg, den 17. Februar 1947.

Der Präsident

des Zentral-Justizamts für die Britische Zone.

W. Kiesselbach.

5. Verordnung über die beamten-, besoldungs- und haushaltsrechtliche Stellung der Beamten der Dienststelle des Generalinspektors, der Spruchgerichte und der Anklagebehörden für die Aburteilung von Mitgliedern verbrecherischer Organisationen. Vom 17. Februar 1947,

— 2100 — JBl. 47 Nr. 5 vom 14. 3. 1947, S. 51, I. 5.

Mit Zustimmung der Militärregierung wird verordnet:

### § 1

Die richterlichen und nichtrichterlichen Beamten der Dienststelle des Generalinspektors, der Spruchgerichte und der Anklagebehörden werden in Planstellen eingewiesen, die haushaltsmäßig als künftig wegfallend zur Verfügung gestellt sind.

### § 2

1. Beamte, die im Zeitpunkt ihrer Einweisung in eine Planstelle bei einer der im § 1 genannten Behörden bereits eine Planstelle mit gleichem Endgrundgehalt innehatten, erhalten für die Dauer ihrer Verwendung in der neuen Dienststelle die Amtsbezeichnung und das Dienst-einkommen dieser Stelle; daneben wird ihnen eine wider-rufliche und nicht ruhegehaltfähige Zulage gewährt.

2. Die gleiche Zulage erhalten auch die Leiter der zusammengefaßten Spruchgerichte und Anklagebehörden, gegebenenfalls neben der ihnen nach Absatz 1 zu gewährenden Zulage.

3. die Zulage beträgt jährlich

a) in der Besoldungsgruppe A 1 a . . . . .	2.160 RM.
b) " " " A 1 b . . . . .	1.860 RM.
c) " " " A 2 b . . . . .	1.800 RM.
d) " " " A 2 c 1 . . . . .	1.680 RM.
e) " " " A 2 d . . . . .	1.440 RM.
f) " " " A 3 b . . . . .	1.284 RM.
g) " " " A 4 b 1 . . . . .	1.080 RM.
h) " " " A 4 c 2 . . . . .	960 RM.
i) " " " A 5 b . . . . .	840 RM.
k) " " " A 7 a . . . . .	660 RM.

Diese Sätze unterliegen nicht mehr den Vorschriften der Gehaltskürzungsverordnungen.

### § 3

1. Beamte, die im Zeitpunkt ihrer Einweisung in eine Planstelle bei einer der im § 1 genannten Behörden eine Planstelle mit niedrigerem Endgrundgehalt innehatten, erhalten in der Regel die Amtsbezeichnung und das Dienst-einkommen ihrer neuen Dienststelle mit höherem Endgrundgehalt.

2. Soweit die dienstlichen Verhältnisse es erfordern, können Beamte, die bisher eine Planstelle mit niedrigerem Endgrundgehalt innehatten, in eine Planstelle bei einer der im § 1 genannten Behörden auch im Wege der Unterbesetzung gemäß § 36 Abs. 2 RHO. eingewiesen werden. In diesem Falle behalten sie die Amtsbezeichnung und das Dienst-einkommen ihrer bisherigen Planstelle; daneben erhalten sie die im § 2 vorgesehene Zulage nach der Besoldungsgruppe, die der Planstelle entspricht, in die sie im Wege der Unterbesetzung eingewiesen worden sind.

### § 4

1. Die bisherigen Planstellen der nach den §§ 2 und 3 in Planstellen bei den im § 1 genannten Behörden eingewiesenen Beamten dürfen bis zur Entscheidung über ihre spätere endgültige Verwendung nicht wieder besetzt, können aber im Bedarfsfalle verwaltet werden.

2. Nach Beendigung ihrer Verwendung bei den im § 1 genannten Behörden treten die Beamten grundsätzlich in ihre bisherige oder in eine ihr entsprechende Planstelle zurück. Soweit sie nach § 3 Abs. 1 befördert worden sind, sind sie in die nächsten freiwerdenden, ihrer Beförderungsstelle entsprechenden, geeigneten Planstellen einzuweisen. Solange diese Beamten in Planstellen mit niedrigerem Endgrundgehalt verwendet werden, behalten sie die Amtsbezeichnung und das Dienst-einkommen der Beförderungsstellen.

### § 5

1. Beamte, die im Zeitpunkt ihrer Einweisung in eine Planstelle bei einer der im § 1 genannten Behörden eine Planstelle nicht innehatten, werden als Beamte auf Widerruf eingestellt und erhalten die Amtsbezeichnung und das Dienst-einkommen ihrer neuen Dienststelle; bei der Feststellung des letzteren sind — unbeschadet der Bestimmungen über eine etwaige abweichende Festsetzung des Besoldungsdienstalters in Absatz 2 — die Vorschriften der §§ 2 und 3 sinngemäß anzuwenden.

2. Das Besoldungsdienstalter der im Absatz 1 bezeichneten Beamten wird, sofern sie ihr bisheriges Besoldungsdienstalter nicht nachweisen können, zur Vereinfachung der Verwaltungsarbeit in der Eingangsgruppe ihrer Laufbahn, wie folgt, neu festgesetzt:

- a) im höheren Dienst auf den Ersten des Monats, in dem das 29. Lebensjahr,
- b) im gehobenen Dienst auf den Ersten des Monats, in dem das 27. Lebensjahr,
- c) im mittleren Dienst auf den Ersten des Monats, in dem das 29. Lebensjahr vollendet ist,



d) wenn sie die zu a) bis c) genannten Lebensalter noch nicht erreicht haben, auf den Ersten des Monats, in dem sie den Dienst bei einer der im § 1 bezeichneten Behörden angetreten haben.

#### § 6

1. Rechtsanwälte werden in Planstellen bei einer der im § 1 genannten Behörden als Beamte auf Widerruf eingewiesen und erhalten die Amtsbezeichnung und das Dienst Einkommen dieser Stellen nach Maßgabe der Absätze 2 und 3.

2. Die in das Beamtenverhältnis berufenen Rechtsanwälte können auch zu einem Bruchteil der Arbeitsleistung eines vollbeschäftigten Beamten zur Dienstleistung herangezogen werden. Sie erhalten dann einen entsprechenden Bruchteil der Bezüge eines vollbeschäftigten Beamten.

3. Das Besoldungsdienstalter der in das Beamtenverhältnis berufenen Rechtsanwälte wird in allen Fällen in entsprechender Anwendung des § 5 Absatz 2 festgesetzt.

4. Die in das Beamtenverhältnis berufenen Rechtsanwälte dürfen neben ihrer Tätigkeit als Beamte ihren Beruf als Rechtsanwalt weiter ausüben. Sie haben sich hierbei jedoch jeder Tätigkeit zu enthalten, die zu Zweifeln an einer objektiven Wahrnehmung ihres Amtes Anlaß geben könnte.

#### § 7

Abweichungen von den Reichsgrundsätzen über Einstellung, Anstellung und Beförderung der Reichs- und

Landesbeamten vom 14. Oktober 1936 — RGBl. I S. 893 — sind zulässig.

#### § 8

1. Zur Hilfeleistung bei den im § 1 genannten Behörden sollen nur solche Referendare eingesetzt werden, die mindestens den ersten Ausbildungsabschnitt beim Amtsgericht und die Ausbildungsabschnitte beim Landgericht in Strafsachen und bei der Staatsanwaltschaft mit Erfolg durchlaufen haben.

2. Den zur Hilfeleistung herangezogenen Referendaren werden Vergütungen nach Maßgabe des Abschnitts II des Runderlasses des Reichsministers der Finanzen vom 15. Februar 1939 — RBB. S. 29 — in der Fassung des Runderlasses vom 12. Juli 1941 — RBB. S. 179 — gewährt.

#### § 9

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1947 in Kraft.  
Hamburg, den 17. Februar 1947.

Der Präsident  
des Zentral-Justizamts für die Britische Zone.  
W. Kiesselbach.

Das „Justizblatt“ erscheint monatlich zweimal und kann durch die Post oder den Buchhandel bezogen werden. Bezugspreis vierteljährlich 1.80 RM. + Porto. — Druck u. Vertrieb: Emil Griebisch, Hamm (Westf.).  
PER 7 100/68.

## ÖFFENTLICHER ANZEIGER

### Aufgebote von Urkunden

Das Aufgebot der nachstehend aufgeführten Urkunden ist beantragt worden. Inhaber derselben werden aufgefordert, spätestens im Aufgebotstermin bei dem zuständigen Amtsgericht ihre Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls ihre Kraftlosklärung erfolgt.

#### Amtsgericht Ahaus.

Teilhypothekenbrief über die für den Katasterangestellten Clemens Kisters in Wessum im Grundbuch von Wessum Band 31 Blatt 311 in Abt. III unter Nr. 7 eingetragene Darlehenshypothek von 700.— RM. Antragsteller: Kaufmann Clemens Kisters in Wessum, vertreten durch Rechtsanwalt Kühle in Gronau.

Aufgebotstermin: 20. Juni 1947, 10 Uhr.

#### Amtsgericht Altena.

Hypothekenbrief vom 30. Mai 1942 über die im Grundbuch von Altena Band 34 Blatt 910 in Abt. III unter Nr. 2 für die Bausparkasse Heimbau, Aktiengesellschaft, Köln, Riehlerstraße 31a, eingetragene Darlehenshypothek in Höhe von 2479.85 RM. Antragsteller: Malermeister Ferdinand Rischmüller, Altena, Bachstraße, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Rutenbeck in Altena.

Hypothekenbrief vom 31. 10. 1932 über die im Grundbuch von Nachrodt-Wiblingwerde Band 2 Blatt 51 in Abt. III unter Nr. 3 für den Wiblingwerder Spar- und Darlehenskassenverein e.G.m.d.H. in Wiblingwerde eingetragene Darlehenshypothek von 3000.— RM. nebst 4 1/2 % Zinsen. Antragsteller: Bauer Heinrich Bäcker in Herßen bei Wiblingwerde, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Rutenbeck in Altena.

Aufgebotstermine: 7. August 1947, 11 Uhr.

#### Amtsgericht Beckum.

Grundschuldbrief über die im Grundbuch von Beckum-Stadt Band 49 Blatt 944 in Abt. III unter Nr. 4 eingetragene Grundschuld von 10 000.— RM. Gläubigerin und Antragstellerin: Ww. Heindrich Fisch, Anne geb. Altemeier in Beckum, Sudwall 5.

Aufgebotstermin: 27. Juni 1947, 11 Uhr.

#### Amtsgericht Berleburg.

Grundschuldbrief über die zu Gunsten der Kreissparkasse Wittgenstein zu Berleburg im

Grundbuch von Schwarzenau Band 8 Blatt 103 in Abt. III Nr. 1 eingetragene Grundschuld in Höhe von 1200.— — eintauschendzweihundert — RM. nebst jährlich 8 1/2 % Zinsen ab 6. April 1934. Antragsteller: Eheleute Schlosser Ernst Schmidt und Minna geb. Gernand in Schwarzenau 36.

Aufgebotstermin: 30. Juni 1947, 9.30 Uhr.

#### Amtsgericht Borken (Westf.).

Hypothekenbrief über die im Grundbuche von Marbeck Band 13 Blatt 621 in Abt. III unter Nr. 1 eingetragene Darlehenshypothek von 5000.— RM. Antragsteller: Arbeiter Johann Leffing in Hoxfeld bei Borken (Westf.) Nr. 28/4.

Aufgebotstermin: 3. Juli 1947, 9 Uhr.

Grundschuldbrief über die im Grundbuch Borken Band 30 Blatt 1037 Abt. III Nr. 4 für die Witwe des Fabrikanten August Büling, Luise geb. Hellweg, in Borken eingetragene Grundschuld von 15 000.— GM. Antragstellerin: Firma Gebr. Büning, mech. Weberei, in Borken (Westf.).

Aufgebotstermin: 10. Juli 1947, 9 Uhr.

#### Amtsgericht Bünde.

Hypothekenbrief über das im Grundbuche von Haver Band 6 Blatt 188 in Abt. III Nr. 5 für die Vereinigte Bausparkassen-Aktiengesellschaft in Köln eingetragene Tilgungsdarlehen von 2257.65 GM, mindestens RM, nebst Nebenleistungen. Antragsteller: Ehefrau Anna Westerhold geb. Nordsiek in Haver 161.

Aufgebotstermin: 13. August 1947, 11 Uhr.

#### Amtsgericht Essen.

Grundschuldbriefe über die im Grundbuche von Altenessen Band 42 Blatt 1112 eingetragenen Grundschulden: 1. Abt. III Nr. 5 von 5000.— GM, mit 6 1/2 % verzinslich, 2. Abt. III Nr. 7 von 5000.— GM, mit 6 1/2 % verzinslich, 3. Abt. III Nr. 8 von 10 000.— GM, mit 6 1/2 % verzinslich. Antragsteller: Landwirt Heinrich Niehusmann in Essen-Altenessen, Hundebrinkstraße 122, vertreten durch Rechtsanwalt und Notar Wegener in Essen. (31 F 11/47.)

Aufgebotstermin: 27. November 1947, 11 Uhr.

#### Amtsgericht Gelsenkirchen-Ruer.

Grundschuldbrief über die im Grundbuche von Horst Band 27 Blatt 749 früher Band 18 Blatt 302 A. Abt. III Nr. 4 auf den Namen des Gastwirts Friedrich Rüffer in Gelsenkirchen-Horst eingetragene Grundschuld von 8000.— GM. Antragsteller: Gastwirt Friedrich Rüffer in Gelsenkirchen-Horst, Zum Bauverein 21,

vertreten durch Rechtsanwalt Urselmann in Gelsenkirchen-Horst.

Aufgebotstermin: 27. Juni 1947, 9 Uhr.

#### Amtsgericht Haltern.

Hypothekenbrief über die im Grundbuch von Kirchspiel Haltern Band 78 Blatt 423 für die Sparkasse der Stadt und des Amtes Haltern in Haltern in Abt. III unter Nr. 9 eingetragene Darlehenshypothek von 3000.— RM. Antragstellerin: Witwe des Ackerers Heinrich Uhlenberg, Gertrud geb. Merfeld in Lavesum bei Haltern.

Aufgebotstermin: 9. Juli 1947, 9 Uhr.

#### Amtsgericht Herford.

Grundschuldbrief über die im Grundbuch von Herford, Neustadt, Band 14 Blatt 125 in Abt. III unter Nr. 15 eingetragene Grundschuld in Höhe von 2700.— GM, für die Kreissparkasse Herford. Antragsteller: Ehefrau Gertrud Schwagmeier geb. Rührup, Herford, Credenstraße 30, vertreten durch Rechtsanwalt Cramer in Herford.

Aufgebotstermin: 4. Juli 1947, 11 Uhr.

#### Amtsgericht Iserlohn.

Hypothekenbrief für den Diplomingenieur Erick Schulte in Mülheim-Rath ausgestellt, über die im Grundbuche von Iserlohn Band 45 Blatt 2695 in Abt. III unter Nr. 4 eingetragene Aufwertungshypothek von 3747.98 GM. Antragstellerin: Witwe Bäckermeister Walter Dickmann, Iserlohn, Mendener Straße 63, vertreten durch Rechtsanwalt Schaefer, Iserlohn.

Aufgebotstermin: 14. August 1947, 9 Uhr.

#### Amtsgericht Medebach.

Hypothekenbriefe über die für die Dortmunder Ritter-Brauerei A.G. in Dortmund im Grundbuche von Winterberg Band 27 Blatt 19 Abt. III eingetragenen Darlehenshypotheken Nr. 11 2000.— GM, vom 7. November 1929, Nr. 13 2000.— GM, vom 30. März 1931. Antragsteller: Konditor Josef Engemann in Winterberg, Marktstraße 13.

Aufgebotstermin: 11. Juli 1947, 9 Uhr.

#### Amtsgericht Menden.

Hypothekenbriefe über die im Grundbuche von Sümmern Band 2 Blatt 85 in Abt. III für die Stadt-Sparkasse in Menden eingetragenen Hypotheken und zwar Nr. 8 in Höhe von 650.— GM, und Nr. 10 in Höhe von 1200.— RM, nebst 8 1/2 % jährlichen Zinsen. Antragstellerin: Fräulein Agnes Pottgen in Sümmern, vertreten durch Rechtsanwalt Franz Goeke in Menden.

Aufgebotstermin: 10. Juli 1947, 12 Uhr.



Nr.	Datum 1958	Aktz. Pr. 1958	Titel der Druckschrift		Verfasser	Verlag	Grund (E = Ent- scheidung)	Bekannt- machung im BAnz Nr.   vom	
Die folgenden einstweiligen Anordnungen, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 200 vom 17. Oktober 1958, sind durch Entscheidungen der Bundesprüfstelle bestätigt worden; die Druckschriften bleiben in der Liste:									
637	14. 11.	127	Magazin „Strip-tease à Gogo“ Nr. 1			Sté D. E. D. B. N., Paris	E Nr. 551 v. 14. 11. 58	225	22. 11. 58
638	14. 11.	128	Magazin „Strip-tease Paris“ Nr. 1			Sté D. E. D. B. N., Paris	E Nr. 552 v. 14. 11. 58	225	22. 11. 58
639	14. 11.	129	Aktbildalbum „Etudes Plastiques“, Album Nr. 10			Ed. Renaud, Paris	E Nr. 550 v. 14. 11. 58	225	22. 11. 58
640	14. 11.	130	„... eine ehrliche Chance“	Bud W. Clarke		Weka-Verlag Kreitlow, Köln	E Nr. 541 v. 14. 11. 58	225	22. 11. 58
641	14. 11.	133	Aktbildmagazin „Colored Models“, Nr. 2			A. Venediger, Harksheide b. Hamburg	E Nr. 553 v. 14. 11. 58	225	22. 11. 58

## Der Senator für Justiz

**Geschäftliche Behandlung  
der Ersuchen  
nach der Rechtshilfeordnung für Zivilsachen.**  
— AV. v. 8. 12. 1958 — Just 9341 - III/F. 1 —  
(ABl S. 1613)

Für die geschäftliche Behandlung der in der Rechtshilfeordnung für Zivilsachen (ZRHO) vom 19. Oktober 1956 (ABl 1957 S.165) bezeichneten Ersuchen bestimme ich folgendes:

1. Vom 1. Januar 1959 ab haben die mit der verwaltungsmäßigen Prüfung und Überwachung des Schriftverkehrs im Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland in Zivilsachen befaßten Prüfungsstellen (§ 9 ZRHO) für ein- und ausgehende Zustellungsanträge und sonstige Rechtshilfeersuchen das aus der Anlage ersichtliche Register zu führen.
2. In Spalte 3 a ist bei ausgehenden Ersuchen der Tag einzutragen, an dem das absendungsreife Ersuchen bei der Prüfungsstelle eingegangen ist.
3. In Spalte 3 b ist bei ausgehenden Ersuchen der Tag des Eingangs der Erledigungsstücke bei der Prüfungsstelle und bei eingehenden Ersuchen der Tag der Absendung der Erledigungsstücke durch die Prüfungsstelle an die ersuchende Behörde einzutragen.
4. In Spalte 6 ist bei ausgehenden Ersuchen der ersuchte Staat stets dann einzutragen, wenn das Ersuchen nicht an die Behörden dieses Staates, sondern an eine deutsche Auslandsvertretung in diesem Staat gerichtet und von dieser in eigener Zuständigkeit erledigt worden ist.

## Anlage

Register für ein- und ausgehende Ersuchen  
im Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland in Zivilsachen

Jährlich fort- lfd. Nr.	Ersuchende Behörde	Datum		Akten- zeichen
		des Ein- gangs	der Rück- gabe	
1	2	3 a	3 b	4

Art der beantragten Rechtshilfe	Ersuchter bzw. ersuchender Staat	Bemerkungen
5	6	7

**Bekanntmachung**  
zur Rechtshilfeordnung für Zivilsachen (ZRHO)  
vom 19. Oktober 1956 (ABl 1957 S. 165).

— Bek. v. 8. 12. 1958 — Just 9341 - III/F 1 —

Wegen der im Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen mit mehreren Ländern eingetretenen Änderungen haben die Landesjustizverwaltungen die Herausgabe einer (2.) Ergänzungslieferung zum Länderteil der ZRHO beschlossen. Mit dieser Ergänzungslieferung werden alle Bezieher des Grundwerkes beliefert. Die Auslieferung durch die Druckerei der Strafanstalt Tegel hat bereits begonnen.

Von den Änderungen und Ergänzungen werden folgende Länder betroffen:

Afghanistan,  
Frankreich,  
Irak,  
Jugoslawien,  
Marokko.

Peru,  
Sudan,  
Union der Sozialistischen  
Sowjetrepubliken,  
Vietnam.

### **Bewilligung von Reiseentschädigungen an mittellose Personen und von Vorschußzahlungen an Zeugen und Sachverständige.**

— AV. v. 12. 12. 1958 — Just 5110 - I/C 1 (ABl S. 1613) —

Die nachstehenden, am 12. September 1958 bundeseinheitlich beschlossenen Bestimmungen treten mit Wirkung vom 1. Januar 1959 in Kraft. Zu dem gleichen Zeitpunkt wird meine AV. vom 17. Juli 1957 (ABl. S. 865) aufgehoben.

Die Länder haben gegenseitig sowie zugunsten des Bundesgerichtshofs und des Deutschen Patentamts auf die Erstattung von Reiseentschädigungen, die an mittellose Personen oder vorschußweise an Zeugen und Sachverständige gezahlt werden, verzichtet.

### **Bewilligung von Reiseentschädigungen an mittellose Personen und von Vorschußzahlungen an Zeugen und Sachverständige.**

## I.

Nach § 92 Nr. 8 GKG und § 137 Nr. 8 KostO gehören Beträge, die mittellosen Personen für die Reise zum Ort einer Verhandlung, Vernehmung oder Untersuchung und für die Rückreise gewährt werden, zu den Auslagen des gerichtlichen Verfahrens. Für die Bewilligung derartiger Beträge im Verwaltungswege gelten folgende Bestimmungen:

1. Die Bewilligung wird dem Richter (Vorsitzenden des Gerichts) oder dem Staatsanwalt, der die Ladung veranlaßt hat, übertragen.
2. Reiseentschädigungen können auf Antrag gewährt werden
  - a) an Personen, deren Erscheinen, Vernehmung oder Untersuchung in einem Zivilprozeß, in einem Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit oder als Privatkläger in einem Strafverfahren angeordnet worden ist;
  - b) an Beschuldigte in einem Strafverfahren, wenn ohne deren Anwesenheit ein notwendiger Termin nicht stattfinden könnte. Das gilt auch, wenn sich ein



Angeklagter von der Verpflichtung zum Erscheinen in der Hauptverhandlung entbinden lassen könnte, dies aber nicht tut.

3. Eine Reiseentschädigung darf nur gewährt werden, soweit der Antragsteller die Reisekosten nicht bestreiten kann. Wenn seine Mittellosigkeit nicht bekannt ist, muß er ein Armutszeugnis beibringen. Eine Reiseentschädigung ist nicht schon deshalb zu gewähren, weil dem Antragsteller das Armenrecht bewilligt worden ist. Hat der Antragsteller die Reisekosten schon verauslagt, so ist er dennoch als mittellos anzusehen, wenn er den Betrag nicht entbehren kann, ohne seinen oder seiner Familie notwendigen Unterhalt zu gefährden.
4. Zu den Reisekosten gehören neben den Fahrkosten für die Hin- und Rückreise auch unvermeidbare Zehr- und Übernachtungskosten.

## II.

Die Reiseentschädigung wird durch den zuständigen Beamten der Geschäftsstelle zur Zahlung angewiesen. Dieser verfährt, soweit bei der Bewilligung nichts anderes bestimmt worden ist, wie folgt:

1. Zur Kostenersparnis ist die Reiseentschädigung in der Regel so zu bemessen, daß eine Rückfahrkarte gelöst werden kann.
2. Es ist zu prüfen, ob der Betrag an den Antragsteller zu zahlen oder ob eine Fahrkarte zu beschaffen ist, um Mißbrauch zu verhüten.
3. Wird eine Entschädigung bewilligt, bevor die Ladung abgesandt worden ist, so ist ihr Betrag in auffälliger Form auf der Ladung zu vermerken. Wird eine endgültige Berechnung der Entschädigung erforderlich, so ist der Antragsteller zu befragen, ob und in welcher Höhe er bereits eine Entschädigung erhalten hat. Das Ergebnis der Befragung ist in der Auszahlungsanordnung zu vermerken. Wird schon vor dem Termin eine Kassenanweisung vorbereitet, so ist der Betrag, sofern er aktenkundig ist, auffällig zu vermerken.

4. Fällt der Grund für die Reise weg, so ist die Rückzahlung der Entschädigung zu veranlassen. Gegebenenfalls ist dafür zu sorgen, daß der Fahrpreis für nicht benutzte Fahrkarten erstattet wird.
5. In der Ladung soll darauf hingewiesen werden, daß auf Antrag eine Reiseentschädigung bewilligt werden kann, wenn die geladene Person nachweislich nicht in der Lage ist, die Kosten der Hin- und Rückreise zu bestreiten. Auf die Bewilligungsbefugnis nach Abschnitt III darf nur hingewiesen werden, wenn in Ausnahmefällen eine Bewilligung nach Abschnitt I nicht mehr möglich ist.

## III.

In Eilfällen kann auch der aufsichtführende Richter des Amtsgerichts, in dessen Bezirk sich der Antragsteller aufhält, eine Reiseentschädigung bewilligen. Die Abschnitte I und II, insbesondere Abschnitt II Nr. 1, gelten entsprechend. Die gewährte Entschädigung ist auf der Ladung auffällig zu vermerken; die ladende Stelle ist unverzüglich zu benachrichtigen.

## IV.

Für die Bewilligung von Vorschüssen an Zeugen und Sachverständige im Verwaltungswege gelten folgende Bestimmungen:

1. Vorschüsse nach § 13 des Gesetzes über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen (ZuSEG) werden vom zuständigen Beamten der Geschäftsstelle bewilligt und zur Zahlung angewiesen.
2. Für Vorschüsse nach § 13 Abs. 1 ZuSEG gilt Abschnitt II Nr. 1 bis 4 sinngemäß.
3. In Einzelfällen kann auch der zuständige Beamte der Geschäftsstelle des Amtsgerichts, in dessen Bezirk sich der Zeuge oder Sachverständige aufhält, einen Vorschuß nach § 13 Abs. 1 ZuSEG bewilligen. Abschnitt II Nr. 1 bis 4 gilt sinngemäß. Der gewährte Vorschuß ist in der Ladung auffällig zu vermerken; die ladende Stelle ist unverzüglich zu benachrichtigen.
4. In der Ladung ist darauf hinzuweisen, daß auf Antrag ein Vorschuß gewährt werden kann.

## Der Senator für Volksbildung

### Anerkannte Privatschulen.

— Bek. v. 26. 11. 1958 — Vbildg II e V a 2 —

Ich habe den nachstehend aufgeführten Privatschulen gemäß § 7 des Berliner Privatschulgesetzes vom 13. Mai 1954 (GVBl S. 286) mit Wirkung vom 1. April 1958 die Eigenschaft einer anerkannten Privatschule verliehen:

1. Kaufmännische Berufsfachschule des Lette-Vereins
2. Gewerbliche Berufsfachschule des Lette-Vereins
3. Hauswirtschaftliche Berufsfachschule des Lette-Vereins
4. Technische Berufsfachschule des Lette-Vereins  
Berlin W 30, Viktoria-Luise-Platz 6.

Rechte und Pflichten:

- a) Die Schulen unterstehen der staatlichen Schulaufsicht.
- b) Hinsichtlich des Unterrichtszieles finden grundsätzlich alle für das öffentliche Schulwesen des Landes Berlin ergangenen Vorschriften Anwendung. Abweichungen, die mit Rücksicht auf besondere Aufgaben der Schulen notwendig sind, bedürfen der Genehmigung durch die Schulaufsichtsbehörde.
- c) Die Schülerinnen können ohne Ablegung einer Aufnahmeprüfung in die entsprechende Klasse einer öffentlichen oder anerkannten Berufsfachschule übergehen. Der Übergang darf zu keinem Zeitgewinn führen. Das gleiche gilt im umgekehrten Fall bei der Aufnahme

von Schülerinnen aus öffentlichen oder anerkannten Schulen in den Lette-Verein.

- d) Die von den Schulen ausgestellten Zeugnisse haben dieselbe Geltung wie die entsprechender öffentlicher Schulen.
- e) Schluß- und Abschlußprüfungen sind unter einem von der Schulaufsichtsbehörde bestimmten Prüfungskommissar abzuhalten.
- f) Die Leiter der Schulen haben das Recht, an den Konferenzen der Schulleiter der Berufsfachschulen teilzunehmen, soweit die Tagesordnungspunkte auch anerkannte Privatschulen betreffen.
- g) Ein Elternausschuß ist gemäß § 18 des Schulgesetzes für Berlin zu bilden.

### Berufungen zum ordentlichen Professor.

— Bek. v. 10. 12. 1958 — Vbildg III a —

Der apl. Professor Dr. Hans Joachim Heidrich wird mit Wirkung vom 1. Januar 1959 zum ordentlichen Professor für Tiergeburtschilfe und Rinderkrankheiten an der Freien Universität Berlin berufen.

Der apl. Professor Dr. Kripal Singh Sodhi wird mit Wirkung vom 1. Januar 1959 zum ordentlichen Professor für Psychologie an der Freien Universität Berlin berufen.

## Der Senator für Wirtschaft und Kredit

### Zulassung von Berliner Banken zum Neugeschäft.

— Bek. v. 12. 12. 1958 — Wi V b 31 —

Gemäß § 4 Abs. 4 des Altbankengesetzes vom 10. Dezember 1953 (GVBl S. 1483) wird bekanntgemacht, daß der Grundbesitz- und Handelsbank Aktiengesellschaft, Berlin-Charlottenburg 2, Uhlandstraße 7-8, die Zulassung zum Neugeschäft nach § 4 Abs. 1 dieses Gesetzes erteilt worden ist.

### Beaufsichtigung der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen und der Organe der staatlichen Wohnungspolitik nach dem Kreditwesengesetz.

— Bek. v. 12. 12. 1958 — Wi V A 11/58 —

Die Beaufsichtigung der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen und Organe der staatlichen Wohnungspolitik mit Spareinrichtung nach dem Kreditwesengesetz wird wie folgt geregelt: